

GEMEINSAMER FEIND

Als Folge von Washingtons verantwortungsloser Politik sind die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, von denen die Weltlage in hohem Maße abhängt, besorgniserregend.

Indessen redet Präsident Reagan neuerdings gern von Freiheit und Frieden. Wen sollen diese mit Witzlein durchzogenen rhetorischen Übungen irreführen? Scherze eines Brandstifters sind nicht dazu angetan, jemanden lustig zu machen, wenn in der Welt jeden Augenblick ein Brand ausbrechen kann. Und schließlich ist es unstatthaft, als Wahrheitsapostel gelten zu wollen, wenn Politik und Reden auf Lüge beruhen.

Von den Leuten, die das Sagen haben, vor die Kameras des Weißen Hauses geschoben, spielt Reagan die Rolle, die ihm die politischen Producer zugeordnet haben. Er ist der Bannerträger des "Kreuzzuges" gegen den Sozialismus. Seine Administration zieht einen dicken Strich durch all das Positive, was in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen erreicht wurde, und zerstört das Vertrauen zwischen unseren beiden Ländern. Er ist das Sprachrohr einer Politik, deren Ziel es ist, die militärische Überlegenheit über die UdSSR zu erlangen und ihr zu diktieren. Er blies zum Sammeln, und schon eilten die ihm botmäßigen Bündnispartner nach Williamsburg, wo sie sich im Grunde bereit erklärten, eine Art militärische Allianz gegen die sozialistischen Länder einzugehen.

Die Erklärung der Sieben zu militärischen Fragen unterzeichneten nicht nur die führenden Politiker von fünf NATO-Ländern, sondern auch der Präsident Frankreichs, das nicht zur Militärorganisation des Blocks gehört, sowie der Ministerpräsident Japans, das formal keinen Bezug zur NATO hat. Kann da noch von einer Unabhängigkeit Frankreichs und seiner nuklearen Streitkräfte die Rede sein? Und kann man noch den Äußerungen der japanischen Spitzenpolitiker glauben, wenn sie über die drei kernwaffenfreien Prinzipien Japans sprechen?

Die vom US-Imperialismus in Williamsburg eingefädelt Verschörung gegen den Frieden richtet sich nicht nur gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder. Sie visiert auch die Entwicklungsländer, die nationalen Befreiungsbewegungen an. Vom Klassenhaß gegen den Sozialismus und alles Fortschrittliche verblindet, übersahen die sechs Partner Reagans, daß der

US-Imperialismus es auch auf ihre eigenen Länder abgesehen hat, die infolge der geplanten Stationierung neuer US-Raketen in Westeuropa zu Washingtons nuklearen Geiseln werden. Die Unteilbarkeit der Sicherheit des Westens, von der in Williamsburg die Rede war, kann sich, wie man in Washington insgeheim denkt, durchaus als teilbar erweisen. Das Privileg, in den Flammen eines nuklearen Brandes zugrunde zu gehen, wird den Westeuropäern, das Privileg aber, zu überleben und der Welt zu diktieren, den Amerikanern gewährt. Der politische Gegner der USA, die UdSSR, und der wirtschaftliche Gegner der USA, Westeuropa, sollen nur einander bekriegen und möglichst intensiv ausrotten. Davon werden, so hofft das Weiße Haus, die USA nur profitieren. Etwas Ähnliches sagte in einer anderen Situation Harry Truman in den Jahren des zweiten Weltkriegs.

Aber solchen Trumans entgegen waren die UdSSR und die USA damals, vor 40 Jahren, Alliierte. Ein Zeuge ist Averell Harriman, USA-Botschafter in der UdSSR in den Kriegsjahren, der vor kurzem in Moskau weilte. Damals verteidigten unsere Länder die Welt gemeinsam gegen die faschistische Gefahr. In einem Gespräch mit Mr. und Mrs. Harriman sagte Juri Andropow, daß die Sowjetbürger und die US-Bürger heute ebenfalls einen gemeinsamen Feind haben: die Gefahr eines Krieges, der seinen destruktiven Folgen nach mit dem zweiten Weltkrieg nicht zu vergleichen ist. Im Gegensatz zur Reagan-Administration geht die UdSSR ernst an die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen heran. Der Kurs auf friedliche Koexistenz, auf gleichmäßige, beiden Seiten nützliche, ja gutnachbarliche Beziehungen zu den USA ist die Generallinie der sowjetischen Politik.

Von einer Normalisierung der Beziehungen und deren Entwicklung auf der Basis der Gleichheit würden die Amerikaner, die Sowjetbürger und die Völker der anderen Länder profitieren. Wie Juri Andropow sagte, können es sich die UdSSR und die USA nicht erlauben, sich auf militärische Rivalität zu orientieren. Jedes Jahr, das verstreicht, ohne daß eine Vereinbarung über die Rüstungsreduzierung erreicht wird, beschwört neue Probleme herauf und erschwert die Lösung der Aufgabe, das Wettrüsten zu stoppen.

Die Nachrichten aus Washington über die zunehmenden militaristischen Aktivitäten der USA, über die für Ende 1983 geplante Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa, die Entwicklung, Produktion und Übernahme neuer boden-, see- und luftgestützter strategischer US-Waffensysteme, die Verschörung von Williamsburg — all das verstärkt die Alarmstimmungen in der Welt. Heute ist es noch möglich, die gefährliche Verschärfung der Situation zu stoppen. Diesem Ziel muß alles Denken und Tun der friedliebenden Kräfte gelten.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 24 JUNI 1983

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, Y. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Gemeinsamer Feind	1
J. Gudkow — Erzwangene Gemeinsamkeit	5
D. Kartaschew — UdSSR—Finnland. Fortge setzte Tradition	7
A. Tolpegin — BRD. Noch nicht zu spät	8
N. Sholkwer — Zusammen kann man mehr	9
A. Alexejew — Grobe Fehlrechnung	10
Praxis der Entspannung (Tage der UdSSR in Dortmund)	10
L. Mironow — Akt guten Willens	11
K. Mackevicius — Ostsee — Meer des Friedens (Interview)	12
D. Wolski — Mit doppeltem Boden	13
S. Rogulski — Dänemark. Parlament gegen Raketen	14
R. Krestjaninow — Österreich. Kein Bruch in der Politik	14
Notizen ♦ Glossen	16
V. Gustschin — Kommunisten gegen den Krieg	18
M. Raginski — Gedenken um der Zukunft willen	20
G. Zagolow — USA. Eine Katastrophen-Lobby	22
Biographisches: Mika Spiljak	24
W. Dolgow — Nichts gelernt	25
W. Godyna — Ho chi Minh: Gedanken über Afrika	26
W. Nesterow — Raubdoktrin	26
L. Gonzalez-Mata — Unsichtbare Machthaber (Hinter den Kulissen)	27
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Washington tut alles, um Ende d. J. mit der Stationierung neuer Raketenkernwaffen in Westeuropa beginnen zu können. Die US-Administration setzt sich darüber hinweg, daß diese Handlungsweise zu einer schwerwiegenden Veränderung der Situation in Europa führt, die nukleare Konfrontation verschärft und das Risiko eines Kriegsausbruchs erhöht.

Titelbild: N. Stscherbakow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“ Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadj, Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadj, Moskau.

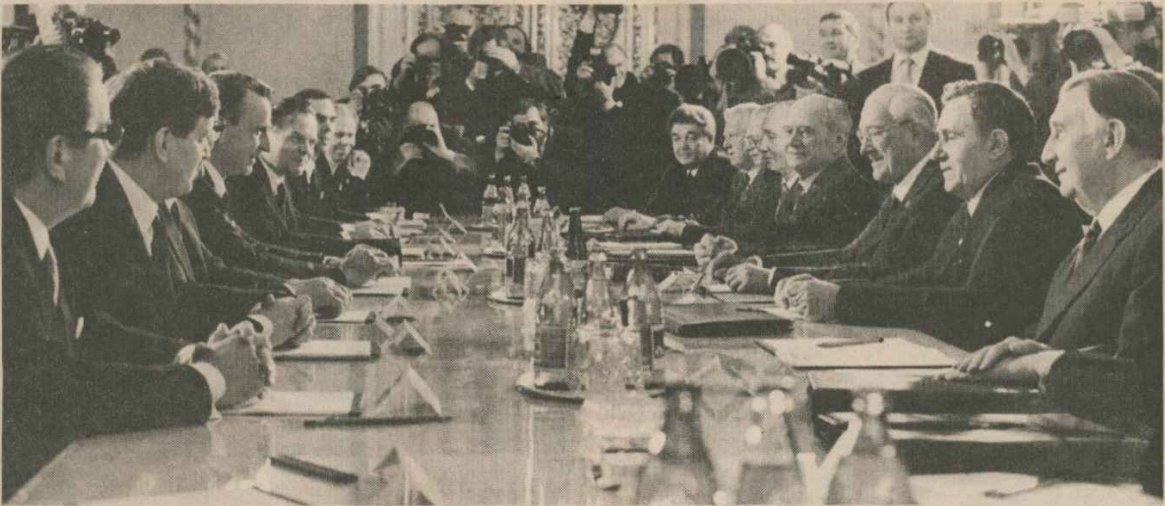
Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 2. Juni empfing Juri Andropow die namhaften Vertreter der amerikanischen politischen und öffentlichen Kreise Mister und Mistreß Harriman. Juri Andropow bekräftigte den Kurs der UdSSR auf friedliche Koexistenz, auf gleichmäßige, für beide Seiten nützliche, am besten sogar gutnachbarliche Beziehungen zu den USA.

Juri Andropows Antwort auf den Brief der US-Schülerin Samantha Smith hat in den USA eine gewaltige Resonanz gefunden. Die Gesetzgebende Versammlung des Bundesstaates Maine, aus dem Samantha gebürtig ist, nahm eine Resolution mit der Feststellung an, daß ihr Brief dem einfachen, aber zugleich dem sehnlichsten Traum aller Menschen der Welt Ausdruck gibt, „mit den Nachbarn auf dem Erdball in Frieden zu leben, zu handeln und zusammenzuarbeiten“. Im Rathaus von San Francisco wurden auf Initiative der Organisation der Öffentlichkeit „Round Table Foundation“ im Rahmen des Programms „Kinder als Friedenslehrer“ am 1. Juni die Preisträger des Wettbewerbs um die beste Kinderzeichnung zum Schutz des Friedens feierlich ausgezeichnet. Zum Wettbewerb hatten zahlreiche amerikanische und sowjetische Schulkinder ihre Zeichnungen eingesandt.

Am 1. und 2. Juni fand in Moskau die 3. Tagung der sowjetisch-kanadischen Kommission für wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit statt. Die Tagungsteilnehmer stellten fest, daß in diesen Bereichen in den letzten Jahren ein Fortschritt erzielt worden ist, und beschlossen, sich auch künftig an die bisher gültigen Vereinbarungen, darunter das 1978 unterzeichnete langfristige Programm der wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, zu halten. Michail Gorbatschow empfing am 3. Juni den kanadischen Außenhandelsminister Gerald Regan, der sich anläßlich der Tagung in Moskau aufhielt.

Am 6. Juni begann in Belgrad die 6. Tagung der UNCTAD (UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung). Vertreten waren 160 Länder, viele intergouvernementale und nichtgouvernementale Organisationen. Der Ministerrat der UdSSR richtete ein Grußschreiben an den Tagungsvorsitzenden, worin das grundsätzliche Herangehen der UdSSR an die Probleme hervorgehoben wird, die zum Kompetenzbereich der UNCTAD gehören. Die UdSSR ist für eine Umgestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen auf gerechter und demokratischer Grundlage,



Am 6. Juni traf der Präsident der Republik Finnland, Mauno Koivisto, begleitet von Ministerpräsident Kalevi Sorsa, Außenminister Paavo Mänti Väyrynen und anderen Staatsmännern, zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein. An den sowjetisch-finnischen Verhandlungen nahmen sowjetischerseits Juri Andropow, Nikolai Tichonow, Andrej Gromyko, Wassili Kusnezow und andere Staatsmänner teil. Ein Protokoll über die Verlängerung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe von 1948 und ein Protokoll über die Zusammenarbeit beider Länder in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion wurden unterzeichnet. **Unser Bild:** Bei den Verhandlungen

Foto: S. Smirnow

für eine neue Weltwirtschaftsordnung, die Gewährleistung der vollen Souveränität der Länder Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Ozeaniens über ihre Naturreichtümer, für die Unterstützung und Förderung der Entwicklungsländer bei der Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit.

Am 2. Juni wurde in der UdSSR die automatische interplanetare Station Venus 15 gestartet. An der Entwicklung der wissenschaftlichen Apparaturen zur Erforschung der Oberfläche und der Atmosphäre der Venus von einer Umlaufbahn ihres künstlichen Satelliten hatten Experten aus der DDR teilgenommen. Die Station wird die Venusnähe vermutlich Anfang Oktober erreichen.

Am 3. Juni beendete der spanische Außenminister Fernando Moran Lopez seinen offiziellen Besuch in der UdSSR, in dessen Rahmen er auch eine Fahrt nach Leningrad unternommen hatte (S. 9).

Am 1. und 2. Juni fand in Tallinn, der Hauptstadt Sowjetestlands, die 24. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands statt. Anwesend waren beinahe 300 Gewerkschafter dieser Länder (S. 12).

Am 1. Juni endeten in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) die Tage der UdSSR (S. 10).

Einer Landeskonferenz der Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion in Patna (Bihar, Indien) wohnten Hunderte Leiter und Aktivisten der Gesellschaft aus ganz Indien, Vertreter der Landesregierung und der Regierung von Bihar sowie eine sowjetische Delegation bei. In den einmütig angenommenen Resolutionen werden mit Nachdruck die friedensdienlichen Initiativen der UdSSR unterstützt.

Die Regierung Australiens faßte den Beschluß, die Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR vollumfänglich wiederaufzunehmen. Die Drosselung dieser Beziehungen wurde im Januar 1980 von der ehemaligen Koalitionsregierung (die Liberale und die Nationale Partei) angeregt, die dem antisowjetischen Kurs Washingtons gefolgt war.

Auf dem am 31. Mai in Warschau abgehaltenen 12. ZK-Plenum der PYAP verlas Jozef Czyrek den Bericht des Politbüros über die Hauptprobleme der sozialpolitischen Situation und die Richtungen der Parteitätigkeit. Organisa-

torische Fragen wurden erörtert. Das Schlußwort sprach Wojciech Jaruzelski.

Am 6. Juni begann in Peking die erste Tagung des Nationalen Volkskongresses (6. Legislaturperiode).

Am 3. Juni endete in Sofia das unter der Ägide der Pugwash-Bewegung organisierte internationale Symposium "Über die Rolle der kleinen Länder im Kampf für Frieden und Sicherheit in Europa". Daran nahmen beinahe 60 prominente Wissenschaftler aus 21 Ländern statt. Sie verurteilten die Pläne, in Europa neue US-Mittelstreckenraketen zu stationieren, und unterstützten die gerechten Vorschläge der UdSSR.

Ende Mai wurde der Abzug des Korps "Cuu long" der Vietnamesischen Volksarmee (eine Infanteriedivision, sechs Brigaden und Regimenter) aus Kampuchea abgeschlossen (S. 11).

Vom 30. Mai bis zum 4. Juni tagte in Budapest die V. Interparlamentarische Konferenz über Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa. Daran nahmen Vertreter von 28 Ländern teil. Der sowjetische Delegationschef war Alexej Schitnikow, Vorsitzender der Parlamentarischen Gruppe und Vorsitzender des Unionssowjets des Obersten Sowjets der UdSSR. Die Schlußresolution wurde im Geiste der Schlußakte von Helsinki beschlossen. Die Konferenzteilnehmer forderten die Führer der beiden Großmächte UdSSR und USA auf, ein gemeinsames Herangehen an die Lösung des akutesten Gegenwartsproblems — Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit — auszuarbeiten.

Das dänische Parlament nahm einen Beschluß an, der die Regierung verpflichtet, sich für den Aufschub der Realisierung des NATO-Plans auszusprechen, laut dem Ende d. J. in westeuropäischen Ländern neue US-Kernraketen stationiert werden sollen (S. 14).



In Conakry (Guinea) wurde ein mit sowjetischer Hilfe errichtetes Forschungszentrum eröffnet. T A S S - Foto: Blick auf das neue Forschungszentrum

Die britische Polizei und Truppenteile wüteten unter den Friedensanhängern, die den US-Luftstützpunkt in Upper Heyford, wo sich rund 70 nukleare US-Bomber befinden, blockiert hatten. Verhaftet wurden 260 Personen.

In San Marino wurden die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom Mai veröffentlicht: 32 von den 60 Sitzen erzielte die Koalition der Linkskräfte, der die Kommunistische, die Sozialistische Partei und die Sozialistische Einheitspartei angehören. Über 24% der Stimmen wurden für die KP abgegeben.

Die Werktätigen der kapitalistischen Länder verstärken den Kampf für ihre Rechte. Am 5. Juni fand in der Londoner City eine Massendemonstration für das Recht auf Arbeit, gegen die arbeiterfeindliche Politik der Tories statt. Sie bildete den Abschluß des gesamt nationalen Arbeitslosenmarsches, der in Glasgow gestartet war. Auf dem fast 700 km langen Weg schlossen sich den Marschteilnehmern immer neue Kolonnen der Kämpfer aus Wales, Yorkshire, Cornwall und anderen Gebieten an. Im Zentrum von Brüssel (Belgien) wurde eine Demonstration gegen die Offensive von Regierung und Unternehmern auf den Lebensstandard der Werktätigen, gegen die Arbeitslosigkeit

durchgeführt. Unter den rd. 20 000 Teilnehmern waren Einwohner nicht nur der Hauptstadt, sondern auch von Liege, Antwerpen, Gent, Charleroi und anderen Städten.

Äußerst gespannt bleibt die Lage in Libanon. Im Bekaa-Tal und in Südlibanon verhafteten die Okkupanten bei Massenrazzien Hunderte Einwohner. Die israelischen Militärs konzentrieren im Zuge ihrer Vorbereitungen zu einem Oberfall auf Syrien Truppen und Militärtechnik weiterhin im Bekaa-Tal (S. 13).

Am 4. Juni führten 100 000 Israelis in Tel Aviv eine Antikriegsdemonstration durch. Von der Bewegung "Frieden heute" organisiert, bildete die Demonstration den Höhepunkt eines eine Woche früher an der Nordgrenze Israels begonnenen Friedensmarsches. Die Demonstranten trugen Transparente, worauf u. a. stand: "Aus Libanon abziehen!", "Holt unsere Söhne wieder heim!"

Die Lage an der Nord- und der Südgrenze Nikaraguas hat sich erneut zugespitzt. Von Honduras aus wurde der Raum Teotecacinte im Departement Nueva Segovia mit starkem Artilleriefeuer belegt. Am 5. Juni begannen über 600 von den US-Amerikanern bewaffnete und ausgebildete ehemalige Somozistas bei der Stadt Jalapa einen neuen Einfall in Nikaragua. Die Söldner überfielen mehrere Grenzorte. Die Sandinistische Volksarmee schlägt die Angriffe der Banditen zurück.



Auf dem US-Militärstützpunkt Atsugi, einer der Hunderte amerikanischer Basen in Japan, kamen am 25. Mai infolge der Explosion eines Flugzeugs vier japanische Arbeiter ums Leben. Das Kommando verweigerte japanischen Vertretern den Zutritt zum Stützpunkt zwecks Untersuchung des Unfalls. Die Öffentlichkeit des Landes ist zutiefst empört und fordert die Abschaffung aller Stützpunkte des Pentagon in Japan. UPI/TASS-Foto: Arbeiterposten am Eingang zum Gelände des Stützpunktes Atsugi

Der Druck der am Wettrüsten interessierten Kreise auf die bürgerlichen Massenmedien ist sehr stark. Sie müssen aber trotzdem zumindest kurz über die sowjetischen Friedensvorschläge berichten, denn unter den objektiv denkenden Menschen der kapitalistischen Länder setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, einem Atomkrieg müsse vorgebeugt werden. Natürlich gibt es sowohl in Australien als auch in der australischen Laborparty von der antisowjetischen Propaganda in die Irre geführte Leute, deren Einstellung zur UdSSR von Dogmatismus geprägt ist.

Peter LIMB

Nedlands, Australien

In Heft 14/83 S. 32 behaupten Sie, der ASiA der Universität Kiel betreibe "faschistische Propaganda". Diese Behauptung stimmt nicht.

Unsere Universität paßte sich dem NS leider sehr schnell an. Wir wollen die Rolle unserer Universität in der NS-Zeit durchleuchten, es sind noch viele Fragen offen. Unsere Aufkleber dienen dazu, die Diskussion darüber anzuregen und auf die unruhliche Rolle während der Nazi-Zeit hinzuweisen. Daher die provokative Verfremdung des offiziellen Uni-Siegels. Das Präsidium der Universität beantragte beim Schleswiger Gericht, die Verbreitung dieser Aufkleber zu untersagen. Wir haben den Verdacht, daß sie die nationalsozialistische Vergangenheit unserer Universität gerne unter den Teppich kehren möchten. Sie haben bisher keine Stellungnahme zur Situation der Uni zwischen 1933 und 1945 abgegeben.

Unser Präsidium hat im übrigen die Angliederung einer Stiftung zum Gedenken an die Opfer der NS-Zeit an unserer Universität im Senat abgelehnt. Diese Stiftung war von Studenten angeregt worden.

Wir bitten Sie auch, diesen mißlungenen Aufsatz richtigzustellen, und uns davon eine Kopie zu schicken.

Debbie WEBER-WULFF
Pressereferentin

Von der Redaktion. Wir entschuldigen uns beim ASiA der Universität Kiel für die Falschinformation über seine Tätigkeit, was auf die Unachtsamkeit eines unserer Kollegen zurückzuführen war.

ERZWUNGENE GEMEINSAMKEIT

Das im südöstlichen Virginia, in der Nähe des Ozeans liegende Williamsburg ist eine stille, propere Stadt, die in Erwartung des Fremdenverkehrs dahinlebt (eine Million Touristen je 10 000 Einwohner in der Hochsaison). Die Altstadt, das "koloniale" Williamsburg genannt, läßt an die ersten Siedler und die ersten Schritte des amerikanischen Staates nach der Befreiung von der britischen Herrschaft denken. In den 20er Jahren aus John Rockefellers Geld wiederaufgebaut, setzt sich die Altstadt aus schmucken Häusern im alten Stil zusammen. In den ebenfalls stilisierten Werkstätten darin werden Andenken hergestellt. Durch die Straßen wandeln in alte Tracht gesteckte Schauspieler, die "Einwohner" von einst darstellend. Hier zieht man den Touristen das Geld aus der Tasche.

Die Backsteinhäuser des Hotels "Williamsburg", des Gouverneurspalastes und des altertümlichen Rathauses, sämtlich in der Altstadt gelegen, waren der Tagungsort des diesjährigen Gipfeltreffens der USA, Großbritannien, Frankreichs, der BRD, Italiens, Kanadas und Japans. Die erste solcher Konferenzen fand 1975 statt. Ihr Hintergrund und in hohem Maße auch Grund war die tiefe Wirtschaftskrise der kapitalistischen Welt. Nach einmütiger Meinung hat die Krise heute noch tieferen Charakter und verursacht die akutesten sozialen Erschütterungen, was sich vor allem in der gewaltigen Arbeitslosigkeit — 32 Millionen! — äußert.

Das hat auf den Verlauf der Konferenz abgefärbt und das Mißtrauen der Partner gegeneinander noch verstärkt. Der achte Teilnehmer war das Big Business der USA, und das ist kein Zufall. Im Austausch gegen die Reklame für die eigene Produktion versorgte es die 2000 "Begleitpersonen" der Präsidenten, Ministerpräsidenten, Außen- und Finanzminister mit Autos der Marke General Motors, Ford oder Chrysler, mit Nachrichtenmitteln und zahlreichen anderen Waren und Dienstleistungen. "Wir wollen, daß alle Erzeugnisse ausschließlich amerikanisch sind", sagte ein Sprecher des Weißen Hauses am Vorabend der Konferenz bedeutungsschwer. So kam es auch. Das US-Kapital erhielt jede Möglichkeit, den Partnern und Konkurrenten seine Muskeln zu demonstrieren.

Eine weitere Besonderheit der Konferenz war ihre strikte Geheimhaltung und ihre Isolierung von der Außenwelt. Die Veranstalter verhehlten nicht, daß sie am wenigsten einen Ausbruch von Widersprüchen sehen wollten wie etwa 1982 in Versailles um den Ost-West-Handel. Dort hatte sich Washington in die Verteidigung gedrängt gesehen.

Seit dem Unabhängigkeitskrieg, als Williamsburg ein einziges Militärlager war, lebte es höchst friedlich. Aber während der Konferenz (28.—30. Mai) glaubte man sich wegen der undenkbar vielen Polizisten, Nationalgardisten und regulären Truppen in die Zeiten von vor 120 Jahren zurückversetzt. Die Sperre um das "koloniale" Williamsburg war mehrfach, undurchdringlich und dauerte rund um die Uhr. (Wegen der Fahrlässigkeit eines Beamten wurde das Schema der Standortverteilung der Posten in einem Restaurant der Stadt aufgegeben. Ich weiß nicht, was aus dem Beamten geworden ist, aber die Wachsamkeit dürfte verdoppelt worden sein.) Isoliert wurden schließlich auch die Konferenzteilnehmer selbst. Die Sitzungen verliefen ohne Berater und Dolmetscher. Die letzteren befanden sich in einem Nebenraum und verfolgten das Geschehen auf Monitoren, während die Teilnehmer mit Kopfhörern vorliebnehmen mußten. Fragen an die Berater wurden an eine spezielle Tafel geschrieben und später auf ein Display übertragen. Die Antworten kamen über das Display an die Tafel. Der US-Präsident führte selber das Sitzungsprotokoll und setzte die Information für Journalisten auf.

Und so wirkten das 3000 Mann starke Journalistenkorps, das in der Sporthalle des städtischen Colleges untergebracht war, und das "koloniale" Williamsburg wie zwei einander gegenüberstehende Lager. Die Verbindung zwischen ihnen erinnerte an einen verstopften Wasserhahn, aus dem die Information nach langem und vergeblichem Glucksen nur tropfenweise sickerte. Deshalb handelten die Berichte über die Konferenzzeröffnung hauptsächlich von der Speisenfolge der (übrigens durch und durch amerikanischen) Frühstücke, Mahlzeiten usw. der Staats- und Regierungschefs, deshalb verlegten sich die Journalisten darauf, einander zu interviewen, nicht selten gegenseitig. In den Abendnachrichten im Fernsehen wur-

den der Konferenz nur wenige Minuten zugestanden. Keine Sonderausgaben, keine Informationsbulletins. Die in der Stadt eingetroffenen Riesenwagen, mit funkelnden ovalen Antennen ausgerüstet und mit sinnreichen Fernseheinrichtungen gespickt, sahen wie hilflose Saurier aus. Eine Zeitung fragte rhetorisch: "Wozu die modernsten Apparaturen, wenn wir lediglich mitteilen können, daß Reagan und die anderen sechs Regierungsoberhäupter hinter verschlossenen Türen konferieren?"

Der Initiator der Konferenz, das Weiße Haus, hoffte, mit dieser Geheimnistuerei über die akuten Gegensätze hinwegzutäuschen und die Partner zu eigenen Bedingungen zur Eintracht zu zwingen. Die verschlossenen Türen sind gut, wenn unpopuläre Entscheidungen getroffen werden müssen. Man setzte offenbar auf die verzwickte Lage der Verhandlungspartner. Margaret Thatcher steht kurz vor den Wahlen, Amintore Fanfani ebenfalls. Die Wahlen zum Oberhaus sind eine ernste Herausforderung der japanischen Liberal-Demokratischen Partei. Deshalb konnte die Demonstration der "Wichtigkeit" und "Nützlichkeit" des Treffens zusätzliche Punkte bringen, ein offiziell zugegebener Mißerfolg dagegen die Wahlchancen verringern. Der anwachsende Protest gegen die Arbeitslosigkeit und das offensichtliche Fehlen einer Alternative gaben den Gedanken ein, die Konferenz zu einer positiven Etappe bei der Lösung der Probleme zu stilisieren.

Dennoch erwies sich die Aufgabe der US-Delegation als schwierig. Das zeigte schon der zweite Konferenztag — ebenfalls durch den Informationsmangel. Ein vom Pressesekretär des Weißen Hauses angekündigtes Treffen der Außenminister mit Presseleuten zwecks Vorlesen eines Abschlusssdokuments begann nicht zur festgesetzten Zeit, sondern erst mit einer siebenstündigen Verspätung. Es wurde klar, daß die US-Delegation auf überraschenden und hartnäckigen Widerstand gestoßen war, denn bis dahin hatte man der Konferenz einen ruhigen Verlauf vorausgesagt.

Die zweite Neuerung war noch überraschender: Bisher galten die jährlichen Treffen der Sieben Wirtschaftsproblemen. Das erste offizielle Dokument von Williamsburg dagegen war eine Erklärung zu Fragen der Militärpolitik, die Außen-

minister Shultz vor Journalisten vorlas. Sie trieft vor lauter Bereitschaft, "den Frieden zu gewährleisten", "ein niedrigeres Rüstungsniveau durch ernste Verhandlungen über die Rüstungskontrolle zu erreichen" und "gemeinsam mit der UdSSR zu arbeiten". Laut Gerüchten im Pressezentrum wurden diese Versicherungen auf Drängen der Westeuropäer angenommen, die gegen die weit härtere US-Variante aufgetreten waren. Reagans Berater Michael Deaver sagte den Korrespondenten: "Die Erklärung wäre gescheitert, hätte Reagan nicht so viel Überzeugungskraft und Ausdauer gezeigt. Sie war für ihn entscheidend."

Der Sinn der Erklärung liegt nicht in den Zusicherungen, dem Frieden Treue zu wahren, sondern in zwei Schlüsselsätzen. Der erste: Falls ein Abkommen über die Begrenzung der Mittelstreckenraketen in Europa nicht erreicht wird, "werden die interessierten Länder Ende 1983 mit der geplanten Stationierung der US-Systeme in Europa beginnen". Der zweite: "Die Sicherheit unserer Länder ist unteilbar und muß auf globaler Basis gesehen werden." Dahinter steckt vieles. Washington zwang seine Bündnispartner dazu, Unterstützung für seine aggressive Politik, und wenn auch in den allgemeinsten Worten, zu bekunden.

Zwar setzten sich die Bündnispartner mit ihrer Formel durch: "Die geplante Stationierung muß im Falle eines Mißerfolgs der Verhandlungen beginnen." Aber das ändert nichts an der Sache. Es sind Europäer, die die Raketen bei sich aufnehmen müssen, die Verhandlungen dagegen werden von den USA geführt.

So einfach ist das gewiß nicht. Die Westeuropäer waren um die Demonstration einer vorsichtigen, ja kühlen Einstellung zu dem US-Wunsch bemüht, sie durch eine neuerliche Verpflichtung an sich zu binden. Der französische Außenminister Claude Cheysson betonte auf der Pressekonferenz, er habe vor Beginn der Konferenz nichts von einer in Vorbereitung befindlichen militärischen Erklärung geahnt. Bundeskanzler Helmut Kohl soll, wie ein BRD-Sprecher sagte, auf der Konferenz erklärt haben, die Suche nach dem Frieden erfordere eine Zusammenarbeit mit dem vermutlichen Gegner, und bestand darauf, daß der Westen eine ständige Flexibilität bei den Verhandlungen über die Rüstungskontrolle auf allen Ebenen zeigen, besonders aber alle Möglichkeiten einer Obereinkunft in Genf studieren müsse.

Nichtsdestoweniger bedeutet die Konferenz in Williamsburg einen weiteren Schritt zur Realisierung des äußerst gefährlichen Ziels, die

militärische Balance in Europa zu verändern.

Die Völker haben natürlich das letzte Wort. In diesem Zusammenhang verwies Bundeskanzler Kohl darauf, daß die Stationierung von Pershing 2 in der Bundesrepublik mit enormen Schwierigkeiten verbunden sei. Die Stimme des Volkes war auch in Williamsburg zu hören, obwohl es alle Sorgen der heutigen Welt längst abgelegt zu haben scheint. Am 28.

Erstmals in der Nachkriegszeit nahm Japan gemeinsam mit den USA und anderen NATO-Staaten an der Abfassung einer Erklärung teil, die wichtige Fragen der internationalen Sicherheit betrifft, darunter die Stationierung von Raketenwaffen, die die UdSSR bedrohen können. Das bedeutet die Abkehr von der offiziellen Haltung, die militärische Rolle Japans beschränke sich ausschließlich auf Selbstverteidigung.



So empfangen die einfachen Amerikaner in Williamsburg die militaristischen Beschlüsse der Sieben

Foto: AP/TASS

Mai organisierte das Washington Peace Centre eine Demonstration. Marcelline Nieman, eine Aktivistin der Friedensbewegung in Virginia, erklärte vor den Versammelten: "Wir sind zutiefst darüber besorgt, daß dieses Wirtschaftstreffen dazu benutzt wird, die Unterstützung für die Entsendung von Pershing-2-Raketen nach Westeuropa zu mobilisieren."

Die zur Schau getragene Friedensliebe der Erklärung, die Versprechungen, bei den Verhandlungen über die strategischen Rüstungen Reagans neue, am 1. Juni, schon nach der Konferenz, formulierte Vorschläge zu unterbreiten, zeugen von Versuchen, die Position des Westens zu beschönigen. Doch sind die mit dieser Position verbundenen Gefahren nicht zu verbergen, zumal die Konferenz von Williamsburg einen vorsichtigen, aber unmißverständlichen Schritt zur Schaffung einer Super-NATO machte. Man denke z. B. an das Postulat, die Sicherheit der führenden kapitalistischen Länder müsse "auf globaler Basis" gesehen werden. Gemeint sind die Erhöhung der Rolle Japans in den militaristischen Plänen des Westens und eine geringere Autonomie Frankreichs in militärischen Fragen.

Kennzeichnend in dieser Hinsicht war, daß bei einem Treffen des japanischen Ministerpräsidenten Nakasone mit dem USA-Präsidenten in Williamsburg das Orchester statt der japanischen Hymne einen maritimen Militärmarsch aus der Zeit des zweiten Weltkrieges schmetterte.

Was Wirtschaftsprobleme betrifft, so beschränkte sich die Konferenz auf das banale Konstatieren. Übrigens hielten es die Spitzenpolitiker der sieben Länder auch auf den früheren Konferenzen — in Venedig, Ottawa und Versailles — genauso: Sie erörterten die sich verschärfenden Probleme, ohne sich über die Behandlung der Krankheit einig geworden zu sein.

Kurz vor dem Treffen in Williamsburg schrieb die "New York Times": "Trotz des allgemeinen Interesses an der politischen Aufrechterhaltung der Allianz haben die sich vertiefenden Gegensätze im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik ersten Charakter angenommen. Sie werfen die Frage nach der Fähigkeit der Industriestaaten, wirksam die Wirtschafts- und Finanzkrise zu bekämpfen, wenn zugleich die Geschäftsaktivität nur langsam wieder auflebt, der Welthandel schrumpft, die Zinssätze und die Arbeitslosigkeit hoch, die Währungen nicht in gleicher Lage und die Banken labil sind."

Eine der Hauptursachen für die zunehmende Währungs- und Fi-

nanzlabilität ist der künstlich überhöhte Dollarkurs auf den internationalen Währungsmärkten, sind die hohen Zinssätze auf die Kredite in den USA. Das führt zur Kapitalflucht in die USA und zehrt am Mark der anderen kapitalistischen Länder. Außerdem wickelt sich der Import Westeuropas, besonders in Erdöl und anderen Rohstoffen, zu einem Großteil in Dollars ab. Deshalb bedeutet sein gegenwärtig um 20–25% über dem wirklichen Wert liegender Preis große Verluste für die Alte Welt. Ein Großteil des Handelsdefizits Frankreichs (100 Md. Franc) entstand z. B. gerade als Folge des überhöhten Dollarkurses. Daher die Forderung, die bestehenden Devisenverhältnisse zu revidieren, eine Forderung, die Präsident Mitterrand nach Williamsburg mitbrachte. Um diese Forderung entbrannte ein langer, heftiger Streit, weil Washington es vorzieht, nichts zu ändern, zumindest nicht jetzt. Dank der Unterstützung des Bundeskanzlers konnte sich Mitterrand Gehör verschaffen: In der Schlussdeklaration gibt es die Aufforderung an die Finanzminister, "Bedingungen für eine Verbesserung des internationalen Währungssystems festzulegen" und die Einberufung einer internationalen Währungskonferenz auf hoher Ebene zu erwägen. Allerdings ist dieser Punkt so vage formuliert, daß er keine praktischen Maßnahmen verspricht, auch nicht für eine entfernte Zukunft.

Ebensowenig war die Aufforderung durch praktische Verpflichtungen untermauert, im Welthandel den Protektionismus zu vermeiden. Angesichts der Rezession und hohen Arbeitslosigkeit sind die US-Partner nicht weniger als Washington daran interessiert, den Export maximal zu steigern und den Import zu drosseln, weshalb sie im Protektionismus den natürlichen Ausweg aus den wirtschaftlichen und sozialen Kalamitäten erblicken.

Ein Schlag gegen ihre wirtschaftlichen Interessen ist auch der Kurs auf militärische Modernisierung, der den Bündnispartnern aufgezungen wird und selbst jene sehr vorsichtigen Versuche, einen Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise zu finden, zunichte macht, die die Teilnehmer der Sieben zu unternehmen sich verpflichteten, als sie zum Gipfeltreffen ausgezogen waren. Die Botmäßigkeit führt stets zu immer weiteren Opfern. Geopfert werden die nationalen Interessen von Washingtons Partnern — aber auch die Interessen des Volkes der USA.

J. GUDKOW
Eigenbericht

Williamsburg—New York

"NEUE ZEIT" 24.83

FORTGESETZTE TRADITION

Der erste offizielle UdSSR-Besuch Mauno Koivistos, Präsident der Republik Finnland, gipfelte u. a. in der Unterzeichnung eines Protokolls über die Verlängerung des 1948 geschlossenen sowjetisch-finnischen Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe um weitere 20 Jahre.

Wie bei den Verhandlungen im Kreml betont wurde, hat der Vertrag dazu beigetragen, zwischen der UdSSR und Finnland wirklich rechtsgleiche, für beide Seiten nützliche Beziehungen der guten Nachbarschaft und des Vertrauens herbeizuführen. Dieses Dokument wurde auch ein wichtiger Faktor der Sicherheit Finnlands und der nordwestlichen Grenze der UdSSR, der Festigung des Friedens in Nordeuropa und auf dem ganzen Kontinent. Deshalb ist die nun schon dritte vorfristige Prolongation des Vertrages ein bedeutsames Ereignis auch für die Erhaltung und Konsolidierung der gesamteuropäischen Entspannung. Es widerspiegelt das Streben unserer beiden Länder nach der Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit sowie die Stabilität ihrer gutnachbarlichen Beziehungen. Wie Juri Andropow bei einem Essen für den finnischen Präsidenten hervorhob, schwanken diese Beziehungen nicht mit der Weltlage und sind eindeutig der Zukunft zugewandt. Unsere traditionelle, von Jahr zu Jahr erstarkende Zusammenarbeit ist, sagte er, ein überzeugendes Beispiel dafür, wie erfolgreich und fruchtbar die Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und Ideologie sein können.

Im Kreml wurden die weiteren Entwicklungswege der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen erörtert; man verwies darauf, daß ihr großzügiger Ausbau das Positive einer Zusammenarbeit demonstriert, die frei von Diskriminierung und künstlichen Restriktionen ist. Natürlich wirkten sich die konjunkturellen Schwankungen in der Weltwirtschaft auch auf den sowjetisch-finnischen Handel aus. Aber unsere beiden Länder konnten die anfallenden Probleme im Geiste der guten traditionellen Zusammenarbeit, im Interesse jedes der Partner lösen. Von der aussichtsreichen Entwicklung des für beide Seiten vorteilhaften Warenaustausches zeugt auch, daß im Zuge von M. Koivistos Besuch ein Protokoll über die Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion unterzeichnet wurde.

Leider unterscheide sich die heutige internationale Atmosphäre, sagte M. Koivisto, beträchtlich davon, was wir in den Beziehungen zwischen unseren beiden

Ländern gewöhnt sind. Kein Zufall, daß bei den Verhandlungen im Kreml einer ersten Besorgnis über die weitere Verschärfung der Weltlage Ausdruck gegeben und die Notwendigkeit betont wurde, die Anstrengungen aller Staaten zu aktivieren und zu vereinigen, um einen Kernkrieg zu verhindern und den Weltfrieden zu festigen. Besonders gefährlich sind die schon anlaufenden Vorbereitungen zur Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in einigen westeuropäischen Ländern. Sollten die USA und ihre NATO-Partner auch weiter die Stationierung von Pershing 2 und Flügelraketen im europäischen Raum anstreben, erklärte Juri Andropow, so werde sich die UdSSR genötigt sehen, defensive Gegenmaßnahmen zu ergreifen, jener Gefahr adäquat, die für die Sicherheit der UdSSR und ihrer Bündnispartner heraufbeschwoen wird. Doch möchten wir nicht, daß es soweit kommt. Wir sind für ein Europa, das nicht in nuklearer Gefahr schwebt.

Als äußerst wichtige Aufgabe betrachten die UdSSR und Finnland in der heutigen Situation die Rückkehr zur Entspannung. Sie sind entschlossen, auf jede Weise die Fortsetzung des KSZE-Prozesses zu fördern. Beim Essen im Kreml unterstrich M. Koivisto, wie wichtig es sei, in Madrid ein gehaltvolles Dokument abzufassen, das in ausgewogener Weise allen Abschnitten der Schlußakte Rechnung tragen würde.

Selbstverständlich wurden bei den Verhandlungen die Meinungen auch über die Lage in Nordeuropa ausgetauscht. Unter den heutigen Verhältnissen gewinnt der Vorschlag Finnlands, dort eine kernwaffenfreie Zone zu errichten, immer mehr an Bedeutung. Die UdSSR ihrerseits ist bereit, zu ihrer Einrichtung beizutragen und nicht nur sich zur Respektierung des Status einer solchen Zone zu verpflichten, sondern auch einige wesentliche Maßnahmen im Hinblick auf das anstoßende eigene Territorium zu erwägen, Maßnahmen, die die Festigung des kernwaffenfreien Status besagter Zone fördern könnten. Ferner ist die UdSSR bereit, mit interessierten Seiten die Frage nach dem kernwaffenfreien Status der Ostsee zu erörtern.

Mauno Koivistos Besuch fügt sich in die gute Tradition ein, die von Juho Kusti Paasikivi und Urho Kaleva Kekkonen, hervorragenden Staatsmännern Finnlands, begründet worden war. Die Pflege der gutnachbarlichen Tradition trägt Wichtiges zur Konsolidierung des Friedens und der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent bei.

D. KARTASCHEW

NOCH NICHT ZU SPÄT

Zwei Äußerungen namhafter bundesdeutscher Politiker standen im Mittelpunkt der stürmischen Polemik über die NATO-"Nachrüstung". BRD-Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) antwortete auf die Frage eines Korrespondenten der "Welt", ob bis Jahresende ein befriedigendes Ergebnis bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über eine Begrenzung der Nuklearwaffen in Europa erreicht werden könne: "Ich halte es für sehr unwahrscheinlich." Am gleichen Tag erklärte Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) in einem Interview für die "Washington Post": "Ich bin bislang noch nicht davon überzeugt, daß sie" (die Amerikaner) "ernsthaft verhandeln." Schmidt gab zu verstehen, seine Meinung über die "Nachrüstung" könne sich ändern, wenn die USA keine Kompromißbereitschaft zeigen.

Wörner sprach das laut aus, worüber sich Regierungsvertreter bislang lieber ausschwiegen: Bonn glaubt nicht an einen Erfolg der Genfer Verhandlungen und betrachtet die Raketenstationierung als beschlossene Sache. Schmidts Äußerung zeigt, daß in den Reihen der Sozialdemokratie sogar jene umzuwenden begonnen haben, die als Mitautoren des "Doppelbeschlusses" gelten.

Dieser Tage berichtete das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel", daß in der BRD bereits die Vorbereitungen für die Raketenstationierung angelaufen sind.

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger brachte bei seinem Bonn-Besuch, wie die hiesige Presse schreibt, seinem BRD-Kollegen keine neuen Abrüstungsvorschläge mit, sondern einen genauen Zeitplan für die Stationierung der 108 Pershing-2-Raketen und von 96 Cruise Missiles in der Bundesrepublik. Wörner suchte diese Berichte zu dementieren, indem er erklärte, von einem solchen Plan könne "nicht die Rede sein". Weinberger selbst jedoch sagte vor Journalisten in Bonn, die Stationierung werde "nach

dem Plan" erfolgen, der schon seit langem abgestimmt sei. Für Weinberger, bemerkt "Der Spiegel", sind die Genfer Verhandlungen kein Gesprächsthema mehr.

Dem US-Plan zufolge beginnt bereits im September die Ausbildung des Personals für die Bedienung und Reparatur der Raketen, und im Dezember werden 18 Pershing 2 mit deren Sprengköpfen in demontiertem Zustand in die BRD transportiert. 9 Raketen — die erste Batterie — sollen Ende Januar voll einsatzfähig sein, die anderen 9 zwei Monate später. Da die Bauarbeiten erst im Juli 1984 abgeschlossen werden, sollen die Raketen auf vorläufigen Rampen aufgestellt werden. Ende 1985 sollen alle 108 Pershing einsatzbereit sein.

Empfehlungen,

Empfehlungen...

Der Sprecher des SPD-Parteivorstandes, Clement, nannte Wörners Äußerung "alarmierend". Wenn Wörner im Stil des US-Verteidigungsministers die Genfer Verhandlungen für aussichtslos bezeichnet, "dann fragt sich, welchen Sinn dies haben soll, wenn nicht den, die deutsche Bevölkerung psychologisch auf einen baldigen Beginn der Raketenstationierung vorzubereiten". Bekanntlich verlangte CSU-Führer Franz Josef Strauß gleich nach den Bundestagswahlen vom 6. März, die BRD-Bevölkerung in diesem Geist zu bearbeiten. Doch noch vor kurzem suchte die derzeitige BRD-Führung auf jede Weise den Eindruck zu erwecken, als sei ein Erfolg in Genf möglich und sogar nahe.

Wiederholt hatten Kabinettsvertreter erklärt, sie täten ihrerseits alles zur Erreichung eines Kompromisses. So sagte Außenminister Hans-Dietrich Genscher: "Diese Null-Lösung ist ein deutscher Vorschlag. Wir haben ihn eingeführt — die Amerikaner haben ihn übernommen... Das Gleiche gilt auch für den Vorschlag eines Zwischenergebnisses."

Auf solche "Verdienste" ist man also in Bonn stolz! Glaubten die

routinierten Bonner Politiker wirklich, die Sowjetunion könne Varianten zustimmen, die ihre Sicherheit gefährdeten? Das ist kaum denkbar. Bonn, das Washington die famosen Ideen einer "Null-" und einer "Zwischenlösung" suggeriert, hilft im Grunde den Amerikanern nach wie vor, auf Zeit zu spielen, bis die Raketenstationierung beginnt.

Demonstration

der Abhängigkeit

Wie der "Spiegel"-Chefredakteur Erich Böhme zu Recht schreibt, habe vergebens "mehr als die Hälfte der Deutschen" (d. h. Bundesdeutschen) "und mindestens die andere Hälfte der Amerikaner einen europäischen Verhandlungsdruck auf Reagan erwartet, der Totrüstungs-Doktrin abzuschwören. Und wer anders als der neu bestellte Regierungschef jenes Landes, in dem die neue Raketenandrohung betont werden soll, wäre berechtigter... diesen Druck auszuüben?" Doch, konstatiert Böhme, Kohls Diplomatie "hat seine amerikanischen Freunde eher darin bestärkt, in Genf Zähne zu zeigen, als darin, Raketenkompromisse zu schließen."

Ihrerseits betonte die "Frankfurter Rundschau": "Dieser Kanzler übt keinen Druck aus, sondern demonstriert in peinlicher Weise die Abhängigkeit von der unberechenbaren US-Regierung."

Diese Abhängigkeit demonstrierte die BRD-Regierung auch auf dem Treffen der Führer von sieben kapitalistischen Ländern in Williamsburg, auf der Brüsseler Konferenz der NATO-Verteidigungsminister sowie bei den kürzlichen Bonn-Besuchen von Caspar Weinberger und dem US-Delegationsleiter bei den Verhandlungen über eine Begrenzung der Nuklearrüstungen in Europa, Paul Nitze. In allen Fällen unterstützte Bonn vorbehaltlos die destruktive Haltung Washingtons bei den Genfer Verhandlungen. Zugleich werden Versuche unternommen, die Wirkung der Erklärung der Sowjetregierung auf die BRD-Öffentlichkeit abzuschwächen. In der Erklärung hieß es, daß im Fall der Stationierung neuer US-Raketen in Europa rechtzeitige und wirksame Maßnahmen ergriffen werden.

Bonn lehnte nach Washington, und bisweilen sogar eher, immer wieder alle sowjetischen Vorschläge zur Begrenzung der Nuklearwaffen in Europa ab. Zwar vermochte man am Rhein nicht, die Konstruktivität der Erklärung Juri Andropows in Frage zu stellen, daß die UdSSR bereit ist, eine Gleichheit der Nuklearpotentiale in Europa sowohl nach Trägern als auch nach Sprengköpfen zu vereinbaren. Nichtsdestoweniger betrachtet die

BRD-Regierung die neuen sowjetischen Vorschläge als unannehmbar.

Würde ja eine Verwirklichung dieser Vorschläge dazu führen, daß im europäischen Teil der Sowjetunion bedeutend weniger Mittelstreckenraketen und dazugehörige Sprengköpfe wären als vor 1976, als die Sowjetunion noch nicht die "SS-20"-Raketen hatte. Eine solche Lösung müßte eigentlich jenen zusage, die sich für die NATO-"Nachrüstung" stark machen und diese mit der "Vergrößerung des sowjetischen Raketenpotentials" zu begründen suchen. Doch nein... Die Bundesrepublik könne keineswegs ohne die amerikanischen Raketen auskommen, heißt es in Bonn. Die französischen

handlungen in Genf keine positiven Ergebnisse bringen.

Zur gemeinsamen Strategie, schreibt der "Generalanzeiger", "stellt sich natürlich die Frage nach der Rolle der französischen Nuklearwaffe". Diese Frage sei delikat und müsse deshalb "in einem sehr kleinen Kreis" behandelt werden. "Man kann aber immerhin schon heute feststellen", heißt es in dem Artikel weiter, "daß allein der Beschluß der beiden Länder, eine engere strategische Kooperation anzustreben, die Sowjetunion zwingt, das Risiko des französischen atomaren Schutzes für den deutschen Partner in ihre strategische Rechnung einzubeziehen". Ist es denn nicht klar, daß die französischen Nuklearstreitkräfte europäische Bedeutung erlangen?

Paris will diese Tatsache nicht anerkennen und ist deshalb zu keinerlei Abkommen mit Bonn über den Einsatz seiner Nuklearwaffen im Kriegsfall bereit. Der "Generalanzeiger" teilt diese Haltung: Frankreich könne nicht auf den Rauchvorhang, der die wahre Bestimmung seiner Nuklearkräfte verhüllt, verzichten. "Es geht nicht darum, formale Garantien zu geben", schlußfolgert der Autor, "sondern die notwendigen Folgerungen aus der gegebenen Verflechtung zu ziehen." Und die Lage sei seinen Worten nach so: "Die Anwesenheit französischer Truppen auf dem deutschen Territorium dürfte so im Ernstfall eine Kettenreaktion auslösen, die ... der nationalen Entscheidungsfreiheit nur noch einen engen Spielraum läßt."

Die Zeit drängt

Läßt sich die Stationierung der US-Nuklearraketen noch verhindern? Die Teilnehmer der Antikriegsbewegung meinen, ja. Die Mehrheit der BRD-Bevölkerung ist gegen die Raketen, und wenn sie ihren Willen zu demonstrieren vermag, wird deren Aufstellung politisch schwer realisierbar selbst für die CDU-Regierung. Die Vertreter von 26 Antikriegsorganisationen führten kürzlich ein Treffen in Köln durch und erarbeiteten ein Aktionsprogramm. Vorgesehen sind verschiedene Kampfformen: Demonstrationen, Blockade von Militärobjekten, Unterschriftensammlung unter den Krefelder Appell und die Erklärung von Örschaften zu atomwaffenfreien Zonen.

"Die Zeit drängt" — nicht selten sagen das die SPD-Führer, wenn sie von der schweren Bedrohung für Europa sprechen. Doch muß dann nicht endlich gehandelt werden?

A. TOLPEGIN
Eigenbericht

Bonn

NZ

KOMMENTAR

ZUSAMMEN KANN MAN MEHR

Trotz ihrer verschiedenen Gesellschaftsordnung können die UdSSR und Spanien zusammen viel für Sicherheit und Frieden tun. Das hat sich nochmals bei dem offiziellen Besuch bestätigt, den der spanische Außenminister, Fernando Moran Lopez, unlängst der UdSSR abgestattet hat.

Bei seinen Verhandlungen mit Andrej Gromyko kamen die aktuellsten weltpolitischen wie auch grundsätzliche Fragen der bilateralen Beziehungen zur Sprache. Besonders eingehend debattierten sie über die Lage in Europa im Zusammenhang mit der geplanten Aufstellung neuer US-Raketen in einigen Ländern Westeuropas.

Spanien gehört nicht zu den nuklearen Mächten. Nach dem Amtsantritt der sozialistischen Regierung wurde sein Beitritt zur Militärorganisation der NATO ausgesetzt. Spanien sei, so sagte der hohe Gast, an den NATO-Beschlüssen von 1979 über die Nachrüstung nicht beteiligt gewesen, könne aber die Sorge der Länder Europas um ihre Zukunft verstehen. Es setze sich für eine nukleare Abrüstung in Europa und dafür ein, daß man sich bei den Genfer Verhandlungen auf einen möglichst weitgehenden ausbalancierten Abbau der Mittelstrecken wie auch der strategischen Kernwaffen einigt.

Die Minister nahmen für eine Fortsetzung und Ausdehnung des mit der KSZE eingeleiteten gesamteuropäischen Prozesses und für die Wiederherstellung des Spannungsklimas auf diesem Kontinent Stellung.

Im Hinblick auf die Lage in einigen Weltgebieten, einschließlich Mittelamerikas und des Nahen Ostens, sprachen sie sich für die Ausräumung der Spannungsherde aus.

Sie befanden den Jetztstand der sowjetisch-spanischen Beziehungen für gut, sind aber der Ansicht, daß die Möglichkeiten zu ihrem Ausbau noch lange nicht ausgeschöpft sind. Minister Moran sagte auf einer Pressekonferenz: "Wirtschaftlich ist noch weniger erreicht, als erreicht werden könnte."

Die beiden Minister bekräftigten die Absicht ihrer Länder, ihre wirtschaftlichen, politischen, kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Kontakte auszudehnen, wozu namentlich die Unterzeichnung eines Programms für die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit und eines Seefahrtabkommens in Moskau beitragen wird.

N. SHOLKWER



Immer mehr Bundesbürger erkennen die Gefahr, die die Stationierung neuer amerikanischer Raketen in der BRD heraufbeschwört. Hunderttausende demonstrieren gegen die neue Runde im Wettrüsten.

Fotochronik: TASS

und die britischen Raketen hätten angeblich rein nationale Bedeutung und dürften nicht in die Gesamtrechnung aufgenommen werden.

Hinter dem Rauchvorhang

Eine weitere Tatsache widerspricht deutlich den Behauptungen von der rein nationalen Bedeutung der französischen Nuklearwaffen, die besonders in Paris wie in Bonn unterstrichen wird. Gemeint ist die immer engere militärische Zusammenarbeit mit der BRD. Das beschränkt sich nicht auf die Kooperation bei der Entwicklung und der Produktion eines neuen Kampfhubschraubers. Erörtert wird die gemeinsame Strategie für den Kriegsfall. Davon schrieb vorsichtig, doch deutlich genug der dem Bonner Außenministerium nahestehende "Generalanzeiger" kurz vor dem Treffen Mitterrand-Kohl. Bei ihm bekräftigten bekanntlich beide Staatsführer ihre Treue zum NATO-Doppelbeschluß, falls die Ver-

GROBE FEHLRECHNUNG

Knapp zwei Monate ist es her, daß sich die Sowjetunion mit einem Appell an die Teilnehmerstaaten der Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz wandte, der einen raschen und erfolgreichen Abschluß des Treffens ermöglicht hätte. Unser Land erklärte seine Bereitschaft, den Entwurf des Schlußdokuments in der Form anzunehmen, in der er von einer Gruppe neutraler und nichtpaktgebundener Staaten am 15. März 1983 vorgelegt worden war, und forderte die übrigen Teilnehmer zu einem ebenso konstruktiven Verhalten auf. Da die sozialistischen Länder den Aufruf der Sowjetunion unterstützten und die neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten ja selbst Urheber des Entwurfs sind, geht es nun ausschließlich um die Antwort der NATO-Länder.

Die Sowjetunion hat diesen Schritt keineswegs unüberlegt getan. Während der über zwei Jahre währenden komplizierten Verhandlungen hatten die sozialistischen Länder Flexibilität und Kompromißbereitschaft gezeigt und waren den Vorschlägen und Wünschen der westlichen Länder weitgehend entgegengekommen. Dagegen blieben im Schlußentwurf eine Reihe wesentlicher Vorstellungen der sowjetischen Delegation unberücksichtigt. Um die Zustimmung aller 35 Teilnehmerstaaten zu erreichen, wurde die Annahme des Entwurfs der neutralen Länder als möglich erachtet. Insgesamt erlaubt er, den mit Helsinki begonnenen Prozeß fortzusetzen, und enthält u. a. den Beschluß, eine Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa einzuberufen.

Und die Antwort der NATO-Länder? Sie ignorieren bewußt, daß die Verhandlungen zum Wesen der in Madrid behandelten Fragen bereits abgeschlossen sind und daß deren Resultate im erneuerten Entwurf der neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten ja gerade verallgemeinert wurden, und bestehen weiter darauf, die Verhandlungen müßten fortgesetzt werden. Mehr noch, sie versuchen die Zustimmungserklärung der Sowjetunion zu dem genannten Entwurf schon fast als mangelnde Flexibilität hinzustellen und versteigen sich sogar zu der Behauptung, im Falle eines fruchtlosen Ausgangs des Madrider Treffens habe dafür eben die UdSSR die Verantwortung zu tragen. Hier machen sie nun wirklich den Gärtner zum Bock.

Worüber eigentlich wollen die NATO-Länder verhandeln? Ihre Vertreter berufen sich darauf, nun liege nur noch eine "beschränkte Anzahl" von Zusätzen zum Entwurf des Schlußdokuments vor, und die Zusätze selbst seien "gemäßigt" Art. Einige sind sogar so vermessend, für die Sowjetunion zu entscheiden, indem sie erklären, diese Zusätze und Ergänzungen enthielten nichts, was sie nicht akzeptieren könnte.

Das aber ist reine Heuchelei. Die NATO-Länder wollen nach wie vor Klauseln in das Schlußdokument hineinbugsieren, die ihren Versuchen, sich in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder einzumischen und im Geiste des berüchtigten "Kreuzzugs" Ronald Reagans Zwietracht und Entfremdung zwischen den Völkern zu säen, den Anschein von Legitimität verleihen.

Sowohl in den Hauptstädten der NATO-Länder als auch in ihren Madrider Delegationen weiß man gut, daß die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder während des ganzen Madrider Treffens derartige Erpressungen klar zurückgewiesen haben. Chancen für die Annahme dieser NATO-Zusätze und -Ergänzungen hat es nie gegeben. Angesichts ihres für viele Teilnehmerstaaten unannehmbaren Charakters waren sie weder in den ursprünglichen noch in den erneuerten Entwurf des Schlußdokuments aufgenommen worden.

Hier stellt sich von selbst die Frage: Zu welchem Zweck werden solche eindeutig unannehmbaren Ansprüche weiter vorgebracht? Der Hintergedanke ist klar: Entweder sollen die sozialistischen Länder gezwungen werden, sich auf ein Abkommen, das ihnen einseitige Zugeständnisse abverlangt, einzulassen, oder das Treffen soll blockiert werden.

Die Leute, die heute den außenpolitischen Ton der USA angeben, machen sich keine besondere Mühe, ihre im Prinzip negative Einstellung zur mit Helsinki eingeleiteten Entspannung, zur Festigung der Sicherheit und zum Ausbau der Zusammenarbeit zu verbergen. Schwieriger ist die Haltung jener westeuropäischen Länder zu erklären, die doch rein objektiv an einem positiven Ausgang des Madrider Treffens interessiert sein müßten, aber entweder für ihre eigenen Interessen nicht einstehen wollen oder sich nicht dazu durchringen können. Diese Haltung jedoch birgt eine schlimme Fehlkalkulation.

A. ALEXEJEV

"Mir i drushba" — Frieden und Freundschaft, diese beiden Wörter begegnen der Journalistendelegation aus Dortmund in der Sowjetunion immer wieder. Ob in der Metropole Moskau oder im 3200 Flugkilometer entfernten Usbekistan: Überall bekunden die Gesprächspartner ihren sehnlichen Wunsch nach Verständigung über die Grenzen hinweg." So beginnt Alexander Rothhämel eine Zwei-Seiten-Reportage in der "Westfälischen Rundschau" über seinen Aufenthalt in der UdSSR.

Daß die sowjetischen Menschen in Frieden und Freundschaft mit anderen Völkern leben wollen, erfuhren die Einwohner Dortmunds während der Auslandskulturtag vom 25. Mai bis zum 1. Juni, die in diesem Jahr der Sowjetunion galten. Es ist die zweite Begegnung der Dortmunder mit der sowjetischen Kultur. Die erste hatte 1973, kurz nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrags stattgefunden.

Bei der festlichen Eröffnung der Tage der Sowjetunion erinnerten die Redner an den nun schon ein Jahrzehnt zurückliegenden Aufschwung des Entspannungsprozesses. "Der Weg von damals war richtig. Ich kann mir auch heute keine vernünftige Alternative zu den damaligen Verträgen vorstellen", sagte Dortmunds Oberbürgermeister Günter Samtlebe.

Der Vorsitzende der Gesellschaft "UdSSR—BRD", Leonid Samjatin, betonte, den Beziehungen zur Bundesrepublik werde in der Sowjetunion nach wie vor große Bedeutung beigemessen. Die Zusammenarbeit sei nicht nur als solche wichtig, sondern sei ein wesentlicher Faktor der Stabilität in Europa und in den internationalen Beziehungen insgesamt.

In seinem Grußwort bezeichnete der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, die hin und wieder laut werdenden Erwägungen, der an und für sich lobenswerte Austausch von Meinungen und Kulturschätzen entscheide nicht über Frieden und Sicherheit, als "oberflächlich". Tatsächlich ist es so, daß wir mit dem besseren gegenseitigen Kennenlernen auch dem Ziel der auf Vertrauen gegründeten Partnerschaft näher kommen.

Das Programm der Tage der Sowjetunion war außerordentlich vielfältig. Nach Dortmund kamen das Bolschoi-Theater, das Zentrale Puppentheater unter Leitung von Sergej Oblaszow, das schon 1973 ein Gastspiel gegeben hatte, sowie der Volkschor Woronesh, das Folklore-Ensemble "Fluierash" aus Moldawien, das

PRAXIS DER ENTSPANNUNG

Tage der UdSSR in Dortmund

Moskauer Tanzorchester "Melodija", das musikalische Laien-Ensemble "Russki Souvernir" aus Rostow am Don und weitere bekannte sowjetische Sänger und Musiker. In mehreren Sälen der Stadt wurden 27 Ausstellungen zu Wissenschaft und Technik, Kunst und Literatur gezeigt. Es gab eine Woche des sowjetischen Films und ein Seminar über die Entwicklung der multinationalen Filmkunst in der UdSSR. Schriftsteller diskutierten zum Thema "Die Verantwortung des Schriftstellers in der Welt von heute". Eine wissenschaftliche Konferenz befaßte sich mit Fragen



Auftritt sowjetischer Künstler
Foto aus: "UZ" (BRD)

der Energetik, ein Seminar mit dem sowjetisch-bundesdeutschen Jugendaustausch am Beispiel der Partnerstädte Dortmund und Rostow am Don.

Namhafte sowjetische Wissenschaftler, Staatsmänner und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Geistliche hielten Referate. Sportler beteiligten sich an Freundschaftsspielen und Schauvorführungen. Selbst in den Restaurants gab es eine "Woche der russischen Küche".

Die bundesdeutsche Presse berichtete im großen Ganzen objektiv und wohlwollend über diese Veranstaltungen. Begeisterte Kritiken erhielten die sowjetischen Bühnenkünstler. Ein paar Schlagzeilen zur Auswahl: "Tanz in Vollendung geboten" (zum Ballett "Spartakus"), "Obraszows Puppen scheinen zu leben", "Sofia Rotaru begeisterte Publikum".

Die Dortmunder zeigten starkes Interesse an allen Veranstaltungen im Rahmen der Tage der Sowjetunion. Während der vielen Begegnungen mit sowjetischen

Bürgern stellten sie Tausende Fragen zu den unterschiedlichsten Bereichen des Lebens in der UdSSR. Und fast immer kam das Gespräch auf das alle bewegende Thema, wie der Frieden zu erhalten und Europa vor der Raketenbedrohung zu retten sei. Zu der offenen Diskussion sowjetischer und bundesdeutscher Journalisten erschienen 500 Personen, und in dem Saal konnte wahrhaft keine Stecknadel zu Boden fallen. Es ging um die Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD, um die Genfer Verhandlungen, die sowjetischen Friedensinitiativen. An der Diskussion konnten sich nicht nur Journalisten, sondern auch das Publikum beteiligen. Und obwohl sich hier Menschen unterschiedlichster Anschauungen versammelt hatten, waren sich alle, die das Wort ergriffen, einig, daß die friedliche Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern gepflegt und weiterentwickelt werden müsse.

Sicher machten die Tage der Sowjetunion in Dortmund nicht allen in der BRD reine Freude. Springers "Die Welt" machte sich zum Sprachrohr derer, die Konfrontation wollen, und äußerte in giftigen Kommentaren, das Fest der sowjetischen Kultur sei ein Versuch der UdSSR, die "Hegemonie" über die BRD zu erlangen. Auch in Dortmund selbst fanden sich CDU-Politiker, die den Bürgern rieten, die Teilnahme an den Tagen der UdSSR besser bleiben zu lassen. Die "Westdeutsche Allgemeine" merkte dazu ironisch an, selbst CDU-Wähler hätten auf derartige Empfehlungen geipfen.

Das stimmt. Die im Rahmen der Tage der Sowjetunion durchgeführten 183 Veranstaltungen verzeichneten 160 000 Besucher. "Ich werde auch zukünftig daran mitwirken, daß das Zerbild über die UdSSR, an dessen Fortbestehen ganz bestimmte Kreise ein Interesse haben, durch direkte Kontakte endlich einer realen Sicht der Dinge und Interessenlagen weicht", sagte Oberbürgermeister Samtlebe auf der festlichen Abschlußveranstaltung.

Im kommenden Jahr wird die inzwischen traditionelle Begegnung in der UdSSR, in Rostow am Don, mit einer "Dortmunder Woche" stattfinden.

Eigenbericht

Dortmund

NZ

KOMMENTAR

AKT GUTEN WILLENS

Ein weiteres Kontingent der vietnamesischen Freiwilligentruppen — das Korps "Cuu long", zu dem eine Infanteriedivision sowie sechs Brigaden und Regimenter gehören — ist aus Kampuchea abgezogen worden. Die Verdienste der vietnamesischen Kämpfer wurden von der Revolutionären Volkspartei Kampucheas, von seiner Regierung und seinem Volk hoch eingeschätzt.

Wie Außenminister Nguyen Co Thach in einem Interview für France Presse erklärte, ist Vietnams Politik "auf den vollen Abzug aller Truppen aus Kampuchea und nicht auf seine Okkupation gerichtet"; in diesem Jahr würden die Truppen weiterhin abgerufen werden. Diese Tat guten Willens wurde dank der Stabilisierung und Festigung der Lage in Kampuchea selbst möglich. Sogar westliche Journalisten geben nach einem Besuch dort zu, daß sein Volk in der kurzen Zeit seit dem Sturz des blutigen Pol-Pot-Regimes bedeutende Erfolge bei der nationalen Erneuerung, beim Wiederaufbau der Wirtschaft und bei der Belebung des öffentlichen Lebens erzielt hat. Die Streitkräfte der VR Kampuchea sind erstarkt, mit sicherer Hand schlagen sie die von außen unterstützten reaktionären Gruppierungen zurück.

Wie wurde dieser Schritt Vietnams und Kampucheas in Washington und den Hauptstädten anderer Länder aufgenommen, deren Indochina-Politik mit der des Weißen Hauses übereinstimmt?

Dort beeilte man sich, den Abzug eines weiteren Kontingents der vietnamesischen Freiwilligen als Propagandamanöver abzutun. Verleumdungen werden kolportiert, statt der abberufenen Verbände träfen in Kampuchea neue ein. Wie die "Nhan Dan" (Hanoi) schreibt, hören die Gegner einer friedlichen Regelung nicht auf, "die Wahrheit über den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea nach den schmutzigen Methoden der psychologischen Kriegführung zu entstellen".

Die Khmer haben ein Sprichwort: "Ein Elefant ist nicht in ein Lotusblatt einzuwickeln." Ebenso vergeblich sind Versuche der USA und anderer Länder, die sich über Realitäten hinwegsetzen, die Wahrheit über den Abzug vietnamesischer Truppen aus Kampuchea als Lüge hinzustellen. Der Grund solcher Versuche ist klar: Die imperialistischen Kreise möchten die Spannungen in der Region aufrechterhalten und die Konsolidierung der Volksmacht in Kampuchea stören. Sachlich denkende Politiker vieler Länder dagegen schätzen den neuen Akt guten Willens der vietnamesischen und der kampucheanischen Regierung mit Recht hoch ein.

L. MIRONOW

OSTSEE — MEER DES FRIEDENS

Am 1. und 2. Juni tagte in Tallinn, Hauptstadt der Estnischen SSR, die 24. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands. Unser Mitarbeiter bat den Leiter der sowjetischen Delegation, den Sekretär des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften, Kazimieras MACKEVICIUS, um einige Worte zu diesem Treffen der Werktätigen.

Kollege Mackevicius, würden Sie bitte knapp die Ziele dieser Arbeiterkonferenz mit ihrer bereits relativ langen und schönen Tradition umreißen!

Wirklich können die Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer, Norwegens und Islands auf eine 25jährige Geschichte zurückblicken. Die Bewegung entstand auf Initiative der Werktätigen und der Gewerkschaften der Ostseestaaten. In den Ländern dieser Region sowie an der sowjetischen Ostseeküste leben über 150 Millionen Menschen. Auf diese hochentwickelten Gebiete entfallen über 15% der Weltindustrieproduktion, dort bestehen starke Formationen der organisierten Arbeiterklasse. Von jeher war die Ostsee eine Zone intensiven internationalen Handels, sie näherte Völker und Länder, die traditionell eine wichtige Rolle in der Weltpolitik spielen, einander an. Deshalb ist es kein Zufall, daß eben hier diese Bewegung entstand, deren Hauptziel der Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt, die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen und die Entspannung des politischen Klimas sind. In vollem Maße wird dieses Ziel vom Motto der Arbeiterkonferenzen verdeutlicht: "Die Ostsee muß ein Meer des Friedens sein."

Welche Länder beteiligen sich an den Arbeiterkonferenzen? Wie häufig werden sie veranstaltet und worin liegt ihre Spezifik!

Ihren Beitrag zur Entwicklung der Bewegung leisten Vertreter der Werktätigen und Gewerkschaften der DDR, Dänemarks, der VR Polen, der UdSSR, Finnlands, der BRD, Schwedens, Islands und Norwegens. In jedem Land bestehen spezielle Organe, Nationalkomitees der Arbeiterkonferenzen. Die Konferenzen

werden alle zwei Jahre abgehalten, bislang gewöhnlich in einem sozialistischen Land.

Im Zeitraum zwischen den Konferenzen werden die Leitung der Bewegung und die Koordinierung der Tätigkeit der Nationalkomitees von einem Ständigen Komitee und seinem Internationalen Sekretariat ausgeübt. Sie setzen sich aus Vertretern aller Teilnehmerstaaten der Konferenz zusammen. Das Ständige Komitee mit Sitz in Rostock (DDR) tritt 2- bis 3mal jährlich in verschiedenen Ostseeländern zusammen.

In der Ostseeregion sind die Arbeiterkonferenzen das in seiner Art einzige ständige Forum, wo Gewerkschaftsfunktionäre und Arbeiter aus kapitalistischen und sozialistischen Ländern die Möglichkeit haben, unabhängig von ihren politischen Anschauungen sie bewegendende Probleme zu diskutieren und einander besser kennenzulernen.

Gewöhnlich werden außer der eigentlichen Konferenz drei Diskussionsforen veranstaltet. Sie gestatten, den Rahmen der Diskussionen auszudehnen und bieten einer größeren Anzahl von Teilnehmern Gelegenheit, das Wort zu ergreifen. In ungezwungener Atmosphäre wird ein offenes Gespräch über die aktuellsten, die Werktätigen interessierenden Fragen geführt. So ging es z. B. auf den vorangegangenen Arbeiterkonferenzen u.a. um Themen wie "Die Gewerkschaften und das Recht auf Arbeit", "Die Verantwortung der Gewerkschaften für die Sicherheit und Zukunft der Kinder und Jugendlichen", "Erziehung der Völker im Geiste von Frieden und Freundschaft", "Der Einfluß der modernen Technik und Technologie auf den Arbeitsprozeß". Außerdem machen sich die Delegationen mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen vertraut und besuchen Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe.



Wie schätzen die Gewerkschaften der sozialistischen Länder diese Konferenzen ein?

Die Gewerkschaftszentralen der Bruderländer haben die Arbeiterkonferenzen stets als unmittelbare Sache der Gewerkschaften betrachtet. Tauschen auf ihnen doch Gewerkschaftsmitglieder praktisch aller Ebenen — von Arbeitern bis zu Vorsitzenden der Gewerkschaftszentralen — ihre Meinung aus. Außerdem bewerten wir diese Foren als eine weitere Möglichkeit, die friedliebende Außenpolitik der sozialistischen Länder zu erläutern, ihre auf die Verringerung der Kriegsgefahr gerichteten Initiativen breit zu propagieren und die Leistungen des Sozialismus, die Rolle der Gewerkschaften in der sozialistischen Gesellschaft zu veranschaulichen.

Vertreter der sowjetischen Gewerkschaften beteiligen sich seit ihrem Entstehen an den Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer, Norwegens und Islands. Der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften (WZSPS), der in der UdSSR die Funktion des Nationalkomitees der Arbeiterkonferenzen ausübt, schenkt dieser Arbeit starke Beachtung. Selbstverständlich haben die Gewerkschaftsorganisationen der Lettischen, Litauischen und Estnischen SSR, der Gebiete Kaliningrad und Leningrad viel praktische Arbeit zu leisten. Wir waren die Organisatoren der 21. Arbeiterkonferenz in Leningrad im Juni 1978. Nun, fünf Jahre später, wurde unser Land wieder zum Konferenzort gewählt.

Gehen Sie bitte etwas ausführlicher auf das diesjährige Treffen ein.

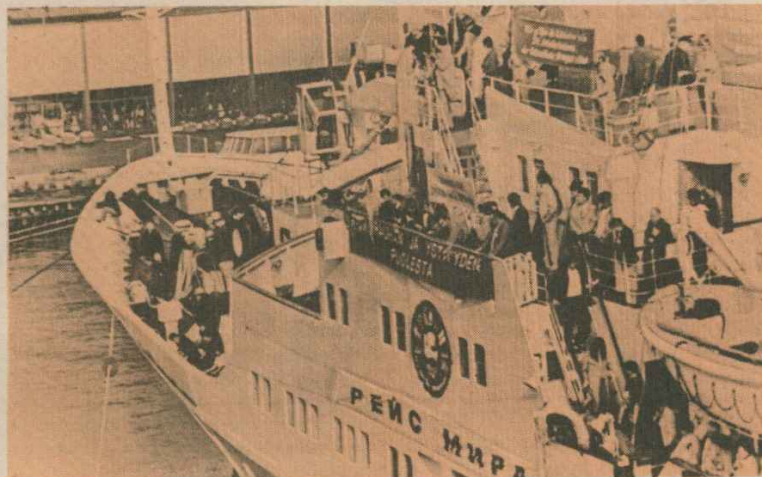
Vor allem möchte ich folgendes hervorheben. Zum erstenmal in der Praxis der Arbeiterkonferenzen veranstaltete das Ständige Komitee vor Beginn des jüngsten Forums eine Ostsee-Friedensfahrt. Dazu stellten die Sowjetgewerkschaften das MS "Michail Kalinin" zur Verfügung. Die Fahrt begann in Leningrad und ging über Häfen der DDR, der BRD, Norwegens, Schwedens, Dänemarks und Finnlands. In Rostock und Kiel, Oslo und Göteborg, Kopenhagen und Helsinki kam es zu starkbesuchten Kundgebungen und Begegnungen mit Werktätigen und Gewerkschaftsfunktionären, zu Pressekonferenzen. In allen Anlaufstädten des "Michail Kalinin" besichtigten die sowjetischen und ausländischen Teilnehmer Industriebetriebe und wurden von den städtischen Behörden empfangen. In jeder Stadt überreichten wir eine Friedensbotschaft.

Die Begegnungen der Konferenzteilnehmer mit Werktätigen und Gewerkschaftsfunktionären Nordeuropas haben überzeugend verdeutlicht, daß die

alarmierenden Ereignisse in der Welt bei ihnen ebenso wie bei den Werktätigen der sozialistischen Staaten tiefe Besorgnis hervorrufen. Das Bewußtsein der Gefahr einer Kernkatastrophe mobilisiert immer neue Bevölkerungsschichten mit unterschiedlichsten Anschauungen zum aktiven Friedenskampf. Man konnte sich leicht davon überzeugen, daß die konstruktiven Friedensvorschläge der Sowjetunion bei vielen Bürgern der kapitalistischen Länder, die wir besuchten, Verständnis und Unterstützung finden.

einfach auf die Anheizung der internationalen Spannungen reagieren, äußerte Gertrud Busche, Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier aus Hannover (BRD), denn unter Konflikten und Kriegen hätten vor allem die Arbeiter zu leiden.

Die Konferenzteilnehmer — und das waren in Tallinn rund 300 Delegierte, die alle Teilnehmerländer sowie den WGB repräsentierten — verabschiedeten eine Erklärung, in der alle Gutgewillten aufgefordert werden, sich noch entschiedener gegen den Kernkrieg, für den Ausbau



An Bord des MS "Michail Kalinin" fanden drei Diskussionsforen statt: "Die Gewerkschaften und die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit", "Der Kampf der Gewerkschaften für Abrüstung, soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung und Teilnahme an der Produktionsleitung" und "Die Auswirkung von Industrierobotern auf die Vollbeschäftigung". Ferner kam es zu bilateralen Begegnungen von Landesdelegationen.

Welche Themen wurden unmittelbar auf der Konferenz diskutiert?

Kurz gesagt und vor allem: Probleme der Friedenserhaltung. Der Vorsitzende des Ständigen Komitees Heinz Hanns (DDR) sagte bei der Eröffnung der Konferenz, es sei erfreulich, daß die diesjährige Konferenz in der Sowjetunion stattfindet, für die der Kampf um die Sicherung des Friedens zeit ihrer Existenz die wichtigste Aufgabe war und bleibt.

Im Referat der sowjetischen Delegation und in anderen Reden wurde besonders betont, daß die erfolgreiche Erfüllung der Hauptfunktion der Gewerkschaften — Verteidigung der sozialökonomischen Interessen der Werktätigen — heute enger als je mit dem Kampf gegen das Waffentrüsten, gegen die Politik der Kriegsvorbereitung verknüpft ist. Breiteste Schichten der Werktätigen müßten

Das MS "Michail Kalinin" mit Teilnehmern der Friedensfahrt im Tallinner Hafen

Foto: TASS

gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den Staaten einzusetzen. Die Gefahr eines Kernkriegs, heißt es in der Erklärung, drohe nicht nur Europa, sondern der ganzen Welt. Um sie abzuwenden, setzen wir uns für nukleare Abrüstung in allen kernwaffenbesitzenden Staaten in Ost und West auf den Prinzipien der Gleichheit und der gleichen Sicherheit ein.

Man kann mit Fug und Recht behaupten, daß das Hauptergebnis der 24. Arbeiterkonferenz darin besteht, ihr entschiedenes Nein gegen die neuen US-Raketen in Europa gesagt zu haben.

Die Konferenz hat ein neues Ständiges Komitee gewählt, dessen Vorsitzender erneut Heinz Hanns wurde. Zum Tagungsort der 25. Arbeiterkonferenz 1984 wurde Rostock (DDR) bestimmt.

Zum Abschluß möchte ich sagen, daß die Friedensfahrt durch die Ostseeländer und die 24. Arbeiterkonferenz noch einmal gezeigt haben, wie ersprießlich der Austausch zwischen den Werktätigen aus Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist, die der gemeinsame Wunsch eint, den Weltfrieden zu bewahren.

NZ

KOMMENTAR

MIT DOPPELTEM BODEN

Die Durchsetzung des der libanesischen Regierung von Washington und Tel Aviv aufgezwungenen Abkommens erweist sich als sehr viel schwieriger denn dessen Vorbereitung. Ganz zu schweigen von Syrien und anderen fortschrittlichen Staaten der Region, von den palästinensischen und libanesischen nationalpatriotischen Kräften, wurde das Abkommen auch von jenen arabischen Kreisen verurteilt, die in Washingtons Augen als "gemäßigt" gelten. Das Parlament Kuweits lehnte das Abkommen in einer Sonderresolution ab. Selbst die saudische Regierung, auf deren Unterstützung große Hoffnungen gesetzt wurden, zog es vor, sich der Billigung dieses Dokuments zu enthalten. Offenbar angesichts der in der arabischen Welt dominierenden Stimmung.

Das "zweite Camp David" hat sich also noch schneller als wacklig erwiesen als das erste. Und hier nun zeigt sich die Hinterhältigkeit ihrer Urheber. Nicht zufällig hört man in Tel Aviv und nun auch in Washington immer häufiger die Behauptung, die Gegner des Abkommens, vor allem Syrien, behinderten den Frieden im Nahen Osten und provozierten Israel fast schon zu neuen kriegesischen Aktionen. Hinter diesem Lärmvorhang verlegt der israelische Befehlsstab immer neue Militärtechnik in das libanesisches Bekaa-Tal und schafft dort eine gepanzerte Faust. In die Presse sickerten Hinweise auf einen auch gegen syrisches Territorium geplanten Schlag, und zwar gleich in zwei Richtungen: Damaskus und Homs. Die vorbereitete Aggression wird von den USA demonstrierend abgesichert — sie verhehlen nicht ihren Plan, das Kontingent ihrer "Eingreiftruppe" in Libanon zu verstärken. Deshalb also geben sich nach den israelischen Generälen auch immer mehr hohe US-Militärs dort ein Stelldichein.

Ist das Erpressung, der Versuch, den Arabern mit einer neuen Aggression zu drohen und sie zu veranlassen, sich mit der Verwandlung Libanons in ein amerikanisch-israelisches Protektorat abzufinden? Vielleicht. Ausgeschlossen ist nach unserer Ansicht aber auch nicht, daß Tel Aviv bewußt darauf aus war, das dem Libanon aufgezwungene Abkommen für die meisten Araber unannehmbar zu machen, um dann die Verantwortung für die Zunahme der Spannungen im Nahen Osten und schließlich für einen neuen Krieg — diesmal gegen Syrien und eventuell nicht nur gegen Syrien — den Palästinensern, Syriern und anderen ihrer Gegner anzulasten. Wie auch immer, die dortige Entwicklung bestätigt mehr und mehr, daß das israelisch-libanesisches Abkommen einen doppelten Boden hat, der voller Sprengstoff steckt.

D. WOLSKI

PARLAMENT GEGEN RAKETEN

Das dänische Folketing verpflichtete die Regierung, sich für eine Aussetzung der Einhaltung des NATO-Beschlusses einzusetzen, dem zufolge Ende 1983 in mehreren westeuropäischen Ländern neue US-Mittelstreckenraketen stationiert werden sollen.

Der Leitantrag wurde von den Sozialdemokraten, der bedeutendsten Oppositionspartei, eingebracht. Dagegen sprachen sich die Konservativen aus, die das Minderheitskabinett leiten. Für den Beschluß stimmten 83 Abgeordnete, dagegen 70, bei 2 Stimmenthaltungen.

In dem Parlamentsbeschluß wurde hervorgehoben, solange die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf liefen, könne keine Rede von irgendeiner Vorbereitung zur Aufstellung von US-Mittelstreckenraketen sein, unabhängig davon, wann diese Verhandlungen beendet würden. Der Beschluß des Folketing berücksichtigt auch den wichtigen Aspekt,

der die Genfer Verhandlungen stocken läßt. Dänemark hält es für notwendig, auch die Kernwaffen Großbritanniens und Frankreichs einzubeziehen. Der Beschluß wurde erst nach rund fünfständigen Debatten durchgebracht. Doch das Ergebnis liegt auf der Hand: Gemäß der Verfassung ist die Regierung verpflichtet, den Parlamentsbeschluß bedingungslos zu erfüllen.

Nicht zum erstenmal zeigt sich das kleine Dänemark so "widerspenstig". Im Dezember v. J. stoppte das Folketing, ebenfalls auf Antrag der Sozialdemokraten "bis auf weiteres" jegliche Ausgaben für den Bau von Nebensitzpunkten für neue US-Raketen. Im Februar d. J. wurde während der Parlamentsdebatten über die Abrüstung und die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Europa auch der "Doppelbeschluß" der NATO scharfer Kritik unterzogen. Zu dieser Zeit wurde

auch ein Beschluß gefaßt, der die dänische Regierung dazu aufrief, die westlichen Länder zu realen Vorschlägen unter Berücksichtigung der jüngsten sowjetischen Initiativen zu veranlassen. Soweit bekannt, hat bisher niemand in Dänemark diesen Beschluß aufgehoben.

Im März trat in Dänemark die Gruppe "Sknilux" zusammen, der Vertreter der sozialdemokratischen Parteien der kleinen NATO-Länder Norwegen, Dänemark, Belgien, Holland und Luxemburg angehören. Dabei wurde ein Beschluß gefaßt, der u. a. die Forderung enthält, die bestehenden Arsenale der Mittelstreckenraketen einzufrieren. Es dürfe auch zu keiner Stationierung von Raketen kommen, solange die Genfer Verhandlungen andauern; die Null-Lösung sei unreal; die USA sollten zu einer flexibleren Haltung aufgefordert werden. Auf einer Pressekonferenz nach diesem Treffen sagte der ehemalige dänische Außenminister Olesen, es dürfe keinerlei Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Europa geben, selbst wenn die Verhandlungen in Genf in diesem Jahr nicht zu befriedigenden Ergebnissen führen.

Derartige Erklärungen haben in Washington und in der NATO Verärgerung ausgelöst, weil dort Dänemark große Bedeutung beigemessen und ständig versucht wird, es nach der Pentagon-Pfeife tanzen zu lassen. Das Land hat eine günstige strategische Lage und soll von

KEIN BRUCH IN DER POLITIK

Am Wiener Ballhausplatz hat die Wachablösung stattgefunden. Statt der 13 Jahre währenden Einparteienregierung der SPÖ ist nun ein Koalitionskabinett im Amt, in dem die SPÖ zwar ihre Führungsrolle beibehielt, jedoch die Macht mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) teilen muß. Nach dem Rücktritt Bruno Kreiskys, der die Wahlniederlage der Sozialisten als persönlichen Mißerfolg auffaßte, führt nun Fred Sinowatz, der ehemalige Vizekanzler, das Kabinett, in dem die Sozialisten 17 und die FPÖ 6 Ämter haben. Letztere stellt auch den Vizekanzler, der gleichzeitig Minister für Handel, Gewerbe und Industrie ist, den Verteidigungs- sowie den Justizminister.

Die Regierungsbildung ging ohne weiteres vonstatten. Mit ihrer relativen Mehrheit im Parlament (90 der 183 Sitze) konnte sich die SPÖ allerdings nicht zu einer Einparteienregierung entschließen. Die bürgerlichen Parteien — Österreichische

Volkspartei (ÖVP) und FPÖ —, die 81 bzw. 12 Mandate erhielten, haben erklärt, sie würden ein solches Kabinett schon bei der ersten Parlamentsitzung zu Fall bringen. So blieben drei andere Varianten: eine große Koalition der SPÖ mit der größten bürgerlichen Partei ÖVP, eine kleine Koalition der SPÖ mit der FPÖ oder eine Koalition der ÖVP-FPÖ.

Der Gedanke einer großen Koalition schien den Sozialisten wenig attraktiv. Diese Kombination galt als aufwendig, wenig wirksam und kostspielig. Umso mehr, als die Freiheitlichen bei den Koalitionsverhandlungen der SPÖ von vornherein den Vorzug gaben. Die Koalition mit der ÖVP, die nur eine Dreistimmenmehrheit hätte vorweisen können, erschien ihr als unzuverlässig.

Diese Haltung entsprach voll und ganz der Linie der Sozialisten, die schon während ihrer Amtszeit mit der FPÖ als möglichem Partner in einer

kritischen Situation geliebäugelt hatten. Dieses Bündnis erschien der SPÖ als das kleinere Übel. Der FPÖ könnte man weniger Macht und Ministerämter zukommen lassen. Obwohl der junge Flügel der SPÖ unter dem Eindruck der Wahlniederlage die Partei aufforderte, in die Opposition zu gehen, sich "moralisch zu erneuern" und sich nicht durch ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien zu kompromittieren, gewannen die "Realisten" die Oberhand und bestanden auf der Koalition mit der FPÖ. Außerdem hat sich dem Vernehmen nach auch die Führung des einflußreichen Österreichischen Gewerkschaftsbundes für eine SPÖ-FPÖ-Koalition stark gemacht.

Die Wahlniederlage der Sozialisten wurde anfangs fast als ein politischer Umbruch, als Rechtsruck angesehen. Die Abstimmungsergebnisse bestätigen eine solche Einschätzung jedoch nicht. Trotz der Niederlage ist die SPÖ noch immer stärkste Parlamentsfraktion. Ihr Hauptrivale ÖVP hat zwar 1,3% mehr Stimmen erhalten, aber nicht einmal die relative Mehrheit erringen können. Die FPÖ büßte bei den Wahlen eine ganze Portion Stimmen ein. Die Verluste der SPÖ erklären sich teilweise auch daraus, daß ein Teil



"Stoppt die nuklearen US-Raketen"
lautete die Losung einer Antikriegsde-
monstration in Kopenhagen

Fotochronik TASS

der NATO gewissermaßen als Korken benutzt werden, um den engen Hals zwischen Ostsee und Atlantik zu verschließen. Außerdem bemühen sich die USA um Dänemarks Zustimmung zu einer frühzeitigen Lagerung von US-Munition auf seinem Territorium.

In einer Analyse der jüngsten Schritte des Folketing schrieb die "Financial Times", NATO-Diplomaten dürften vermutlich nicht damit einverstanden sein, diesen Leitantrag als mit dem NATO-"Doppelbeschuß" zu vereinbaren anzusehen. Dänemark war das erste und bislang einzige NATO-Mitglied, das sich offiziell gegen die Einhaltung des "Doppelbeschlusses" von 1979 in dessen ursprünglicher Form wandte.

Der Vorsitzende der Sicherheits- und außenpolitischen Kommission der SP Dänemarks, Lasse Budtz, äußerte am 8. März in der Regierungskommission für Sicherheit und Abrüstung, die NATO verfüge über so viele Mittel, um den sowjetischen SS20-Raketen zu begegnen, daß die Stationierung von 572 neuen nuklearen US-Mittelstreckenraketen unzweckmäßig sei. Ziel und Hoffnung der Sozialdemokraten lauteten: Keine einzige zusätzliche Rakete. Auch früher schon hatten

sich die Sozialdemokraten für eine Verschiebung des Stationierungstermins eingesetzt, aber, wie "Aktuell" schrieb, zum erstenmal seien diese Forderungen als Antrag dem Parlament vorgelegt worden.

Auf dem kürzlichen XXVII. Parteitag der KP Dänemarks konstatierten dessen Delegierte, die Pläne der USA und der NATO, neue Kernraketenysteme in westeuropäischen Ländern zu stationieren, bedeuten eine neue Bedrohung der Sicherheit auf dem Kontinent. Der Sekretär des ZK der KP Dänemarks, Ib Nörlund, erklärte, das Land habe die Möglichkeiten, die Regierung daran zu hindern, Dänemark zu einem Mitläufer im Wettrüsten zu machen.

Starken Einfluß auf den Ausgang der Parlamentsdebatten hatten zweifellos die anwachsende Bewegung der Friedensfreunde, die Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Raketenstationierung. Mehrere Städte und Regionen Dänemarks wurden bereits zu kernwaffenfreien Zonen erklärt.

Im Kommuniqué der dieser Tage in Belgien abgehaltenen Tagung des militärischen Planungsausschusses der NATO wurde von Dänemark ein Zusatz eingebracht, in dem es heißt, das dänische Parlament weigere sich, die Stationierung der neuen US-Nuklearraketen in Westeuropa zu unterstützen.

S. ROGULSKI

ihrer Altwähler zu den kritisch eingestellten "Grünen" und "Alternativen" umschwenkten, die jedoch nicht das erforderliche Minimum erreichten und so draußen vor der Parlamentstür bleiben mußten.

Auch das Programm des neuen Kabinetts läßt keinen Bruch in der Politik der Alpenrepublik erkennen. In seiner Regierungserklärung machte der neue Kanzler deutlich, daß der Wunsch nach Frieden, Entspannung und Abrüstung das Hauptprinzip der Außenpolitik bleiben werde. Die neue Regierung will sich auch künftig an die aktive Neutralität halten. Sinowatz betonte weiter, das Land sei an der Beibehaltung und Erneuerung der Entspannung interessiert, die die gefährliche und unersprißliche Konfrontation ablösen müsse. Seine Regierung sei sich darüber im klaren, daß jeglicher bewaffnete Konflikt ernsthafte Folgen auch für Österreich hätte und einen neuen Weltkrieg provozieren könnte. Daher wolle Österreich seinen Beitrag zur Beilegung gefährlicher Konflikte leisten und sich um die Eindämmung des Wettrüstens sowie um die Abrüstung bemühen. Das neue Kabinett will die Wirtschaftszusammenarbeit mit allen Ländern, unabhängig von deren

Gesellschaftsordnung, fortsetzen, wobei es die Politik der Handelsrestriktionen entschieden ablehnt.

Wie erwartet, will die neue Regierung sich hauptsächlich auf die Bekämpfung der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit konzentrieren. Die dafür vorgesehenen praktischen Maßnahmen zeichnen sich nach Ansicht der österreichischen Medien allerdings nicht durch Konkretheit aus. Als fast unausbleiblich gelten neue Steuern, die Heraufsetzung der alten und andere unpopuläre Maßnahmen. Der Geschäftswelt wurden großzügige Vergünstigungen versprochen.

Das Programm zeigt, daß das neue Kabinett im wesentlichen den bisherigen Regierungskurs fortsetzen will und an Kontinuität interessiert ist.

Die auf dem Staatsvertrag und dem Gesetz über die immerwährende Neutralität basierende Außenpolitik hat sich in den 28 Jahren des unabhängigen Österreich voll und ganz bewährt, zur Stärkung seiner internationalen Stellung und zu seiner stabilen inneren Entwicklung beigetragen. Innenpolitisch haben sich sogar die bürgerlichen Parteien, ungeachtet des Ausgangs politischer

Auseinandersetzungen, auf die Sozialpartnerschaft eingeschworen. Eine solche Einmütigkeit ist nicht erstaunlich, da die SPÖ niemals ernsthaft gegen die Grundlagen der bürgerlichen Ordnung in der Republik Österreich aufgetreten ist.

Mit der Regierungskoalition der SPÖ-FPO ist eine 13jährige Periode der Alleinherrschaft der Sozialisten beendet, die von Kommentatoren als "Aera Kreisky" bezeichnet wird. Als Chef der letzten vier Sozialisten-Regierungen hat Bruno Kreisky tatsächlich entscheidenden Einfluß auf die Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik Österreichs genommen. Sein persönliches Ansehen als erfahrener Politiker, hat in nicht geringem Maße zu den politischen Erfolgen der SPÖ beigetragen. In diesem Zeitabschnitt wurde auch vielerlei für den Ausbau und die Stärkung der für beide Seiten vorteilhaften Beziehungen zwischen der UdSSR und Österreich unternommen. Der Abtritt Kreiskys wird, nach Ansicht der Kommentatoren, keine prinzipiellen Änderungen in der offiziellen österreichischen Politik hervorrufen, da deren Grundlagen gewahrt bleiben. Das Programm des neuen Kabinetts bestätigt diese Prognose zunächst.

R. KRESTJANINOW

SPIEGLEIN, SPIEGLEIN

Wie sollen wir Sowjetbürger auf Unzulänglichkeiten reagieren? Die Antwort ist seit langem bekannt: diese kritisieren und ein moralisches Klima schaffen, das eine Wiederholung von Fehlern ausschließt. Und nicht fürchten, daß die Gegner unsere Mängel zu Schadenfreude oder Hetze mißbrauchen können.

Es macht unseren westlichen Journalistenkollegen keine Ehre, daß sich viele von ihnen auf die Sammlung kritischer Artikel der sowjetischen Presse spezialisieren, wobei sie diese als eigene "Entlarvungen" ausgeben. Ein Beispiel dafür lieferte kürzlich das Hamburger Nachrichtenmagazin "Der Spiegel". Es schlachtete einen "Prawda"-Artikel über ein "außerordentliches Vorkommnis" in einem sibirischen Rayonzentrum aus. Dort war eine Zeitlang die Rayonzeitung nicht erschienen. Fürwahr, bedauerlich! Doch für den "Spiegel" war das Anlaß für ungezügelter Häm: Den sowjetischen Menschen sei überhaupt alles gleichgültig. "Ob eine Zeitung erscheint oder nicht erscheint — niemand bemerkt es. Den Lesern entgeht nichts... Beharrlich unterrichtet jedes Blatt der UdSSR", behauptet das Magazin selbstherrlich, "seine Leser über etwas, was sie schon wissen oder nicht glauben." Und weiter: "Alle unterliegen der Zensur. Berichte von Prominenten-Hobbys, vom Schicksal Unglücklicher, Sex und Crime, Heirats- oder Kauf-Annoncen — solche Lebenshilfe bietet die Sowjet-Presse nicht einmal in der Provinz."

Halten wir erstmal den Atem nach diesen "Entlarvungen" an und bekunden wir unser Beileid — nein, nicht den "armen" sowjetischen Lesern, sondern dem Hamburger Magazin. Bei ihm hapert es mit der Logik. So stellt sich die Frage: Wenn der Leser nur das erfährt, was er "bereits weiß" — wie wurde dann dem "Spiegel" der Vorfall im fernen Sibirien bekannt?

Bezüglich der Glaubwürdigkeit der Informationen, so verwechselt der "Spiegel"-Scribent hier offenbar den westlichen und den sowjetischen Leser. Ersterer wird ja oft genug betrogen (woher sonst der Skandal mit den "Hitler-Tagebüchern"?), der zweite vertraut den Publikationen seiner

Presse, was die sowjetischen Journalisten mit großer Verantwortlichkeit arbeiten läßt.

Auch bei der "Zensur" traf der "Spiegel" nicht ins Schwarze. Nicht eine "Zensur", sondern die eigene Würde erlaubt es unserer Presse nicht, in Sex-Stories zu schwelgen. Und auch die "Prominenten-Hobbys" können wir entbehren. Über Verbrechen wird geschrieben, doch nicht um diese zur Nachahmung zu empfehlen, sondern um sie zu verhüten. Nun zum "Schicksal Unglücklicher". Wenn der "Spiegel" an die Arbeitslosen denkt, so gibt es diese in der Sowjetunion nicht; was hingegen komplizierte Probleme der Entfaltung der Persönlichkeit und der menschlichen Beziehungen angeht, so wird über sie überaus viel geschrieben. Und mit den Annoncen unterlief dem ach so ironischen "Spiegel" auch ein Schnitzer: Offenbar hielt es sein Moskauer Korrespondent nicht für nötig, acht Kopeken für die Reklamebeilage zur Zeitung "Wetschernaja Moskwa" zu opfern, und bei einem eventuellen Aufenthalt in Riga las er offenbar nicht die Heiratsanzeigen in der dortigen Zeitung!

Was sollen wir also tun? Sollen wir dem "Spiegel" kein kritisches Material mehr liefern und uns mit unseren Unzulänglichkeiten abfinden? Oder sollen wir den "Spiegel" nicht fürchten? Ich meine, das zweite, um so mehr da der Informationsstand des Magazins über die sowjetische Wirklichkeit bislang nicht gerade berückend ist.

L. BESYMENSKI

EIN REZEPT

Der "Washington Post" zufolge sollen ausschließlich die Westeuropäer schuld sein an dem neuen amerikanischen Anfall von Neutronenwahn. Angeblich hätten Großbritannien, Italien und die Bundesrepublik die USA gebeten, die Produktion von mit einem Neutronensprengkopf bestückten 155-mm-Geschossen aufzunehmen.

Sofort folgten offizielle Dementis. Ein Sprecher des britischen Verteidigungsministeriums: Die Meldung in der "Washington Post" sei frei erfunden. "Uns ist absolut nichts bekannt", erklärte sein italie-

DURCH'S VISIER

Der Chef des Nationalen Verteidigungsamtes Japans, Kazuo Tanikawa, schickte sich an, die "Nordgebiete" zu "inspizieren". Gemeint sind die Kleinen Kurilen, ein untrennbarer Bestandteil sowjetischen Territoriums, der jedoch von revanchistischen Kreisen in Tokio beansprucht wird.

Diverse Leiter des japanischen Außenministeriums und Generaldirektoren der Kanzlei des Premierministers unternehmen bereits nicht das erste Jahr derartige provokatorische Touren.

Von Nemuro (Hokkaido) aus betrachten die Tokioter Sendboten durchs Fernglas entzückt fremdes Land.



"Vorwärts, zur erfolgreichen Lösung der Na...
Zeichnung: N. ...

nischer Kollege. Das Ganze sei aus der Luft gegriffen, ergänzte ein Sprecher des Ministerrates Italiens. Auch ein Sprecher des BRD-Verteidigungsministeriums schwang sich zu einem Dementi auf.

Warum brauchte die Zeitung diese eindeutige Lüge?

Erinnern wir uns: Jimmy Carter war der erste, der die Neutronenwaffe fließbandmäßig produzieren lassen wollte. Die entsetzte Reaktion Westeuropas zwang ihn, von den Plänen für die Produktion und Stationierung dieser barbarischen Waffen in Westeuropa Abstand zu nehmen. Nichtsdestoweniger ordnete Ronald Reagan am 6. August 1981 die Produktion der Neutronenwaffe an. 300 Sprengköpfe für die Lance-Rake-

Doch...
Verteidig...
greift. Au...
leidensch...
chen, doc...
die Regi...
te, in c...
militärisch...

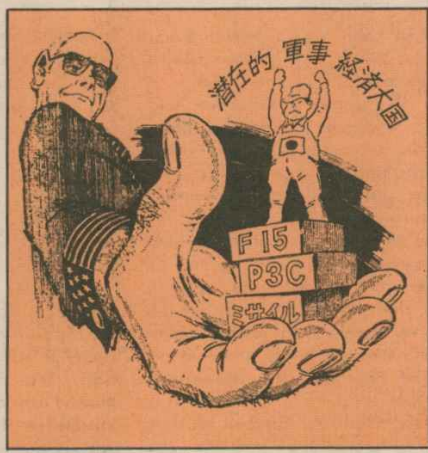
In letz...
einfachen...
ben: Die...
sind zu d...
gen auf...
eigentlich...
zugewies...
dingen be...
einem Ge...
in Yasub...
zweiten F...

ten, mit denen die NA...
in Europa ausgerüst...
sollen, liegen bereits i...
nalen. Doch für die E...
der 155-mm-Artilleri...
bewilligt der wid...
Kongreß bereits fast...
keine Gelder. Dabei ge...
schäbige 47,5 Mio Dol...
Damit das anders wi...
"Washington Post" ih...
gandaballon steigen: D...
selbst würden ja ange...
und Verbündeten müss...
fen...

Die Weltöffentlichke...
ein weiteres Mal gese...
schmutzige Methoden d...
nischen Freunde d...
nenwaffe anwenden.

D. A...

wa wird der erste Chef des
ntes sein, der zum Feldstecher
eine Vorgänger verspürten den
Wunsch, Nemuro zu besu-
in Tokio erklärt wurde, verschob
solche Reisen, weil sie befürchte-
trage der "Nordgebiete" ein
ement zu fragen.
heit hat man offenbar aus einem
d solche Befürchtungen aufgege-
rischen Aktivitäten in Nordjapan
h. Im Programm für den vierstägi-
Tanikawas im Norden wird der
Inspektion" nur wenig Raum
anikawa wird sich mit Routine-
n: Er wird ein Scharfschießen auf
der "Selbstverteidigungskräfte"
und den Stationierungsort des
regiments der Luftstreitkräfte bei



Sapporo besuchen. Auf Hokkaido ist die stärkste
Gruppierung der "Selbstverteidigungskräfte"
konzentriert. Verstärkt werden die Seestreitkräfte,
die in unmittelbarer Nähe der sowjetischen
Hoheitsgewässer operieren. Der Stützpunkt
Misawa (Nordjapan) wird bald amerikanische
F-16-Jagdbomber aufnehmen. Sie sollen zu-
sammen mit den dort bereits stationierten
japanischen Maschinen an Kampfhandlungen
teilnehmen. Zudem natürlich, um das Nachbar-
land durchs Visier zu betrachten...

M. LEONIDOW

Die USA schüren durch die Lieferung neuester
Waffen die ambitionösen Träume Tokioter Politiker,
Japan in eine militärische und wirtschaftliche
Supermacht zu verwandeln.

Zeichnung aus: "Mainichi" (Japan)

SONNTAG ABENDS

Jeden Sonntagabend
müssen die Guatemalteken
fernsehen. Auf der
Mattscheibe erscheint ein
tapferer General mit grauem
Schnurrbart — der derzei-
tige Präsident Efraim Rios
Montt. Er wendet sich stän-
dig im Fernsehen an die

Auf der Mattscheibe
taucht Montt gewöhnlich in
voller Uniform auf — für
den Fall, daß ein plötzlicher
Umsturz verlangt, daß der
Präsident augenblicklich
das Studio verläßt. Seit dem
23. März v. J., als Montt im
Panzer an den Präsi-



Mitbürger. Vor allem ist der
General dabei zuverlässig
vor dem Publikumszorn ge-
schützt. Ungestört kann er
sein geliebtes "Ich stehe
nicht, ich lüge nicht, ich
füge niemandem Leid zu"
deklamieren. Und die
Fernsehzuschauer, die da-
bei an die Tausende von
Erschossenen wegen an-
geblicher Sympathie für die
Partisanen, an die Dut-
zende von Indianer-
siedlungen, die dem Erdbö-
den gleichgemacht wurden,
denken müssen, bleibt nur,
diesen Verbrecher vom
Sessel aus zu verwünschen.

tenpalast heranrollte, gab
es mindestens vier Ver-
suche, ihn durch andere,
nicht weniger ehrgeizige
Krieger zu ersetzen.

Im Fernsehen tritt der
Juntachef als Prediger auf.
Er sucht den Guatemalteken
Begriffe wie Patriotismus,
Moral und höhere Weisheit
zu erläutern. All das sind
Synonyme für die Treue zu
Efraim Rios Montt persö-
nlich.

Der General und Predi-
ger vergißt auch nicht die
Dürstenden und die
Kranken. Dieser Tage, mel-
dete das US-Magazin "Ti-

me", suchte Montt mit zit-
ternder Stimme die Hyper-
toniker zu bewegen, keine
Arzneimittel mehr einzu-
nehmen. Die Pillen, erklärte
er, könnten zu Unruhe und
Nervosität führen, was, Gott
verhüt's, Unzufriedenheit
auslösen könne. Die aber
ihrerseits werde nichts an-
deres als eine Diktatur be-
wirken.

DER GEWÖHNLICHE RASSISMUS

"Die Schwarzen werden unsere
Kinder nicht unterrichten!" freuen sich
Ku-Klux-Klan-Mitglieder in Florida,
Kalifornien, Arizona und Alabama. Um
das zu erreichen, brauchten die
Rassisten keine Fackelzüge und
Kreuzverbrennungen zu veranstalten.
Diesmal bemühten sich die Behörden.
Die "International Herald Tribune"
meldete: Die Prüfungsausschüsse be-
trachten 90% der Weißen für das
Lehramt als geeignet, wenn aber
Neger, Indianer und Latinos exami-
niert werden, sind sie schon zuvor
davon überzeugt, daß 75% von ihnen
für den Lehrerberuf nicht geeignet
sind.

Eine derartige Statistik paßt nur zu
gut in die Theorie von der "Minder-
wertigkeit" der schwarzen Rasse, der
man jetzt die Kapuze der
Wissenschaftlichkeit überstülpt.
US-Unternehmer, berichtete die Pariser
Zeitschrift "Nouvel Observateur",
wandten sich in letzten Zeit der ...
Genetik zu. Studiert wird die Gen-
struktur von Stellenbewerbern, "um
zu wissen, mit wem man es tun hat".
So untersuchen die Bosse der Firma du
Pont de Nemours systematisch die
Gene von Negern auf "Minderwertig-
keit".

Der "Genrassismus" könnte wun-
derbar die Mißerfolge schwarzer
Abiturienten erklären. Doch alles ist
viel einfacher, obgleich der Grund
dafür ebenfalls der Rassismus ist.
Haben ja die meisten afroamerika-
nischen Lehreranwärter Schulen für
Schwarze besucht. Die Behörden
stellen diesen Schulen meist viel
geringere Mittel zur Verfügung. So
erklärt sich der niedrigere Bil-
dungsstand.

J. LWOW

Eine andere politische
Ordnung kann sich der
General nicht einmal vor-
stellen. Doch aus der
Stimmung des Volkes, über
die er von der Geheimpoli-
zei informiert wird, sollte er
eigentlich wissen, daß es
das Volk Guatemalas vor-
ziehen würde, ohne Efraim
Rios Montt auszukommen.

L. JELIN

Die Armee von General
Montt. Es spricht der Jun-
tachef: Es wird keine
Wahlen geben.

Foto aus:
"Time" (USA)

KOMMUNISTEN GEGEN DEN KRIEG

Viktor GUSTSCHIN

Der preußische König Friedrich II., bekannt für seine Militanz, bemerkte einmal: "Wenn unsere Soldaten einen Begriff davon hätten, um was wir kämpfen, so könnte man keinen einzigen Krieg führen." W. I. Lenin nannte den Monarchen "keinen dummen Mann", der sich bewußt war, daß die Fragen von Krieg und Frieden letztlich nicht in seiner Hand liegen. Die Völker sollten verstehen, wofür und durch wessen Schuld sie Blut auf dem Schlachtfeld vergießen, und den Militaristen und Kriegsbrandstiftern nie mehr erlauben, über ihr Leben und das Schicksal von Millionen zu verfügen.

Heute schwebt über dem Planeten durch die Schuld des Imperialismus das Damoklesschwert eines thermonuklearen Krieges. Und immer mehr Menschen kommen zu der Überzeugung, daß die Zeit gekommen ist, die Nachfolger von Friedrich II. zu zwingen, die Waffen angesichts des Willens der Völker niederzulegen. Das entschiedene "Nein" zur Politik der Verschärfung der internationalen Spannungen, das ist die Losung, unter der heute das Antikriegsbündnis erstarkt. "Die Massenbewegungen gegen den Krieg sind ein wichtiger Friedensfaktor. Die Staatsmänner und Regierungen können sich nicht über ihn hinwegsetzen, wenn sie die Meinung ihrer Völker achten", konstatierte Juri Andropow.

Die historische Wahrheit

Einen großen Beitrag zur Ausarbeitung eines klaren Programms der weltweiten Antikriegsfront leisten die Kommunisten. Es gibt Menschen, die die Anschauungen und Ideale der Kommunisten nicht teilen, doch niemand kann ihnen das absprechen: Die Kommunisten traten stets für den Schutz des Friedens ein, stets schlugen sie die wirksamsten und für breite Schichten annehmbarsten Maßnahmen zum Kampf gegen die Kriegsgefahr vor. Das hat die neue und neueste Geschichte mit aller Deutlichkeit gezeigt.

Wodurch läßt sich das erklären? Erstens dadurch, daß die Tätigkeit der Kommunisten immer innerhalb der objektiven Gesetze der weltweiten Entwicklung verlief. Sie bringt stets die Grundinteressen der Menschheit zum Ausdruck. Zweitens haben die Kommunisten nicht nur ein Programm für die Bewahrung und Festigung des Friedens, über das keine andere gesellschaftspolitische Bewegung der Gegenwart verfügt, sondern sie vermochten auch mit Unterstützung der Fortschrittskräfte viele seiner Thesen zu verwirklichen. "Die Hauptsache ist", wurde auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU betont, "daß die mit der marxistisch-

leninistischen Lehre gewappneten Kommunisten das Wesen und die Perspektive der weltweiten Entwicklung tiefer und klarer als alle anderen erkennen und daraus die richtigen Schlüsse für ihren Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse, der Werktätigen ihrer Länder, für Demokratie, Frieden und Sozialismus ziehen."

Doch der Imperialismus hat seit langem die historische Initiative verloren. Es gelang ihm nicht, mit Hilfe von Kriegen auch nur eine historische Aufgabe zu lösen. Er vermochte nicht einmal seine Positionen zu bewahren, sondern stand jedesmal im Ergebnis der Kriege vor tiefgreifenden sozialpolitischen Krisen.

Doch die großen strategischen Niederlagen des Imperialismus nehmen die Notwendigkeit des Kampfes der Kommunisten und aller friedliebenden Kräfte gegen dessen aggressive Politik nicht von der Tagesordnung. Wie jede Klasse, die von der historischen Bühne abtritt, kann die Monopolbourgeoisie die Grenzen der Vernunft überschreiten, wenn der Klassenhaß sogar den Instinkt der Selbsterhaltung abwürgt. "Unsere Gegner", sagte W. I. Lenin, "wissen selbst noch nicht, wessen sie in dieser Hinsicht fähig sind." Deshalb, betonte er, müssen wir "die internationale Krise mit äußerster Aufmerksamkeit verfolgen und auf alle Überraschungen gefaßt sein".

Der wichtigste Grund für die heutige Krisensituation ist das Streben imperialistischer Kreise, der Konfrontation der beiden Linien in der Weltpolitik den Charakter einer allumfassenden Konfrontation zu geben. Eine dieser Linien verkörpert die Interessen des Weltsozialismus und der internationalen Arbeiterklasse, die andere die Bestrebungen des Imperialismus und der Reaktion. Die Konfrontation dieser Linien ist keine neue politische Erscheinung. Im Grunde ist sie der Inhalt der internationalen Beziehungen in der Übergangsepoche vom Kapitalismus zum Sozialismus. Doch jetzt vollzieht sie sich unter Bedingungen, die sich grundlegend von der Vergangenheit unterscheiden. W. I. Lenin betonte, daß die Entwicklung der Kriegsmittel, was die aggressiven imperialistischen Kreise so erstreben, in Zukunft zur Untergrabung der Bedingungen für die Existenz der menschlichen Gesellschaft führen könne. Leider ist die Wahrscheinlichkeit eines solchen Ausgangs schon entstanden, bevor die breiten Volksmassen für das Verständnis dessen reif wurden, warum, durch wessen Schuld und woher die Drohung des Untergangs der Zivilisation aufgetaucht ist.

Ebenso wie für das Verständnis dessen, daß der Zusammenschluß aller Frie-

denkräfte im Kampf gegen die aggressive Politik des Imperialismus die einzige Garantie für eine Verhinderung der Katastrophe ist.

Nukleargefahr wächst

Worin liegt heute die Hauptbesonderheit des Imperialismus als eines Feindes des Friedens? Hierzu verweisen die Kommunisten vor allem auf zwei Umstände. Erstens: Die imperialistischen Mächte verfügen jetzt über ein gewaltiges Potential zur Kriegsvorbereitung. Zweitens: Die herrschenden Kreise der imperialistischen Mächte bleiben von den überlebten Stereotypen politischen Denkens gefesselt, die durch die Begrenztheit ihres Klassenbewußtseins hervorgebracht wurden. Beide Faktoren zusammen sind eben der Nährboden für Versuche, in den internationalen Beziehungen Gewalt anzuwenden oder anzudrohen.

"Aber diese Herrschaften, diese Krämerseelen von Kapitalisten, können aus ihrer Haut nicht heraus", bemerkte W. I. Lenin. "Das ist begreiflich. Sie können nicht anders als krämerhaft urteilen, und wenn unsere Diplomatie mit Methoden auftritt, die nicht krämerhaft sind, wenn wir erklären, daß uns das Leben unserer Rotarmisten höher steht als eine noch so weitgehende Änderung der Grenzen, so verstehen sie das einfach nicht, weil sie eben rein krämerhaft urteilen... Von ihrem krämerhaften Standpunkt aus konnten sie darin nichts anderes sehen als ein Eingeständnis unserer Schwäche." Gerade von solchem, zutiefst bürgerlichen Bewußtsein zeugt nicht nur die frühere These von der Schwäche der Sowjetmacht, sondern auch die jetzige Erfindung von der "sowjetischen Bedrohung".

Die reaktionären Kreise des Westens, die die Länder des Sozialismus zum Aufbau ihrer Verteidigungsmacht zwingen, suchen sich selbst wie andere davon zu überzeugen, daß wir dabei das gleiche Ziel wie die Imperialisten verfolgen — von der Position der Stärke aus zu agieren. Hierbei suchen einige westliche Politiker ihre Argumente mit der Behauptung zu untermauern, in der Politik würden nur die Möglichkeiten, nicht aber die Absichten berücksichtigt. Obgleich völlig klar ist, daß gerade zur Politik eine solche Fragestellung keinerlei Beziehung hat, da sie das wahre Weltbild verzerrt sowie die imperialistischen und die sozialistischen Staaten gleichsetzt.

Über welche realen Möglichkeiten verfügt die kommunistische Bewegung, um der aggressiven Politik des Imperialismus entgegenzuwirken? Ihre soziale und

politische Hauptkraft besteht darin, daß die Kommunisten für den Zusammenschluß aller Kriegsgegner auftreten. Wo die Kommunisten auch agieren mögen — in den Ländern des Sozialismus, in den kapitalistischen Staaten oder in der Zone der nationalen Befreiung — im Kampf gegen die imperialistischen Kriege haben sie nicht nur ein gemeinsames strategisches Ziel, den Frieden zu gewährleisten, sondern auch eine gemeinsame Taktik, sich an die Regierungen und Völker zu wenden.

In einer Front zum gemeinsamen Ziel

All daß heißt natürlich nicht, daß die Formen und Methoden des Antikriegskampfes, dessen Inhalt die gleichen für alle kommunistischen Parteien wären. Am Beispiel der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas wird besonders deutlich, unter welch verschiedenen Bedingungen sie kämpfen müssen, welch unterschiedliche Aufgaben sie lösen, wie sie sich auf verschiedene Weise für den Antikriegskurs einsetzen. Wesentlich unterscheidet sich voneinander auch die Rolle der kommunistischen Parteien der sozialistischen und der kapitalistischen Länder im gemeinsamen Friedenskampf.

Die regierenden kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder sind bemüht, das wirtschaftliche, politische und militärische Potential zu gewährleisten, das dem Aggressor entgegengesetzt werden kann. Ihre außenpolitische Strategie ist darauf gerichtet, die Möglichkeit eines militärischen Zusammenstoßes aus den internationalen Beziehungen zu verbannen sowie die Entscheidung der historischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus in friedliche wirtschaftliche, politische und ideologische Bahnen zu lenken.

Unter anderen Bedingungen lösen die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder ihre Aufgaben. Sie agieren dort, wo sich der Herd der Vorbereitung eines Nuklearkrieges befindet — in den USA und den anderen NATO-Ländern. Sie müssen gegen die Militarisierung aller Seiten des Lebens der Gesellschaft auftreten, für die Interessen der Werktätigen angesichts des zunehmenden Einflusses des Militär-Industrie-Komplexes kämpfen und möglichst breite Bevölkerungsschichten, unabhängig von deren sozialer und politischer Zugehörigkeit oder ideologischer Überzeugung, in den Kampf gegen die aggressive Politik der Reaktion einbeziehen. Die Kommunisten der kapitalistischen Länder nehmen interessiert die Friedensinitiativen der sozialistischen Staaten auf und ergänzen sie mit eigenen konkreten Vorschlägen zur Sicherung des Friedens. In der "Rede über den Frieden" verließ W. I. Lenin der Gewißheit Ausdruck, daß die Arbeiter der kapitalistischen Länder Europas "die ihnen jetzt gestellte Aufgabe, die Menschheit von den Schrecken des Krieges und seiner Folgen zu befreien,

erkennen werden, daß diese Arbeiter uns durch ihre allseitige, entschiedene, rückhaltlos energische Tätigkeit helfen werden, die Sache des Friedens ... zu Ende zu führen".

In unterschiedlicher Lage sind die Kommunisten der sozialistischen und der kapitalistischen Länder auch gegenüber der Antikriegsbewegung. In den sozialistischen Ländern gibt es keine Kräfte, die an der materiellen Kriegsvorbereitung interessiert sind. Kriegspropaganda ist hier verboten und wird streng bestraft. Die Übereinstimmung des sozialen und politischen Kurses des Staates und der Antikriegsaktionen der Öffentlichkeit demonstriert die Einheit der Gesellschaft.

Die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern tun alles, um die Volksmassen für die Antikriegsbewegung zu gewinnen, wobei der erbitterte Widerstand der reaktionären Kräfte sowie der ständige Druck des bürgerlichen Machtapparats und der Massenmedien zu überwinden ist. Deshalb sind die Kommunisten in vielen kapitalistischen Ländern nur eine Formation der Antikriegsbewegung, nicht immer die dominierende, die nicht immer Wohlwollen bei den anderen friedliebenden Kräften findet. Und natürlich werden gerade die Kommunisten vor allem zum Objekt von Angriffen der Behörden.

Im Kampf gegen den Krieg werden alle gebraucht

Worin bestehen die Besonderheiten der heutigen Antikriegsbewegung, welche neuen Züge im Vergleich zur Vergangenheit sind in ihr aufgetreten? Erstens hat sich der Inhalt der Antikriegsbewegung geändert. Früher konzentrierte sich ihre Aufmerksamkeit auf die Fragen des Kampfes gegen lokale Kriege oder Kriege, die noch nicht eine derart alles zerstörende Kraft hatten wie ein Atomkrieg. Jetzt geht es um die Gefahr eines Krieges, der die Menschheit vernichten kann.

Zweitens war noch vor kurzem die Antikriegsbewegung durch eine relative soziale und politische Homogenität gekennzeichnet. Solange die Kriegsgefahr nicht "absolute Dimensionen" angenommen hatte, beteiligten sich an der Antikriegsbewegung vor allem progressiv gesinnte Kräfte. Konservative Kreise und Gesellschaftsschichten, die loyal zu den bürgerlichen Verhältnissen waren, hielten sich abseits. Jetzt stellt die Antikriegsbewegung ein breites Spektrum politischer Kräfte dar. Gerade aus diesem Grunde macht sich in ihren Reihen bisweilen nicht nur aufrichtiges Interesse an der Verhütung eines Krieges bemerkbar, sondern auch antisowjetische, antikommunistische Stimmungen, die von "Neulingen" mit unüberwundenen Irrtümern und Vorurteilen in die Antikriegsbewegung hineingetragen wurden.

Vorrangige Aufgabe aller, die an der Bewahrung des Friedens interessiert sind, ist, die unterschiedlichen Kräfte zu einer

antiimperialistischen Antikriegsfront zusammenzuschließen, die breite Gesellschaftsschichten erfassen und zugleich eine konstruktive politische Grundlage haben würde.

Eine große Rolle bei der Gewährleistung der Aktionseinheit der Friedenskräfte spielen die Bemühungen der Kommunisten zur Entwicklung der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. "Ein weiteres Mal in diesem Jahrhundert", betonte Boris Ponomarew, "reichen die Kommunisten der Sozialdemokraten die Hand zum gemeinsamen Kampf, um die Menschheit vor neuen verheerenden Kriegen zu bewahren. Und in der heutigen Situation ist die Verstärkung der praktischen Wirksamkeit der Aktionen der Parteien der Arbeiterklasse, aller demokratischen Kräfte für die Verbesserung der internationalen Sicherheit eine wichtige Voraussetzung zur Abwendung der Kriegsgefahr und der Einstellung des Wettrüstens."

Die nächste Aufgabe ist dann, die in die Antikriegsbewegung eingegangenen neuen Gesellschaftsschichten zu absorbieren, ihnen zu helfen, sich in den komplizierten weltpolitischen Prozessen zurechtzufinden. Eine überaus akute Frage ist das Verhältnis zu den Teilnehmern der Antikriegsbewegung, die in sozialer und politischer Hinsicht mit der Bourgeoisie verbunden sind, darunter auch fast mit der Großbourgeoisie. Bereits 1845 schrieb Friedrich Engels: "Der Kommunismus steht seinem Prinzip nach über dem Zwiespalt zwischen Bourgeoisie und Proletariat, er erkennt ihn nur in seiner historischen Bedeutung für die Gegenwart, nicht aber als für die Zukunft berechtigt an; er will gerade diesen Zwiespalt aufheben." Die Bereitschaft, diesem Prinzip zu folgen, wurde von den Kommunisten bereits wiederholt demonstriert. Sie gingen stets davon aus, daß es in der Bourgeoisie nicht nur aggressiv-militaristische, sondern auch pazifistische Tendenzen gibt, die die Voraussetzungen für die Entwicklung friedlicher gutnachbarlicher Beziehungen schaffen. Die gesamte Leninsche Konzeption der friedlichen Koexistenz basiert auf dem Streben, nach Formen einer ehrlichen, beiderseitig vorteilhaften Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, mit den Regierungen der kapitalistischen Staaten zu suchen. W. I. Lenin, der auf diese Tatsache aufmerksam machte, sagte, daß "wir ohne Gewalt die Sympathie und Unterstützung der Bourgeoisie gewinnen können", daß wir durch die Entwicklung friedlicher Kontakte mit bürgerlichen Regierungen "die friedlichen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs gegen die militaristischen und imperialistischen Räuber vertreten".

Heute wird es deutlich wie nie zuvor, daß im Kampf gegen den Krieg alle gebraucht werden. Die Abwendung der Gefahr eines Nuklearkrieges verlangt die Vereinigung der Anstrengungen aller, denen der Frieden und die Zukunft der

Menschheit teuer sind. Diese Aktions-einheit kann nicht unbedingt durch gemeinsame, sondern auch durch parallele Aktionen erreicht werden. Wichtig ist nur, daß sie gegen die reale, nicht aber gegen eine angebliche Bedrohung gerichtet sind. So spielen Aktionen eine große Rolle wie die Weltversammlung "Für Frieden und Leben, gegen Atomkrieg" in Prag, wie der Beschluß des Internationalen Gewerkschaftskomitees für Frieden und Abrüstung, am 1. September d. J. den internationalen Tag der Gewerkschaftsaktionen für den Frieden durchzuführen, wie die Appelle namhafter Politiker kapitalistischer und sozialistischer Länder, bekannter Wissenschaftler, Schriftsteller, Ärzte, Vertreter religiöser Kreise an die Weltöffentlichkeit und die Regierungschefs, das Eintreten von Geschäftsleuten für beiderseitig vorteilhafte gutnachbarliche kommerzielle, wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen den Ländern, für die Entwicklung der interparlamentarischen Verbindungen, für Kontakte zwischen gesellschaftlichen, Frauen-, Jugend- und anderen Organisationen.

Trotz militaristischer Propaganda

Noch ein wichtiges Moment, das mit dem Kampf für die Verhütung eines Nuklearkrieges verbunden ist, ist die Aufdeckung der Geheimnisse, wie Kriege entstehen, vor den Völkern. W. I. Lenin betonte auf dem IX. Parteitag: In der kapitalistischen Gesellschaft werden "die wichtigsten Fragen: Krieg, Frieden, diplomatische Fragen ... von einem winzigen Häuflein von Kapitalisten entschieden, die nicht nur die Massen, sondern sogar oft auch das Parlament betrügen". Auch in der heutigen Lage gibt es nicht wenige solche Beispiele. Daß der Öffentlichkeit die wahren Ausmaße, das Tempo und die Ziele der materiellen Kriegsvorbereitung vorenthalten werden, die Schürung der Kriegshysterie, Manipulationen mit den Zahlen des militärstrategischen Potentials der NATO und des Warschauer Vertrages, spekulative "Varianten", die die Notwendigkeit der Stationierung von US-Nuklearraketen in Westeuropa begründen sollen, sind Glieder einer Kette.

Man kann nicht wenige Beweise dafür anführen, wie schädlich für den Frieden die militaristische Propaganda der Reaktion ist. So betonte z. B. John Somerville, Ehrenprofessor der Philosophie an der Universität New York, Mitte 1981, daß sich trotz des Aufschwungs der Antikriegsbewegung die breite Öffentlichkeit der USA noch nicht der wahren Ursachen für die über der Welt schwebende Gefahr bewußt ist. "90% der Amerikaner sind bislang über unsere Politik des möglichen Ersteinsatzes von Nuklearwaffen irreführt", sagte John Somerville. "Hierbei haben 95, vielleicht auch 98% keinerlei Vorstellung davon, daß die Warschauer

Vertragsländer bereits vor fünf Jahren vorschlugen, zwischen allen Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte einen Vertrag über den Nichtersteinsatz von Nuklearwaffen gegeneinander zu schließen."

Muß man da sagen, wie alarmierend all diese Fakten des Betrugs der breiten Massen sind! Die Aufblähung der Legende von der "sowjetischen Bedrohung" durch die imperialistischen Kreise verzerrt nicht nur das reale Weltbild, was an sich schon unzulässig ist, sondern vergiftet auch das Bewußtsein von Millionen Menschen in der kapitalistischen Welt durch Mißtrauen und Verdächtigungen gegenüber anderen Völkern und Ländern, errichtet zusätzliche Hindernisse auf dem Weg zur Bewahrung der Entspannung, zur Verringerung der internationalen Spannung.

Bereits 1922 machte W. I. Lenin in seinem Geleitwort für die sowjetische Delegation, die nach Den Haag, zum internationalen Friedenskongreß, reiste, darauf aufmerksam: "In der Frage des Kampfes gegen die Kriegsgefahr ... (besteht) die größte Schwierigkeit darin, das Vorurteil zu überwinden, daß diese Frage einfach, klar und verhältnismäßig leicht ist."

Heute kann die internationale kommunistische Bewegung auf reiche Erfahrungen des Antikriegskampfes zurückschauen. Die Hauptaufgabe ihrer Außenpolitik und Propaganda sehen die kommunistischen Parteien darin, den Imperialismus und dessen aggressive Politik nicht nur verbal, sondern auch durch konkrete Taten, durch konstruktive Initiativen zu entlarven. Die Kommunisten sind sich bewußt, daß nicht jeder ihrer Vorschläge gleich verwirklicht werden kann. Und wenn die bürgerlichen Regierungen die klaren und verständlichen Vorschläge und Initiativen zur Entwicklung der gleichberechtigten Zusammenarbeit zurückweisen, dann werden diese schon nicht mehr Gegenstand zwischenstaatlicher Verhandlungen, sondern zu einer wichtigen Stütze für die "nichtverfassungsmäßige" Volksdiplomatie, die, wie W. I. Lenin sagte, wiederholt "der Kriegspolitik der Imperialisten die Spitze abbrach". Wenn die Regierungen der kapitalistischen Staaten die Friedensvorschläge der sozialistischen Länder nicht annehmen, so ist dies das überzeugendste Argument für die Morschheit, die Unvernunft und den verbrecherischen Charakter der Ausbeuterordnung.

Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt ist heute auf die sowjetischen Friedensinitiativen gerichtet. Was die westlichen Länder darauf antworten werden, wird die Zeit zeigen. Doch das eine ist klar: Die Sowjetunion, die anderen sozialistischen Länder, die kommunistische Bewegung und alle fortschrittlichen, friedliebenden Kräfte werden in ihren Anstrengungen zur Verhütung eines Nuklearkrieges nicht nachlassen.

In diesem Frühjahr besuchte ich Madrid auf Einladung des spanischen Fernsehens. Dort nahm ich im Programm "La clave" an einer Diskussion über die Verantwortung der Nazikriegsverbrecher teil: Was waren die rechtlichen Grundlagen in der Vergangenheit, um sie vor Gericht zu stellen, und wie notwendig ist es bis heute, die Ahndung ihrer Verbrechen zu verlangen.

Man hatte mich eingeladen, weil ich vor fast 40 Jahren Assistent des Hauptanklägers seitens der Sowjetunion beim Nürnberger Prozeß war, der Göring, Heß, Ribbentrop und andere Nazikriegsverbrecher aburteilte.

An der Diskussion von Madrid nahmen Franzosen, Spanier und Vertreter anderer Völker teil, die den Faschismus, die alle Schrecken der "neuen Ordnung" am eigenen Leibe erfahren hatten. Während der Sendung erhielten wir zahlreiche Fragen von Fernsehzuschauern aus verschiedenen europäischen Ländern. Und jede solche Frage machte erneut deutlich, daß die Menschen die Verbrechen des Faschismus nicht vergessen haben und nie vergessen werden, daß sie bereit sind, alles zu tun, um deren Wiederholung nicht zuzulassen. Doch wie war ich entsetzt, als ich unter den Diskussionsteilnehmern einen der gefährlichsten Kriegsverbrecher entdeckte! Und zwar den Organisator der faschistischen Partei in Belgien, Leon Degrelle, der schwerster Verbrechen gegen das belgische Volk und andere Völker schuldig ist, wofür er bereits Ende 1944 von einem belgischen Gericht zum Tode verurteilt wurde. Der Verbrecher fühlte sich in völliger Sicherheit und führte sich sogar herausfordernd auf.

An dieses "Erlebnis" erinnerte ich mich, als ich anschließend im Rahmen einer Delegation des Sowjetischen Komitees der Kriegsveteranen zur Internationalen wissenschaftlichen Konferenz in Warschau im April d. J. fuhr. Nach langer Zeit war ich wieder einmal in Polen, in einem Land, dessen Namen mit dem Beginn des zweiten Weltkrieges, des NS-Völkermords an den slawischen und anderen Völkern Europas verbunden ist. Die Faschisten schändeten den Boden Polens mit ihren Todesfabriken — mit Auschwitz, wo über 4 Millionen Menschen verschiedener Nationalitäten umgebracht wurden, mit Majdanek (anderthalb Millionen Ermordete), Sobibor, Treblinka... Unwillkürlich dachte man hier daran, daß die finsternen Schatten nicht weichen, daß die Revanchisten, die eine Revision der Grenzen in Europa verlangen und angestammte polnische Gebiete beanspruchen, in der BRD erneut ihr Haupt erheben...

GEDENKEN UM DER ZUKUNFT WILLEN

Prof. Mark RAGINSKI

Daran, daß die alten Nazis und deren Jünger ihre jetzige Frechheit und Sicherheit nicht ohne die Hilfe mächtiger Kräfte erlangten, die seinerzeit den Faschismus hochpöppelten und ihn in Reserve halten, um von ihm in der Zukunft Gebrauch machen zu können. Obgleich dem Hitlerfaschismus eine vernichtende militärische, politische und ideologische Niederlage beigebracht, seine verbrecherischen Führer auf die Anklagebank gesetzt und verurteilt wurden, wäre es falsch und gefährlich, zu behaupten, Rassismus und Völkermord wären mit den Wurzeln ausgerottet. Der Schoß ist fruchtbar noch. Als Nährboden dienen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die materielle und soziale Ungleichheit der Menschen, das Interesse der herrschenden Kapitalistenklasse daran, die Völker zu betrügen, den Haß zwischen ihnen zu schüren und sie mit Chauvinismus und Rassismus zu vergiften. Deshalb agiert in Westeuropa heute eine streng konspirative faschistische Organisation, die die Rolle einer Art "schwarzer Internationale" beansprucht.

Die Duldsamkeit, ja sogar das Wohlwollen für die Neonazis erlaubt folgenden Schluß: Es gibt Kräfte, die den Neonazismus hochpöppeln, um diesen jeden Augenblick zum Kampf gegen die Fortschrittskräfte im eigenen Land und für revanchistische Aktionen außerhalb einsetzen zu können.

Die rechtsextremen Kreise der imperialistischen Reaktion verstärken bei ihren Versuchen, die Weltherrschaft zu erreichen, die Attacke auf die Fortschritts- und Friedenskräfte. Durch Schuld der USA entstanden Kriegsherde im Nahen Osten, in Lateinamerika und in Afrika. Dort wird Blut vergossen, sterben Kinder, Frauen und alte Leute, in vielen Regionen wird regelrechter Völkermord verübt. Eine intensive Vorbereitung auf einen globalen Nuklearkrieg ist im Gange. Bei ähnlichen Ergebnissen werden meist gemeinsame Wurzeln entdeckt. Gerade aus diesem Grund wählte ich für meine Rede auf der Warschauer Konferenz das Thema "Die sozialen Wurzeln des Hitlerfaschismus".

In Warschau konnte man mit Genugtuung die breite, ja internationale Zusammensetzung der Diskussteilnehmer konstatieren: Wis-

senschaftler aus 20 Ländern, Vertreter einiger internationaler Organisationen. Offizielles Konferenzthema war "Naziverbrechen gegen die Menschlichkeit in Polen und Europa 1939-1945", doch jeder Teilnehmer verstand, daß dieses Thema auch heute aktuell bleibt. Das Bild des unerhörten Barbarentums in der ersten Hälfte des 20. Jh. darf den Kindern und Enkeln jener, die die Schrecken des Faschismus durchgemacht haben, nicht gleichgültig werden. An den totalen Terror, der die menschliche Fassungskraft übersteigt, mahnte in seinem einleitenden Wort auf der Konferenz der polnische Justizminister Prof. Zawadzki, der das Polen jener entsetzlichen Jahre den größten Friedhof der Welt nannte.

In meiner Rede erinnerte ich an Himmlers Worte, daß es das Ziel des "Rußlandfeldzugs" sei, die slawische Bevölkerung um 30 Millionen zu dezimieren, sowie an die eidesstattlichen Aussagen des SS-Obergruppenführers Erich von dem Bach-Zelewski im Nürnberger Prozeß, daß dies die Anweisung der gesamten Nazi-Partei war.

Prof. James (USA) kritisierte scharf die herrschenden Kreise Washingtons wegen deren Ignorierung der Moskauer Deklaration über die

ciotto Fargion (Italien) verurteilten Revanchismus und Neofaschismus, den heutigen Völkermord und betonten die Gefahr einer Verstärkung des Wetrüstens. Prof. Rabofsky (Österreich) und Prof. Schwarz (BRD) verwiesen darauf, daß NS-Verbrechen nicht verjähren dürften.

"Der NS-Völkermord in der Praxis" — das war das Thema des Referats des Mitglieds der UdSSR-Delegation, Kandidat der Rechtswissenschaften, Kottjar. Es war der überzeugende Bericht eines Augenzeugen, der im offiziellen Auftrag die Untersuchung vieler Verbrechen der Besatzer durchgeführt hat. Die Hilfe der Sowjetunion im Kampf der polnischen Partisanen — so hieß im Konferenzprogramm das Referat des sowjetischen Delegationsleiters W. Bystrow, wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für die Geschichte bei der AdW der Sowjetunion.

Um den Faschismus richten zu können, mußte er besiegt werden. Über 50 Millionen Menschenleben, die der zweite Weltkrieg forderte, sind der wahnsinnige Preis für die Ambitionen der Anwärter auf Weltherrschaft. Die Erinnerung daran darf nicht erlöschen, damit neue Weltherrschaftsanwärter unseren Planeten nicht in noch größere Leiden stürzen und den Untergang der Zivilisation herbeiführen. Deshalb appellierten die Teilnehmer der Warschauer Konferenz an die Weltöffentlichkeit, alles zu tun, um ein Wiederaufleben des Faschismus, Nazismus und Chauvinismus nicht zuzulassen und wirksame Maßnahmen zu



Von wiedererwachter Neugierde für die äußeren Attribute des Nazismus ist es nicht weit bis zu seiner menschenfeindlichen Praxis

Foto: "Der Spiegel"

Bestrafung der faschistischen Verbrecher, dafür, daß sie ihr Land zu einem Unterschlupf für Naziverbrecher machten. Prof. Moroze (USA), Dr. Diestel (BRD) und Dr. Pic-

ergreifen, damit die Tätigkeit der faschistischen, nazistischen und rassistischen Organisationen durchkreuzt und das Wetrüsten bekämpft wird.

Die Vielfalt der durchgeführten und geplanten internationalen Foren für den Frieden, gegen die Kriegsgefahr, für ein Verbot der Tätigkeit neonazistischer Organisationen geben Hoffnung auf eine friedliche Zukunft unserer Erde.

EINE KATASTROPHEN-LOBBY

Dr. oec. habil. Georgi ZAGOLOW

Am 21. Juni beginnt in Prag das Weltforum "Für Frieden und Leben, gegen einen Nuklearkrieg". Den Schwerpunkt werden die Eindämmung des Wetrüstens und der feste Zusammenschluß aller Friedenskräfte für die Bannung der Gefahr einer nuklearen Selbstvernichtung bilden, in der die Menschheit schwebt.

Frieden oder Krieg? Das keineswegs neue Problem wurde in der Geschichte verschieden gelöst. In der Epoche der nuklearen Raketen ist es für die ganze Menschheit zur Hamletfrage Sein oder Nichtsein geworden. Die Sorge um die Zukunft der Erde ergreift immer mehr vom Denken Hunderter Millionen Menschen Besitz und veranlaßt sie zu energischeren Friedensaktionen. Man braucht sich nicht darüber zu wundern, daß die Antikriegsbewegung heute beispiellosen Umfang angenommen hat und Menschen verschiedener politischer Anschauungen vereint.

Leider ist aber nicht nur das für die Gegenwart charakteristisch. Immer umfangreicher und hartnäckiger wird das Vorgehen derer, die zum Krieg rüsten.

Die besonders eng mit dem kalifornischen Militär-Industrie-Komplex (MIK) liierte Regierung Reagan hat ein ungeheures Wetrüsten entfesselt. Neueste strategische Systeme werden entwickelt und immer raffinierter gemacht: atomare U-Boote des Typs Trident, interkontinentale MX- und Midgetman-Raketen, B-1- und Stealth-Bomber und Flügelraketen. Die Erzeugung von Neutronen-, chemischen und kosmischen Waffen wird forciert.

Mit dem Gerede, daß ein Kernkrieg siegreich ausgehen könne, sucht Washington sämtliche Verhandlungen, die direkt oder indirekt eine Eindämmung des Wetrüstens betreffen, zum Stillstand zu bringen. Sehr gefährlich ist die für Ende 1983 geplante Aufstellung neuer amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa.

Am Aufheizen der internationalen Spannungen und an der Konfrontation sind ganz bestimmte Kräfte interessiert.

Die Basis des "eisernen Dreiecks"

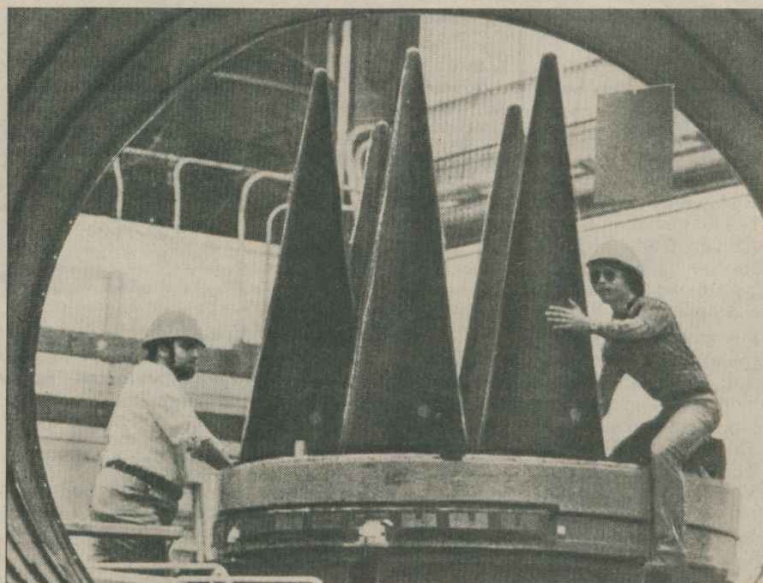
Der US-Amerikaner Gordon Adams untersucht in seinem Buch "Das eiserne Dreieck" das Bündnis zwischen dem

Militärklüngel, den Geschäftskreisen und den Politikern der USA. Auf die Rolle der Rüstungskonzerne in diesem Dreieck soll hier besonders eingegangen werden.

Nehmen wir z. B. die Northrop Corporation. In den 70er Jahren gaben 343 Beamte des Pentagons und 17 hochgestellte Persönlichkeiten von der Luft- und Raumfahrtbehörde der USA (NASA) ihre Staatsposten auf und gingen zu dem Konzern über. Zugleich kündigten diesem 17 Angestellte und gingen zur Raumfahrtbehörde. Von den 11 Northrop-Direktoren waren sechs einschließlich des Generaldirektors Thomas Jones früher im State Department oder in Militärämtern der USA oder auch anderer Länder tätig, die zum Kundenkreis des besagten Konzerns gehören.

In einem Betrieb in Wilmington (Massachusetts) werden schon MX-Raketen zusammengebaut

Foto aus: "Nouvel Observateur" (Frankreich)



Dessen Direktion und wichtigste Betriebe befinden sich in Kalifornien. Er finanzierte 1978–1980 den Wahlkampf beider Senatoren Kaliforniens, den von 26 der 43 kalifornischen Mitglieder des Repräsentantenhauses und über 100 anderen Kongreßmitgliedern, die meisten Mitglieder des Verteidigungsausschusses inbegriffen. Northrop stellte acht Präsidentschaftskandidaten einschließlich Carter und Reagan Geld zur Verfügung. Der Konzern half sowohl den Republikanern als auch den Demokraten und konnte das Spiel also nur gewinnen.

Neben einer starken Vertretung in Washington beschäftigt der Konzern 12 Lobbyisten. Northrop ist führend bei dem Programm für den Bau "unsichtbarer" strategischer Stealth-Bomber und beim Bau bestellter interkontinentaler MX-Raketen. Dutzende Länder haben Tausende Northropsche Jagdflugzeuge der Marke F-5-Tiger in ihrem Rüstzeug. Die Firma scheut keine Ausgaben für die Unterhaltung von Pentagonvertretern und anderer "nützlicher" Personen. Diese Ausgaben machen sich reichlich bezahlt. Millionen-gewinne werfen den Rüstungskonzernen auch der militaristische Boom und das System der Rüstungsbestellungen ab.

Der Militäretat der USA überstieg 1978 erstmalig 100 Md. Dollar. Im laufenden Rechnungsjahr ist er auf 245 Md. oder mehr als das Doppelte gestiegen und wird bis 1988 fast 400 Md. Dollar erreichen. Typisch ist, daß der Teil des Militäretats am schnellsten anschwillt, der für den Waffenkauf bestimmt ist. Zwischen 1978 und 1983 ist er von 20 auf 55 Md. Dollar angewachsen und soll laut Plan des Pentagon bis 1988 auf 131 Md. Dollar steigen.

In den letzten Jahren haben die Rüstungskonzerne der USA Waffenkontrakte abgeschlossen, die ihnen noch höhere Gewinne garantieren. Das Pentagon rechtfertigt die Ansprüche des Rüstungsclans mit folgenden Worten: "Die Politik des Verteidigungsministeriums besteht darin, die Gewinne zum Stimulieren einer zügigen Erfüllung der Kontrakte zu benutzen. Der Gewinn ist überhaupt die wichtigste Triebfeder des Privatunternehmertums. Nicht stimulierend wirken Abschlüsse zu Mindestgewinnen, die Benutzung von Durchschnittsgrößen, die praktiziert wird, oder die automatische Anwendung eines vorher festgesetzten Prozentsatzes... Ein Kontrakt muß so sein, daß er einen Anreiz zu seiner zügigen Erfüllung bietet... Das ist der Fall, wenn die Gewinne heraufgesetzt werden und vielfach bedeutend höher als vorher sind."

Die Rüstungskonzerne sind von der Wirtschaftskrise in den USA unberührt geblieben. Die Gewinne der acht größten Waffenproduzenten stiegen im letzten Viertel des Jahres 1982, verglichen mit dem vorhergehenden Jahr, um 23%, während die Gewinne der größten nichtmilitärischen Konzerne in den USA im gleichen Zeitraum um 24% sanken. Kein Wunder, daß die Aktienkurse der Rüstungskonzerne unaufhaltsam steigen (s. Tabelle).

Selbstantrieb

Die Möglichkeit, aus Rüstungslieferungen kapitalistischen Profit zu ziehen, besteht schon lange. In der Epoche des "klassischen" Kapitalismus der freien Konkurrenz konnten die Waffenfabrikanten auf dem Markt keine eigenen Bedingungen stellen und dem Staat nicht ihren Willen aufzwingen.

Anders im Imperialismus. Lenin brachte das rasche Anwachsen des Militarismus vor allem mit der expansionistischen Natur der Monopole in Zusammenhang. Er wies mehrmals auf die Rolle hin, die das Bündnis zwischen den Kanonen-, Schiffbau- und Dynamittrüsten und -syndikaten einerseits und den Militärs und Politikern andererseits beim Vorbereiten und Anzetteln des ersten Weltkriegs gespielt hat.

Die Hauptbasis des internationalen MIK befand sich anfangs in Europa. Doch die Aktivität der amerikanischen Todesverschleißer lenkte schon im ersten Weltkrieg das Augenmerk des US-Kongresses auf sich. In der Rüstungsindustrie wurde daraufhin eine Untersuchung vorgenommen. Gerald Nye, der der Senatskommission vorstand, konstatierte, daß die "ungesunde Allianz"

der Waffenlieferanten und militärischen Körperschaften "den politischen Machtantritt von Gruppen bedeutet, die sich mit patriotischem Gerede tarnen, aber eigennützige Ziele verfolgen". Die Kommission befand, daß eine derartige Allianz "ein fester Bestandteil des Militarismus", "ein wirtschaftliches Übel der Kriegszeit" ist und daß ihre Entwicklung in Friedenszeiten "um jeden Preis unterbunden werden muß". Dafür wurde eine Verstaat-

WIE DIE AKTIEN DER 8 GRÖSSTEN US-RÜSTUNGSKONZERNE STEIGEN

Konzerne	Der niedrigste Aktienkurs der 70er Jahre in Dollars	Jetziger Aktienkurs in Dollars	Zunahme
Boeing	2,6	41	16fach
General Dynamics	2,7	46	17fach
Grumman	7,2	54	7fach
Lockheed	2,7	104	38fach
McDonnell Douglas	7,6	53	7fach
Northrop	4,7	75	16fach
Rockwell International	9,0	52	6fach
United Technologies	10,3	69	7fach

lichung der privaten Rüstungsindustrie empfohlen, zu der es aber nicht kam.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die "ungesunde Allianz" noch stärker. Der kalte Krieg ließ den MIK enorm anschwellen. Noch unheimlicher wurde er durch die Revolution in Wissenschaft und Technik, die bei den Kriegführungsmitteln und Massenvernichtungswaffen eine Wende herbeiführte. Je mehr die Gefahr einer Kernkatastrophe anwuchs, desto öfter äußerten auch Repräsentanten der herrschenden Elite Befürchtungen. Die Warnung Eisenhowers, der 1961 die Präsidentschaft niederlegte, klingt schon beinahe lesebuchhaft: "Wir in der Regierung müssen uns davor hüten, den Militär-Industrie-Komplex übermäßigen Einfluß erlangen zu lassen. Die Möglichkeit des verhängnisvollen Anwachsens einer solchen unberechtigten Macht besteht und wird bestehen." Nicht so bekannt, aber nicht minder typisch sind andere Aussprüche wie z. B. dieser: "Das Wetrüsten wird immer mehr zu einem Prozeß mit Selbstantrieb." (So der

amerikanische Wirtschaftsexperte und Diplomat Burns.) — "Lockheed, General Dynamics und McDonnell Douglas sehen in den Lieferungen an die Regierung noch immer ihre Haupteinnahmequelle. Diese Abhängigkeit hat dazu geführt, daß sie die Aufrüstung und die Erhöhung der militärischen Aufwendungen verfechten. Darin liegt die große Gefahr, daß die USA außerstande sein werden, aus dem Trudeln des Wetrüstens herauszukommen..., weil zur Hochhaltung des Militäretats eine ständige Feindseligkeit notwendig ist; die entgegengesetzte Wirkung der Rüstungsproduktion kann einen Konflikt zwischen Ländern auf die Spitze treiben." (Ralph Lapp, Physiker, Verfasser des Buches "Die Kultur der Waffen".) Selbst Ex-Präsident Carter konstatierte unlängst in einem Interview für das britische Fernsehen: "Unsere Rüstungsfabrikanten sind die Triebkraft, die das Wetrüsten aufrechterhält."

Mit Reagans Einzug im Weißen Haus hat die Macht des MIK beispiellos zugenommen. Dessen wachsender Einfluß verleiht dem jetzigen Militarismus einen qualitativ neuen Wesenszug: ein ausgeprägtes Bestehen in sich selbst und für sich selbst. Tatsächlich sind die Rüstungsfabrikanten und die Spitzen der Militärämter bereits über ihre frühere Rolle als Instrument der politischen Bourgeoisie hinausgewachsen und selbständige mächtige Generatoren des Wetrüstens geworden.

Hier ein paar Beispiele von vielen.

Noch war unklar, wer den Auftrag auf den strategischen Stealth-Bomber bekommt und ob das Projekt überhaupt bestätigt werden wird, die Firma Northrop steckte aber schon Hunderte Millionen Dollar in seinen Bau hinein. Noch war über das MX-Raketen-Programm keine Entscheidung getroffen, da arbeiteten schon Martin-Marietta und Konsorten eifrig daran. Lange bevor Reagan ins Rampenlicht der großen Politik trat, arbeiteten die Konzerne Boeing, Hughes Aircraft, Lockheed, Rockwell International, McDonnell Douglas und TRW an Laserwaffen für einen "Sternenkrieg".

Die Regie für einen "Sternenkrieg"

"Ein Krieg im Kosmos ist unausbleiblich." — "Im Weltraum muß man dem Gegner jeden Unterschlupf nehmen." — "Operationen im Kosmos machen eine einschlägige Überlegenheit erforderlich." Das sagten führende Männer der NASA unlängst auf einer Weltraumkonferenz in Florida.

Die Verfechter einer Militarisierung des Kosmos entwickelten eine stürmische Betriebsamkeit, nachdem Präsident Reagan am 23. März d. J. im Fernsehen dazu aufgefordert hatte, die Entwicklung orbitaler Waffensysteme zu beschleunigen.

Zu diesen Verfechtern gehört der frühere Direktor des Aufklärungsamts des Pentagon, General a. D. Daniel Graham, der im Wahlkampf von 1980 Reagans Berater war. Graham leitet das Projekt "Hohe Grenze", das von dem ultrarechten Hirntrust Heritage Foundation — Erbschaftsstiftung — finanziert wird. Nach Ansicht des Generals "erlaubt es die moderne Technik, schon in den nächsten fünf Jahren über 400 Killersatelliten zu starten, die sowjetische Raketen vernichten können".

Zu den Inspiratoren der "Hohen Grenze" gehört der 75jährige Vater der Wasserstoffbombe Edward Teller. Er plant die Entwicklung kosmischer Strahlen oder Laser, die alles vernichten und mit einer Energie gespeist werden, die aus orbitalen Kernexplosionen gewonnen werden soll. Teller ist ein Leiter und Begründer des 1955 gebildeten militaristischen Nationalen Sicherheitsrats der USA. Die Wochenschrift "Time" schreibt: "Mit seinen erzkonservativen Ansichten, die ihn vielen anderen Wissenschaftlern verdächtig gemacht haben, hat er sich in Reagans Weißem Haus Hochachtung erworben und ist dort ein geehrter Gast."

Noch als Gouverneur Kaliforniens setzte sich Reagan für kosmische Waffensysteme ein, was den Interessen der Raumfahrtkonzerne an der Westküste entsprach. Die Versuche der kalifornischen Firmen, Washington zu einem Beschluß über den Bau von Laserwaffen zu nötigen, sind seit Mitte der 70er Jahre besonders hartnäckig geworden. Unter Präsident Carter wurde dieser Appetit der Konzerne nicht gestillt. Der damalige Verteidigungsminister, Harold Brown, dem man gewiß keine Schlappschwanzigkeit oder Nachgiebigkeit der UdSSR gegenüber vorwerfen kann, erklärte ausdrücklich: "Die neue Druckausübung, mit der man eine Ausdehnung der Raketenabwehr bezweckt, wird die entgegengesetzte Wirkung haben, d. h. ein unkontrollierbares Wettlaufen entfesseln, das die Kernkriegsgefahr noch erhöht."

Nach der "Wachablösung" in Washington rieb sich das Luftfahrtbusiness die Hände, denn es erkannte, daß im buchstäblichen und im übertragenen Sinne seine Sternstunde gekommen war. Schon im Oktober 1981 hieß es in der Zeitschrift "Fortune", daß "die Regierung ein System haben will, das alles in der

UdSSR Gestartete vernichtet". Pentagonchef Weinberger erläuterte: "Wir möchten etwas haben, das einen Angriff mit ballistischen Raketen völlig wirkungslos macht. Wir möchten strategische Angriffs- und Verteidigungswaffen haben."

Präsident geworden, erörterte Reagan Pläne für kosmische Waffen mit dem wissenschaftlichen Berater George Keyworth und beauftragte ihn, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Dieser wiederum gab einer Gruppe von Fachwissenschaftlern den Auftrag, die Möglichkeiten zur Herstellung einer "waffenvernichtenden Waffe" zu untersuchen. Die Expertengruppe informierte den Präsidenten, daß das "technisch ausführbar" sei, und am 11. Februar 1983 wurde die Angelegenheit bereits vor die Vereinigten Stabschefs gebracht. Wie danach ein Assistent Reagans feststellte, "griff der Präsident die Idee mit solcher Verve auf, daß sich sogar die Stabschefs wunderten. Er stellte sich die Möglichkeit deutlicher als sie vor." Reagan setzte sich über einige Zweifel der Berater hinweg und äußerte unverhohlen seine Begeisterung und seinen Rückhalt für die Pläne, Superwaffen aufzustellen. Am 30. März schrieb die "Washington Post", das Pentagon habe über sein Amt für Perspektivforschungen Kontrakte auf Herstellung "der Hauptbestandteile kosmisch gestützter NASA-Systeme mit

einem aus Lockheed, TRW und Eastman Kodak bestehenden Konsortium geschlossen".

Rekorde der Heuchelei

Als die strategischen MX-Raketen zu Friedenshütern erklärt wurden, schien die Heuchelei nicht mehr überbietbar zu sein. Das jetzige Programm für eine Militarisierung des Weltraums ist noch mehr auf "Friedensliebe" zurechtfrisirt. Es birgt — so Reagan — "eine neue Hoffnung für unsere Kinder im 21. Jahrhundert" in sich. Er hat an die Wissenschaftler appelliert, "ihr Talent darauf zu verwenden, ein Mittel hervorzubringen, das die Kernwaffen ohnmächtig und wertlos machen wird". Das Weiße Haus versichert, es handle sich lediglich um einen Verteidigungsschirm.

Da fragt man sich, ob so ein Antiraketenschirm nicht eine Möglichkeit zum Angriff und zur Vermeidung eines Gegenschlags bietet. Besteht denn nicht der sowjetisch-amerikanische Vertrag über die Begrenzung der Antiraketen-Verteidigungssysteme, der am 3. Oktober 1972 in Kraft trat und es verbietet, im Kosmos gestützte Raketenabwehrsysteme oder ihre Bestandteile zu entwickeln, zu testen und aufzustellen (Artikel 5 des Vertrags)? Bedeutet seine Verletzung nicht ein neuerliches Anziehen der nuklearen Schraube?

BIOGRAPHISCHES



Präsidiumsvorsitzender der SFRJ

MIKA SPILJAK

Teilnehmer am Volksbefreiungskampf seit 1941. SFRJ. 1969–1974 Vorsitzender der Bundeskupschtna, während des Krieges Parteiarbeit in Kroatien als Präsidiumsmitglied des ZK des Bataillonskommissar, als BdkJ, 1978–1981 Vorsitzender und 1981–1982 Mitglied verschiedener Bezirkskomitees der KP Kroatiens, Leiter der Zagreber Stadt- und dann Republikwischen Gewerkschaftsbundorganisation des Jugendbundes. 1982 zum Präsidiumsmitglied des ZK des Bdk Kroatiens gewählt.

Nach dem Krieg hatte Spiljak verantwortliche Staats- und Parteiämter: Sekretär des Zagreber Stadtpartei-Komitees, Vorsitzender des Volkskomitees Zagreb, stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats des Jugoslawischen Gewerkschaftsbunds, Vorsitzender des Exekutivrats (Regierung) Kroatiens. 1967–1969 Vorsitzender des Bundesexekutivrats der SFRJ. Am 13. Mai 1983 zum Präsidiumsvorsitzenden der SFRJ gewählt.

Geboren am 28. November 1916 in der Ortschaft Odra (Kroatien). Nationalität: Kroat. Mitglied des BdkJ seit 1938.

Beteiligte sich in den Vorkriegsjahren aktiv an der Gewerkschaftsbewegung, arbeitete in der Illegalität auf Führungsstellen des kommunistischen Jugendbundes Jugoslawiens.

Eine Militarisierung des Kosmos läge im Interesse des amerikanischen MIK und vor allem seines kalifornischen Teils. "Fortune" schrieb am 18. April: "Das Raketenabwehr-Laserprogramm ist von Präsident Reagan öffentlich gutgeheißen worden und wird den Rüstungslieferanten der USA einen Haufen Geld einbringen."

Von den Waffen für einen "Sternenkrieg" erhoffen die überseeischen Strategen natürlich auch mehr: eine militärische Überlegenheit über die UdSSR.

Die Hoffnungen auf eine "Superwaffe" und eine militärische Überlegenheit sind aber auf Sand gebaut. Sie sind in der Vergangenheit nicht in Erfüllung gegangen und werden auch jetzt scheitern. Hier der Standpunkt der "Time": "Der Glaube an die Technik als Mittel zur Lösung militärischer Probleme des Landes (der aus Reagans Rede deutlich herauszuhören war), ... beruht auf Vergeßlichkeit im Hinblick auf die Vergangenheit und auf Kurzsichtigkeit der Zukunft gegenüber... Außerdem ist er sonderbar unempfindlich für die rein wirtschaftlichen Aufwendungen für eine Ausdehnung des Wettrüstens auf ein neues Gebiet und — umgekehrt — für den wirtschaftlichen Vorteil aus einem Beschluß, sie durch eine Rüstungskontrolle zu verhindern." Nach bescheidensten Schätzungen wird die "kosmische Verteidigung" die Steuerzahler 200 Md. Dollar kosten, und ihr Unterhalt wird jährlich 50 Md. Dollar verschlingen. Wie ein Koordinator der Freeze-Bewegung konstatiert hat, wird das Programm schwer auf den Amerikanern lasten, die schon jetzt um ein erträgliches Dasein, um Nahrung und eine angemessene ärztliche Betreuung kämpfen.

Das Fortdauern des Wettrüstens bedroht die Menschheit mit der Selbstvernichtung. Davon, daß unter solchen Umständen alle Friedenskräfte zusammengeschweißt werden müssen, war auf dem dieses Jahr abgehaltenen internationalen Kolloquium "Die Rolle des MIK bei der Vorbereitung eines Kernkriegs" die Rede, das von der kubanischen Friedensbewegung veranstaltet war, und ebenso auf der Moskauer Wissenschaftlerkonferenz der UdSSR zum Thema "Für die Rettung der Menschheit vor der Gefahr eines Atomkriegs, für Abrüstung und Frieden". Dieselben Aspekte werden zweifellos im Brennpunkt des Weltforums "Für Frieden und Leben, gegen Atomkrieg" stehen, das demnächst in Prag stattfindet. Die Logik des Militarismus und des Militär-Industrie-Komplexes kollidiert immer heftiger mit der Logik des Lebens und der Selbsterhaltung der Menschheit.

DIPLOMATEN IN WOLGOGRAD

Vom 29. bis zum 31. Mai hielten sich mehrere in der UdSSR akkreditierte Missionschefs in Wolgograd auf. Die Diplomaten besuchten das Exekutivkomitee des Stadtrats, wo sie von dessen Vorsitzendem Wladimir Atopow empfangen wurden. Er berichtete aus der Geschichte der Stadt, von ihrer heldenhaften Vergangenheit, von der Schlacht um Stalingrad, dem Wiederaufbau nach dem Kriege, der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung Wolgograds und vom Beitrag seiner Einwohner zur Festigung von Frieden und Völkerfreundschaft.

Die Gäste besichtigten die Sehenswürdigkeiten der Stadt. Sie legten Kränze am Ewigen Feuer auf dem Platz der Gefallenen Kämpfer sowie im Saal des Kampfruhms auf dem Mamajew-Hügel nieder, besuchten das Panorama "Zerschlagung der faschistischen deutschen Truppen bei Stalingrad", weilten am Wolga-Wasserkraftwerk "XXII. Parteitag der KPdSU", im Wolgograder Traktorenwerk, im Sowchos der Produktionsvereinigung "Wolgo-Don". Den Diplomaten wurden Dokumentarfilme über die Heldenstadt vorgeführt.

Organisiert war die Fahrt von der Protokollabteilung des UdSSR-Außenministeriums.

V. GUSSEW

NICHTS GELERNT

Die nikaraguanische Zeitung "Nuevo Diario" brachte Ende Mai eine Mitteilung der spanischen Nachrichtenagentur EFE, Präsident Reagan habe in einem Interview für europäische Zeitungen behauptet, sowjetische Schiffe hätten Waffen nach Nicaragua gebracht, und zwar für — salvadorianische Partisanen. Die UdSSR helfe also, die Regierung El Salvadors zu stürzen. Als Indiz legte der US-Präsident von Spionageflugzeugen aus gemachte Aufnahmen zweier sowjetischer Schiffe auf Reede des größten nikaraguanischen Hafens Corinto (Pazifikküste) vor. Aus den Bildern geht nicht einmal eindeutig hervor, daß es sowjetische Schiffe sind. Die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS ihrerseits behauptete, am 20. Mai sei in der Nähe des Hafens eine sowjetische Waffenpartie gelöscht worden.

Mit diesen Informationen ausgerüstet, eilten drei in Managua lebende US-Journalisten — Korrespondenten von "Christian Science Monitor" und "National Journal" — nach Corinto. Was sie dort sahen, bestätigte die Behauptungen Reagans und der CBS absolut nicht. In Corinto lag in der Tat das sowjetische Schiff "Nowowolynsk". Es entlud Düngemittel, die die nikaraguanische Landwirtschaft so sehr braucht. An der Reede lagen ferner Schiffe aus Brasilien und der DDR, die Busse und Küchengeräte mitgebracht hatten. In der Nähe nahm ein Schiff unter panamaischer Flagge nikaraguanische Baumwolle an Bord.

Die Journalisten eruierten, daß der Hafen im Mai d. J. von zwei weiteren sowjetischen Schiffen, der "Polozk" und der "Nowowjatsk", angelaufen worden war. Doch wie sehr sie sich auch bemühten, sowjetische Panzer oder sonstige Waffen zu entdecken, zuckten die dortigen Einwohner nur erstaunt die

Achseln. Sie hatten im Hafen niemals Militärtechnik gesehen.

Reagans Behauptung, Waffen seien von sowjetischen Schiffen in Nicaragua entladen worden, ist nicht der erste Versuch Washingtons, ein X für ein U vorzumachen. Schon der ehemalige US-Außenminister Haig servierte dem US-Publikum ein altes Foto aus einer französischen Ausgabe, das abgebrannte Häuser und Dörfer der Misquito-Indianer zeigte. Es ging Haig darum, die Spuren der Verbrechen von Somozas Nationalgarde als eine "Untat der Sandinisten" hinzustellen.

Der junge Nikaraguaner Orlando Tardensilla, der selbständig nach El Salvador gekommen war, wurde von den Leuten aus der CIA und dem State Department zu einem Berufsmilitär der nikaraguanischen Armee hochstilisiert, der sich unter den salvadorianischen Partisanen im Auftrag der sandinistischen Regierung betätigte. Die Provokateure hofften, er würde öffentlich sowjetische Waffenlieferungen nach El Salvador bezeugen. Lange und sorgfältig wurde der junge Bursche getrimmt, doch gleich bei der ersten Pressekonferenz entlarvte er das von den US-Amerikanern eingefädelte Unterfangen. Trotz so manchen Versagers haben die US-Verfertiger von Zeitungsenften nichts dazugelernt. Wie eine Seifenblase ist nun auch Reagans haltlose Erfindung über sowjetische Waffenlieferungen nach Corinto geplatzt.

Wie die nikaraguanische Presse betont, bringen sowjetische Schiffe Traktoren, Düngemittel und Landmaschinen sowie andere friedliche Erzeugnisse für die Volkswirtschaft, für das Volk Nikaraguas.

W. DOLGOW
Eigenbericht

Managua

HO CHI MINH: GEDANKEN ÜBER AFRIKA



Ein Mann ging durch Paris, und obwohl seine Gesichtszüge den Ausländer verrieten, gehörte er eindeutig nicht zu den zahlreichen Touristen in der französischen Hauptstadt. Er hieß Nguyen Ai Quoc. Lange Jahre lebte unter diesem Namen Ho chi Minh, ein hervorragender Vertreter der weltweiten kommunistischen und nationalen Befreiungsbewegung, der Begründer der KP Vietnams und des unabhängigen vietnamesischen Staates. Damals eilte er in die Redaktion der Zeitung "Le Paria".

Ho chi Minh war ihr Chefredakteur und Herausgeber, die Zeitung war ein Teil seiner selbst, eine Tribüne, von der aus er zu den Massen sprechen konnte. So ging er zum Marche des Patriarches im VI. Arrondissement von Paris, wo in zwei Parterreräumen die Redaktion von "Le Paria" untergebracht war. Er wollte einen Artikel für die nächste Ausgabe schreiben. Er konnte nicht schweigen.

"Frankreich soll schauen und stolz sein!" wiederholte Ho chi Minh ironisch, was der damalige Minister für die Angelegenheiten der Kolonien Sarraut auf der Ausstellung in Marseille (1922) gesagt hatte. Worauf sollte Frankreich eigentlich stolz sein? Ho chi Minh schrieb: "Die Geschichte der europäischen Infiltration Afrikas wurde, ebenso wie die gesamte Geschichte der Kolonisation, mit dem Blut der Einheimischen geschrieben. Auf das Gemetzel folgen dann unermeßliche Mühsal, Spaltung, Zwangsarbeit, Alkohol und Lues, was zusammen das destruktive Werk der 'Zivilisation' abrundet."

In Artikeln, Essays und Pamphleten, die Ho chi Minh 1922–1925 in der demokratischen Presse veröffentlichte — und die nun im Progress-Verlag (Moskau 1983, russ.) unter dem Titel "Gedanken über Afrika" erschienen sind —, zeigte er die Kehrseite der "zivilisatorischen Mission" der Europäer und geißelte die dem Kolonialsystem eigenen Laster, über die sich die Veranstalter der Kolonialausstellung in Marseille natürlich ausschwiegen.

Wie die Franzosen aus Ho chi Minhs Beitrag "Die französische 'Zivilisation'" erfuhren, gingen in Guadeloupe 10 000 Kinder überhaupt nicht zur Schule. In Algerien mit seinen 5 Millionen Einwohnern konnten in 94 Jahren der französischen Herrschaft nur 35 000 Kinder Bildung erlangen (ein Tropfen auf den heißen Stein!), während 695 000 kleine Algerier zur Unwissenheit verdammt waren. In Kambodscha gab es 60 Schulen für 2 Millionen Einwohner. "Wir haben zu wenig Schulen, doch zum Glück eröffnet Frankreich für uns Bordelle, Opiumhöhlen und Kneipen", schreibt Ho chi Minh bitter. Derselbe Sarraut wies die Kolonialbeamten an, die Zahl von Bierstuben und Opiumhöhlen in den vietnamesischen Dörfern zu erhöhen. Nach von Ho chi Minh zitierten Angaben zu urteilen, wurde

diese Anweisung eifrig befolgt: "Auf je 1000 Dörfer gibt es 10 Schulen und 1500 Alkohol- und Opiumverkaufsstellen."

Der flammende Revolutionär Ho chi Minh sah es als seine Partei- und Journalistenpflicht an, die Menschen aufzuklären, wahrheitsgetreu zu informieren ("Man darf nur darüber schreiben, was man sieht und was man denkt.") und in sozialer Hinsicht wachzurütteln. In seinem Artikel "Bauern in Nordafrika" schlug er Alarm: "Von Steuern erdrückt, an den importierten Lasten zugrunde gehend, ... durch die Fronarbeit ausgemergelt, den ständigen Hunger entkräftet, befinden sich unsere nordafrikanischen Brüder auf dem Weg zum Aussterben."

Ho chi Minh bereiste fast die ganze koloniale Welt, er war in Nord- und Zentralafrika. Niemand kannte die Lage in Indochina besser als er. In Paris bereicherten sich seine Erfahrungen um die seiner Freunde aus Madagaskar, Marokko und Tunesien, seiner Kameraden, mit denen er in der Kommission zum Studium der Kolonialfrage gemeinsam wirkte. Sie wurde von der Französischen KP auf Ho chi Minhs Vorschlag gegründet. Von ihm ging auch die Initiative zur Gründung einer Interkolonialen Union aus, zu der sich in Frankreich lebende Vertreter der Kolonien vereinigten. "Le Paria" war das Organ der Union.

Nach Ho chi Minhs fester Überzeugung konnten die Völker der Kolonien ihre nationale und soziale Befreiung nur gemeinsam mit der Arbeiterklasse und allen Werktätigen der "Mutterländer" erringen. "Der Kolonialismus ist ein Krake, der sich mit dem einen Fangarm am Proletariat der Kolonialmächte und mit dem anderen am Proletariat der Kolonien festgesaugt hat. Um ihn zu töten, muß man beide Fangarme abhacken", schrieb er in seinem Artikel "Die russische Revolution und die Kolonialvölker".

RAUBDOKTRIN

Der Zionismus ist Rassismus, eine der reaktionärsten Abarten der bürgerlichen Ideologie. Jeder Chauvinismus ist schädlich und gefährlich, seine zionistische Abwandlung aber um so gefährlicher, als der Zionismus die ideologische Basis, die amtliche Doktrin des antihumanen Regimes in Israel bildet. Auf den internationalen Imperialismus gestützt, seine expansionistischen Ziele mit Waffengewalt durchsetzend, vergießen seine Machthaber das Blut unschuldiger Menschen. Der Zionismus prägt die aggressive Landräuberpolitik Tel Avivs im Nahen Osten.

Davon handelte eine in Moskau am 6. Juni abgehaltene Pressekonferenz des Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit. Vor sowjetischen und ausländischen Journalisten erklärte der Vorsitzende des Komitees, Generaloberst Dawid Dragunski, zweifacher Held der Sowjetunion, daß Lenin den Zionismus bereits zu Beginn unseres Jahrhunderts bekämpft hatte. Heute benutzt der Imperialismus, vor allem die reaktionären US-Kreise, den internationalen Zionismus immer eifriger und umfassender zu ihren friedensfeindlichen Zwecken. D. Dragunski verwies auf die besondere Bedeu-

tung, die dem Kampf gegen den Zionismus gegenwärtig zukommt. Er berichtete über das starke Echo, das die Schaffung des Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit auslöste, und sagte, daß das Komitee in der breiten Unterstützung seinen gesellschaftlichen Auftrag erblickt: das Recht, im Namen der gesamten multinationalen sowjetischen Öffentlichkeit zu sprechen:

Präsidiumsmitglieder des Antizionistischen Komitees zitierten Briefe sowjetischer und ausländischer Bürger. Darin werden die reaktionäre Ideologie und Politik des internationalen Zionismus als eines Vortrupps des Imperialismus zornig verurteilt und wird der Wunsch geäußert, zum Kampf gegen die Reaktion beizutragen.

UNSICHTBARE MACHTHABER

Luis GONZALEZ-MATA

Viel gelernt hatte Ho chi Minh aus der Oktoberrevolution und der Nationalitätenpolitik Sowjetrußlands. Er las Lenins Schriften zu den Kolonialproblemen, insbesondere seine Thesen zur nationalen und kolonialen Frage, und zog den endgültigen Schluß: In der gegenwärtigen Epoche kann eine nationale Befreiungsrevolution nur dann den vollen Sieg erringen, wenn sie in die sozialistische Revolution hinüberwächst.

Die ganze Geschichte bestätigt diesen Schluß. Das 20. Jahrhundert sah die Entstehung des imperialistischen Kolonialsystems, aber auch dessen Zusammenbruch. In Asien, Afrika und Lateinamerika wird dem "Akt der Gewalt des Starken gegenüber dem Schwachen", wie Ho chi Minh den Kolonialismus nannte, ein Ende gesetzt.

Der Sammelband seiner Artikel über den nationalen Befreiungskampf der Völker Afrikas gegen die koloniale Unterdrückung ist beileibe kein Archivaldokument. Vielmehr streitbare Publizistik eines großen Internationalisten, die auch heute gebraucht wird, da die Erde noch immer Brandmale des Kolonialismus trägt. Beispiele: Nordirland in Europa, Namibia in Afrika, Hongkong in Asien usw. Vor 60 Jahren verfaßt, sind Ho chi Minhs Beiträge auch heute aktuell. Wie auf der VII. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder (Delhi, März d. J.) betont wurde, zählt die dritte Welt heute über 500 Millionen Hungernde, 1,5 Milliarden Menschen ohne medizinische Betreuung, 814 Millionen Schreib- und leseunkundige Erwachsene und über 200 Millionen Kinder, für die es keine Schulen gibt.

Deshalb bezeugt das Buch "Gedanken über Afrika" wie auch das gesamte Werk des großen Sohnes des vietnamesischen Volkes: Ho chi Minh bleibt in den Reihen jener, die um ihre nationale und soziale Befreiung ringen.

W. GODYNA

Die Lügenpropaganda des internationalen Zionismus ist ein Bestandteil des psychologischen Krieges des Imperialismus gegen die UdSSR. Statistiken, zahlreiche Fakten und Dokumente, die der Pressekonferenz zugänglich gemacht wurden, entlarven die Fälschungen der antisowjetischen Propaganda, die in ihrer Verlogenheit eine "jüdische Frage" in der UdSSR suggeriert.

Das Komitee wendet sich gegen alle Formen des Chauvinismus, darunter gegen den Antisemitismus und den Zionismus.

Die Anwesenden konnten sich davon überzeugen, daß das Antizionistische Komitee in Erfüllung des Auftrags der sowjetischen Öffentlichkeit seine nützliche Tätigkeit erfolgreich begonnen hat.

W. NESTEROW

April 1961. Zu einer Tagung des Bilderberg-Klubs fanden sich in Saint-Castin (Kanada) 109 Personen ein: darunter der Direktor des Internationalen Währungsfonds, fünf Minister, sechs Generale, von diesen drei von der NATO, ferner drei Botschafter sowie Vertreter von 19 Multis (ITT, Standard Oil, United Fruit u. a.).

Nach einer weltpolitischen Debatte wurde auf Ersuchen des United-Fruit-Vertreters "inoffiziell" im engen Kreis über Kuba diskutiert, mit dem man sich genauestens, "insbesondere im Zusammenhang mit der Stellungnahme des US-Präsidenten", befassen müsse.

Der Präsident — ein Hindernis

Konkret bestand Kennedys Stellungnahme darin, daß er es abgelehnt hatte, die Invasion der kubanischen Konterrevolutionäre in der Schweinebucht offen mit US-Truppen zu unterstützen. Mit der Aufstellung des Plans für die Operation hatte man kurz nach dem Scheitern des ersten Invasionsversuchs (1959) begonnen.

Am 17. November 1960 informierten der CIA-Direktor Dulles und der Leiter der CIA-Abteilung Geheimoperationen, Bissel, Kennedy (der kurz vorher zum US-Präsidenten gewählt worden war) über die in Vorbereitung befindliche Intervention. Sie verlangten dringend, er solle seine Erlaubnis dazu vor April 1961 geben, weil Kuba im April von der UdSSR ausreichende Kriegstechnik erhalten werde, um die Operation zum Scheitern zu bringen. Kennedy übergab den CIA-Plan zwecks Gutachtens Strategen aus dem Pentagon. Sie fanden ihn "hervorragend", er habe "alle Gewinnchancen".

Kennedy war nicht so optimistisch, er fand, die Operation könne einige unerwünschte politische Folgen haben, dementwegen man besorgt sein müsse, ob es

* Den Entscheid des Pentagons unterzeichneten der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General Lemnitzer, und der Chef der Abteilung Marineoperationen im Verteidigungsministerium, Admiral Burke

den USA gelingen werde, die Öffentlichkeit von ihrem Unbeteiligtsein an dem Plan zu überzeugen.

Um Kennedys Zaudern zu überwinden, ging Dulles zur Erpressung über: "Sollten wir die Operation aufschieben, so müßten wir die Lager für Freiwillige auflösen, diese würden sich über das ganze Land verstreuen, und wir würden riskieren, daß Informationen über die durchgeführten Vorbereitungen in die Presse durchsickern..." Dulles drückte Kennedy mit seiner "Landungsvariante" an die Wand. Mit Vorbehalten gab dieser seine Einwilligung zur Landung. Sie fand am 17. April 1961 statt und endete bekanntlich mit einem völligen Fiasko.

Kennedys Ausschaltung

Wir erinnern hier an eine bekannte Tatsache: Am 22. November 1963 wurde der US-Präsident in Dallas (Texas) in seinem Wagen ermordet. Aufregende Augenblicke dieses Geschehnisses nahm ein Filmamateur auf und bekam rein zufällig den Wagenzug mit dem Präsidenten gerade in dem Augenblick auf den Streifen, als die Schüsse John Kennedys Leben ein Ende machten.

Die US-Propaganda beeilte sich, der Weltöffentlichkeit mitzuteilen, daß das Verbrechen von einem Kommunisten verübt worden sei, "der mit einer Russin verheiratet ist und sich an der Kampagne für das Castro-Regime beteiligt hat".

Die Ereignisse rollten mit Windeseile ab. Von dem Polizeibeamten Tippit** festgenommen, schoß Lee Oswald auf ihn und tötete ihn. Nach diesem zweiten Mord ging Oswald seelenruhig ins nächstgelegene Kino und wartete geduldig ab, daß die Polizei käme, um ihn zu verhaften. Im Gefängnis "unter Polizeischutz" wurde Oswald bei einer TV-Live-Sendung von dem Kabarettbesitzer Ruby umgelegt, einem "Patrioten", der "den Tod des Präsidenten rächen" wollte. Ruby starb im Gefängnis ebenso schnell wie geheimnis-

** Noch kann niemand erklären, wie die Polizei in jenem Augenblick das Foto des "Mörders" in die Hand bekam

Fortsetzung. Anfang s. Heft 23

voll an Krebs. Noch 47 Zeugen* oder Personen, die etwas mit dem Fall zu tun hatten, fanden bald darauf "bei Unfällen" den Tod oder "nahmen sich das Leben".

Während die vom neuen Präsidenten eingesetzte Untersuchungskommission ihren Entscheid vorbereitete, gab das FBI seine Schlußfolgerungen bekannt:

Oswald habe im Alleingang gehandelt; die Schüsse seien aus einem einzigen Gewehr abgefeuert worden; kein US-Geheimdienst sei in den Fall verwickelt.

Die 1964 und 1975 eingesetzten Untersuchungskommissionen gelangten zu gleichlautenden Schlüssen.**

Indessen berechtigen zahlreiche Fakten aus offiziellen Aktenstücken, aus Karteien europäischer Geheimdienste und aus Aufzeichnungen von Privatpersonen und Journalisten, die selbst Untersuchungen vorgenommen hatten, zu der Feststellung, daß Oswald nur als Strohmann gebraucht wurde, daß mehrere Personen geschossen hatten, daß den Untersuchungskommissionen am Vertuschen der Wahrheit interessierte Personen angehört hatten, daß das FBI den wahren Sachverhalt kannte, aber verheimlichte und daß die CIA, selbst wenn sie den Mord nicht vorbereitet haben sollte (welcher Meinung der Autor ist), doch von dem Komplott gewußt, aber nichts dagegen unternommen hatte.

Versuchen wir, die Sache zu klären.

A. Die Lesart vom "Alleingang"

Sie hält keiner Kritik stand, da der Gerichtsmediziner, der die Obduktion vornahm, Dr. Wecht, das Vorhandensein "einer von einer austretenden Kugel verursachten Wunde am Hinterkopf des Präsidenten" bestätigt hat. Auf den Präsidenten sei von mehreren, mindestens von zwei Seiten — von vorn und von hinten — geschossen worden.

Das ist genau auf dem Filmstreifen festgehalten, den der Filmamateur der Warren-Kommission übergeben hat. Die Aufnahmen Nr. 314 und 315 zeigen, daß

der Präsident den Kopf zurückwarf. Die Warren-Kommission "übergang" das nur deshalb, weil ... die Reihenfolge der Szenenbilder von Experten dieser Kommission verändert worden war. Es geht auch aus schriftlichen Aussagen des Polizisten Craig hervor. Er "stellte das Aufprallen einer Kugel auf den Gehsteig" fest, deren Flugbahn darauf schließen läßt, daß "sich der Schütze mit dem Gesicht zum Wagenzug des Präsidenten befunden haben muß". Oswald aber war, als er schoß, hinter dem Wagenzug.

Hätte Oswald, wie die amtliche Lesart lautet, nur drei Schüsse abgegeben, woher kam dann die vierte Kugel?!

Schließlich sei daran erinnert, daß die "drei Kugeln Oswalds" entweder im Wagen des Präsidenten oder in dem Lazarett gefunden wurden, in das Kennedy eingeliefert wurde***; ferner, daß der gerichtliche Gutachter für Ballistik, der die Kugeln untersuchte, einige Tage darauf starb...

B. Die Lesart von "nur einem Gewehr"

Das Vorhandensein zweier Schützen setzt selbstverständlich die Benutzung zweier Gewehre voraus, was jedoch beide Kommissionen hartnäckig leugneten. Die Indizien zeugen von etwas anderem, mehr noch, in einigen Schriftstücken der Warren-Kommission heißt es, Oswald habe mit einem 7,65-mm-Mauser mit Zielfernrohr geschossen (laut Aussagen des Polizisten Weitzman, der die Waffe auf dem Dachboden des Bücherlagers fand, in dem Oswald arbeitete und aus dem er schoß). In anderen Schriftstücken dieser Kommission ist ein 6,5-mm-Mannlicher-Carcano-Karabiner italienischen Fabrikats beschrieben.

C. Die Lesart vom "Unbeteiligtsein"

Einige Stunden vor Kennedys Ankunft bestätigte die CIA eine Änderung der Route des Wagenzugs. Dadurch kam er nicht nur unter den Fenstern des Bücherlagers vorbei, in dem Oswald arbeitete, sondern auch an den drei anderen Stellen (einem grünen Hügel, einer Stelle auf dem Eisenbahndamm und dem Nachbarhaus), woher nach Aussagen die übrigen Schüsse kamen. Der Kommission, die die Änderung der Route vornahm, stand der Bürgermeister von Dallas vor, dessen Bruder, General Cabel, Vizedirektor der CIA, nach dem Fiasko in der Schweinebucht von Kennedy abgesetzt worden war.

Wie Zeitungen schrieben, waren die CIA-Beamten Hunt und Sturgis am Tag des Mordes in Dallas. Sie veröffentlichten sogar ein Foto von zwei "Vagabunden",

die am 22. November 1963 in der Stadt festgenommen wurden. Ebenso wie viele andere Zeugnisse wurden diese Fakten von den Kommissionen entstellend ausgelegt.

Es liegen Angaben darüber vor, daß gleich nach dem Kennedy-Mord wirklich zwei Vagabunden in Dallas festgenommen und von der Polizei abgeführt wurden. Sonderbarerweise liegt im Polizeiarchiv nichts darüber vor: weder ein Verhörprotokoll noch eine Karteikarte noch auch Fotos der Verhafteten... Um festzustellen, ob das in der Presse veröffentlichte Foto den Fotos von Hunt und Sturgis entspricht, zog man einen Experten für Anthropometrie zu Rate... Denselben, der die Reihenfolge der Aufnahmen auf dem Amateurfilm änderte, auf denen Einzelheiten des Verbrechens zu erkennen sind...

Ich möchte hier einiges präzisieren.

Die CIA behauptet, Sturgis habe nie in ihren Gliederungen gearbeitet... Bei Hunt kann offiziell nicht festgestellt werden, wo er sich am 22. November 1963 aufhielt, weil "die Personalakten alle drei Jahre vernichtet werden". Aus verschiedenen Quellen ist bekannt, daß Lee Oswald "einem US-Geheimdienst" angehört hat, aber keine einzige Kommission hat "auch nur eine bestätigende Tatsache dafür gefunden". Ruby, den "Mörder des Mörders", charakterisierten beide Kommissionen als einen "Patrioten von cholerischem Temperament". Sie waren sich darüber einig, daß "sein Lebenslauf nichts aufweist, das zu der Annahme berechtigen könnte, er habe eventuell für einen Geheimdienst gearbeitet".

Trotz der tendenziösen Vertauschungen, Mißdeutungen und Erfindungen setzt sich die Wahrheit nach Jahren dennoch durch und wirft die früheren Lesarten um, namentlich diejenige von einem Komplott "der Russen und Castros", in der Lee Oswald als angeblicher Kommunist aufscheint.

Oswald, Ruby & Co.

Lee Oswald. Eine Zeitleiste lebte er in der UdSSR. Er war mit einer Russin verheiratet und wurde deshalb als Agent Moskaus hingestellt. In Wirklichkeit befand er sich mehrere Jahre unter den Fittichen der CIA.

Unter deren "wachsamer Schutzherrschaft" stand Oswald 1956, als er der Marineinfanterie beitrug, wo er zum Kontrolleur von Radar- und später zum Operateur elektronischer Anlagen ausgebildet wurde. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß er ohne Erlaubnis der CIA auf den amerikanischen Militärstützpunkt in Atsugi (Japan) geschickt worden wäre, wo sich unter dem Decknamen "MACS-1" ein höchstwichtiger Stützpunkt der CIA in Asien verbirgt, von dem aus Lockheed-Flugzeuge Spionageflüge ausführten.

* Die Journalisten Kilgallen, Hunter und Koethe, die Rechtsanwälte Howard und Kroman, die Inhaberin der Wohnung, die Oswald mietete, der Taxischafför, der Oswald nach dem Mord fuhr, der Eisenbahner Bowers, der die Anwesenheit zweier Vagabunden am Tatort meldete, Benavides, ein Zeuge beim Mord an dem Polizisten Tippit, Piazza, Assistent des Staatsanwalts Garrison (der sich jahrelang um die Klärung des Kennedy-Mordes bemühte) und noch andere.

** Zum Bericht der Untersuchungskommission für den Mord an Präsident John F. Kennedy, der 1964 von der Warren-Kommission abgefaßt wurde, gehören 26 Bände Beilagen! Im zweiten Fall ist die sogenannte Rockefeller-Kommission gemeint, die die Tätigkeit der CIA in den USA zu untersuchen hatte (1975).

*** Es sei daran erinnert, daß die von den Ärzten in den Falten des Sakkos gefundene Kugel keine Spur von einem Aufschlag auf den Körper aufwies, was nur bedeuten kann, daß sie weich auf Kennedys Kleidung fiel.

Wäre Oswald kein Mann der CIA gewesen, so wäre diese doch bestimmt wegen der Mitteilung des Spionagedienstes der Marine mißtrauisch geworden, daß sich "Korporal Oswald bei einer Monatslöhnung von 100 Dollar die luxuriösesten Nachtclubs in Tokio leistet und sich mit einem Mädchen aus einem der Clubs trifft". Es ist schwerlich zu glauben, daß die CIA Oswald nicht in Schutz genommen hätte, der sich mit seinem Benehmen mehrmals Disziplinarstrafen bis zur Entlassung aus dem Dienst zuzog.

Im September 1959 wurde Lee Oswald auf eigenen Wunsch demobilisiert, und er ließ sich für das nächste Studienjahr bei einem schweizerischen Universitätszentrum immatrikulieren. Er fuhr erst nach England, dann nach Helsinki und beantragte im Oktober 1959 die Einreise nach der UdSSR, die er ja auch bekam. Am 31. Oktober 1959 erschien Oswald in der US-Botschaft in Moskau und teilte offiziell seine Absicht mit, die amerikanische Staatsbürgerschaft aufzugeben und "in den

und gab US-feindliche Schriften heraus. Er schickte sogar einen Drohbrief an die Polizei von Dallas...

Am 8. November schrieb Oswald, der seine "anti-amerikanische" Betätigung unbehelligt fortsetzte, einen sonderbaren Brief, der tief blicken läßt. Er ist an den texanischen Milliardär Haroldson Hunt adressiert, der mit Zuwendungen für die Pressekampagne gegen Kennedy nicht geizte." Der Brief enthielt folgendes: "Werter Mr. Hunt! Könnten Sie mir vielleicht etwas über meinen Status sagen? Ich möchte Sie bitten, die Sache gründlich durchzusprechen, ehe irgend jemand oder meine Person selbst die Initiative dazu ergreift."

Nach dem Kennedy-Mord wurden alle Schriftstücke, die diese Tatsachen betreffen, vernichtet, und im Laufe einiger Stunden wurden alle CIA-Leute, die etwas mit Lee Oswald zu tun gehabt hatten, aus Dallas abberufen.

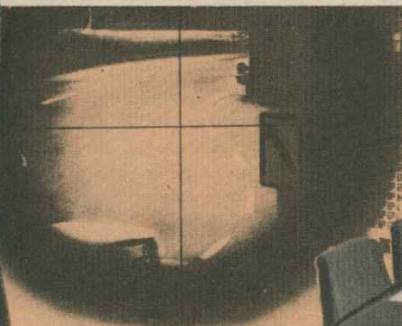
Ruby, der Mörder Oswalds, der laut Warren "als Patriot gehandelt hatte", von dem der CIA angeblich nichts bekannt gewesen sei, erwies sich bei näherem Hinsehen als früherer CIA-Helfer. Er wurde für eine ganze Anzahl antikubanischer Aktionen verwendet, die von Beamten der amerikanischen Geheimdienste, von Kubaflüchtlings und von der Mafia gemeinsam durchgeführt wurden. Es muß festgestellt werden, daß mit den Castro feindlichen Gruppen auch

Mai 1961, hielt er sich in der Dominikanischen Republik auf, wo er die Vorbereitungen zu dem von der CIA eingefädeltten Mord an Trujillo beaufsichtigte.

Nachdem Fidel Castro zur Macht gekommen war, beteiligte sich Hunt gemeinsam mit Sturgis, mit Oberst Prouty und anderen Leuten verschiedener Geheimdienste daran, Attentate auf die kubanischen Spitzenpolitiker und Vorbereitungen zu zwei bewaffneten Interventionen gegen Kuba aufzuziehen. Später war er direkt in die Watergate-Affäre verwickelt.

Sturgis, der "nie bei der CIA war", arbeitete bei dieser in Wirklichkeit von 1955 an. Damals lernte er über den derzeitigen Präsidenten Kubas, Prio Socarras, Fidel Castro kennen. Sturgis schlich sich in die Revolutionäre Bewegung des 26. Juli ein und arbeitete dort für die CIA, d. h., er beteiligte sich an verschiedenen Operationen Castros gegen Batista. 1958 wirkte er bei der Entführung eines bekannten Rennfahrers mit, wurde von der Polizei Batistas festgenommen und eingesperrt, aber bald darauf dank dem Eingreifen von Helms (dem Chef der Verwaltung und später des CIA-Direktorats) freigelassen.

Als Teilnehmer der revolutionären Bewegung wurde Sturgis zum Chef des Nachrichtendienstes der kubanischen



Dienst der UdSSR zu treten". Diese Erklärung gab er in der Botschaft, d. h. auf dem Boden der USA, ab. Man versuchte aber in keiner Weise, ihn davon abzubringen...

Als er eine Russin heiratete und später nach den USA zurückkehrte, kümmerte sich keiner darum, keiner verlangte Aufklärung über seine "Flucht" und seinen "Verrat". FBI und CIA unterstützten ihn heimlich sogar andauernd.

Im Oktober 1962 fing Oswald bei der Firma Stoval an, die im Auftrag des Pentagon topographische Karten mit dem Vermerk "Streng geheim" anfertigt (alle Angestellten der Firma werden vom FBI einer Prüfung unterzogen)*. Einige Tage vor dem Kennedy-Mord gründete Oswald ein "Komitee zur Unterstützung Kubas"

Hunt und Sturgis zusammengearbeitet haben, deren Anwesenheit in Dallas am Tag des Kennedy-Mords bemerkt wurde (FBI-Aktenstück Nr. A 105/3193).

Zugleich hatte Ruby Kontakt zur Polizei von Dallas, und das FBI nahm seine Dienste wiederholt in Anspruch...

Howard Hunt von der CIA ist auf Mittelamerika spezialisiert. Vorher, am 30.

* Die Empfehlung, Oswald anzustellen, bekam die Gesellschaft offenbar vom FBI, das ebenfalls einer anderweitigen Weisung nachkam.

** Hunt finanzierte z. B. das Einrücken von Steckbriefen in Zeitungen mit dem Profil Präsident Kennedys und der Aufschrift: "Wegen Landesverrats gesucht."

Luftwaffe ernannt. Die Verbindung zur CIA erhielt er weiter über den US-Agenten William Morgan aufrecht (der später auf Kuba verhaftet und wegen Spionage für die USA verurteilt wurde). 1960 floh Sturgis aus Kuba, hielt sich "im Exil" in den USA auf und ging im Auftrag der CIA dazu über, gegen Castro gerichtete Organisationen aufzuziehen, die dann in engem Kontakt mit den US-Geheimdiensten und denen einiger lateinamerikanischen Länder allerlei "Staatsaktionen" vorbereiteten und durchführten (unter diesen Organisationen waren Operation 40, CORU, Alfa 66, Brigade 2506 und Omega 7). Außerdem hatte Sturgis Auftrag, die Betätigung der gegen Castro gerichteten Organisationen mit der CIA und — der Mafia zu koordinieren.

John McCone, derzeit Direktor der CIA, wurde später zum Mitglied der Direktion des transnationalen Konzerns ITT und zu ihrem Vizepräsidenten in Europa ernannt. Später wurde er in der italienischen und der französischen Presse erwähnt, als General Spínola den Putsch in Portugal vorbereitete. Als "CIA-Berater" für Fragen Lateinamerikas figurierte McCone erneut im Zusammenhang mit der Rolle, die die CIA und ITT bei den Provokationen gegen Allende spielten.

George de Mohrenschildt war ebenfalls, wenn auch unklar, wie, in den Kennedy-Mord verwickelt. Er arbeitete schon ab 1938 für die französische Aufklärung. Später arbeitete er mit General Donovan (einem Gründer des Bilderberg-Klubs) zusammen, und als Bilder die CIA gründete, forderte dieser ihn auf, bei ihm einzutreten. 1958 wurde Mohrenschildt zum Vertreter der CIA in der sogenannten Lateinamerika-Agentur ernannt. Im April 1961 war er in Guatemala, genauer in einem der Lager, in denen Kubaflüchtlinge für einen Einfall in Kuba ausgebildet wurden.

Im Oktober 1963 erschien Mohrenschildt im CIA-Büro in Dallas, um zu fragen, ob eine bei ihm vorgenommene Haussuchung nicht auf sein "Freundschaftsverhältnis mit Lee Oswald" zurückzuführen sei, und falls das stimme, möge man ihm das sagen, und er werde jedwede Beziehungen zu Oswald abbrechen. Darauf soll der Bürochef Walter geantwortet haben, daß sie der "arme Irre" nichts angehe.

Am 29. März 1977 machte Mohrenschildt "seinem Leben ein Ende", nachdem er die Erklärung publik gemacht hatte, er sei "bereit, alles über den Mord in Dallas auszusagen".

Wem nützt es?

Diese Tatsachen führen uns sehr weit von der amtlichen Lesart fort und zeugen obendrein davon, daß beim Kennedy-Mord (wenn man die eventuell einbezogenen Personen in Betracht zieht) Interessen mitgespielt haben, die nichts mit einer "Einstellung für Castro" oder einem "Prosojietismus" zu tun hatten. Am Kennedy-Mord war die CIA direkt interessiert. Allan Dulles, der

1953–1961 Direktor der CIA war und an der Wiege des Bilderberg-Klubs stand, mußte nach dem Scheitern der Invasion auf Kuba den Direktorposten niederlegen, und die CIA mußte auf Anweisung Kennedys ihrem Tätigkeitsbereich Schranken ziehen. Im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Dulles fühlte sich Kennedy veranlaßt, alle US-Botschafter daran zu erinnern, daß sie "für sämtliche diplomatisch tätige und ihnen direkt unterstellte Staatsbürger der USA die persönliche Verantwortung tragen". John Kennedy verhinderte die CIA-Strategie in Vietnam; auf Forderung des Botschafters Cabot Lodge wurde der CIA-Vertreter John Richardson aus Saigon abberufen. Während sich die CIA aus Leibeskräften anstrenge, das Regime Ngo Dinh Diems aufrechtzuerhalten, meinte Kennedy, daß "dieses Regime entweder umgestaltet oder aufgelöst werden muß".

Der Leiter des Apparats im Weißen Haus zur Zeit Präsident Nixons veröffentlichte ein Buch mit dem Titel "Die Grenzen der Macht" (er schrieb es im Gefängnis, wo er wegen der Watergate-Affäre saß). Darin erzählt er von einer Begegnung Nixons mit dem CIA-Direktor Helms. Nixon habe Helms unter Druck zu setzen versucht, damit "der Fall Watergate" zu den Akten gelegt werde. Er soll gesagt haben: "Wenn Sie uns nicht helfen, dann kann auch alles ans Licht kommen, was mit der Landung in der Schweinebucht zusammenhängt." Damit wollte Nixon dem CIA-Direktor (und seiner ganzen Kumpanei) andeuten, daß die Untersuchung im Mordfall von Dallas wiederaufgenommen werden könnte...

An der Beseitigung Kennedys waren auch viele Multis interessiert, die von seiner Neuordnungs-Strategie und seiner Politik den Trusts gegenüber in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Lebhaft interessiert am Kennedy-Mord war die Mafia, weil Kennedys "zurückhaltende Einstellung" zur Intervention auf Kuba bedeutete, daß das Reich der Spielhöhlen, der Rauschgifthöhlen und der Prostitution, das Kuba war, verloren ging.

Zu diesen Elementen stießen schließlich die nach den USA geflüchteten Gegner Castros. Der "Verrat" Kennedys — seine Einstellung zu einer direkten US-amerikanischen Truppenlandung im Rahmen der Operation in der Schweinebucht — bedeutete für sie ein Scheitern aller ihrer Hoffnungen auf eine "Befreiung" Kubas.

Ja, es waren wirklich allzu viele am Mord interessiert! Erklären sich nicht hiermit die vielen Widersprüche, Fälschungen, vorgetäuschten Selbstmorde und "Unglücksfälle" während der Untersuchungen in Sachen des Mordes an US-Präsident John F. Kennedy am sonnigen Morgen des 22. November 1963?!

(Schluß folgt)



In NZ 20/83 haben Sie das Präsidium des Ministerrates der UdSSR erwähnt. Berichten Sie bitte darüber.

K. PRASAD
Bombay, Indien

Der Ministerrat der UdSSR ist die Regierung, das höchste vollziehende und verfügende Machtorgan des Landes. Außer dem Vorsitzenden des Ministerrates gehören ihm seine Stellvertreter, Minister der UdSSR, Vorsitzende der Staatskomitees und der Ministerräte der Unionsrepubliken, Leiter anderer Sowjetorganisationen an. Sie tragen persönliche Verantwortung für die Erfüllung der vom Ministerrat gefaßten Beschlüsse sowie für andere ihnen anvertraute Arbeitsbereiche.

Der Ministerrat tritt nicht seltener als viermal im Jahr zusammen, was mit unseren Quartalsplänen zusammenhängt. Bei den Tagungen der Regierung in voller Zusammensetzung werden allgemeine, vom Gesetz über den Ministerrat der UdSSR vorgeschriebene Fragen erörtert. In der Zeit zwischen Plenartagungen des Ministerrates der UdSSR erfüllt das Präsidium des Ministerrates seine Funktionen, das sich aus dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und seinen Stellvertretern zusammensetzt. Das ist ein ständiges Organ und seine Sitzungen werden regelmäßig je nach Notwendigkeit abgehalten. Die Beschlußfassung erfolgt mit Stimmenmehrheit.

Die Arbeitsorgane des Präsidiums sind Ständige Kommissionen, die sich aus Sachverständigen in jeweiligen Bereichen zusammensetzen. Für die Vorbereitung der Vorschläge, die auf die Entwicklung der konkreten Volkswirtschafts- und Leitungsgebiete oder Regierungsprojekte gerichtet sind, für die Beilegung der Meinungsdivergenzen über diese Projekte sowie für die Erfüllung konkreter Aufträge des Ministerrates der UdSSR und dessen Präsidiums können provisorische Kommissionen oder andere Arbeitsorgane geschaffen werden.

* Die von Präsident Kennedy eingeleitete Begrenzung der Befugnisse der CIA war für die US-Spionage von Nutzen. Das Erkundungsamt des Verteidigungsministeriums und andere Aufklärungsorgane der Streitkräfte bekamen so die Möglichkeit, sich in der ganzen Welt unter dem Aushängeschild der CIA zu betätigen, weshalb viele ihrer Aktionen — Putsche, Komplote, Morde usw. — der CIA zur Last gelegt wurden.

Die USA und die UdSSR haben ein Kernwaffenpotential, das für eine "garantierte gegenseitige Vernichtung" ausreicht. Müssen Sie da jeden neuen Schritt der Amerikaner beim Rüstungswettlauf beantworten!

Jaime RODRIGUEZ
Madrid, Spanien



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Dmitri
POGORSHELSKI

Theoretisch, Herr Rodriguez, wäre es natürlich ausgezeichnet, "nicht mehr mitzuspielen". Welche Mittel würden da frei! Viele von unseren derzeitigen Schwierigkeiten und Mängeln würden der Vergangenheit angehören.

Können wir aber vom Rüstungswettlauf "Abstand nehmen"?

Auf den ersten Blick mag die Situation manch einem paradox erscheinen: Wie Ihnen bekannt sein dürfte, hält die UdSSR an einer ausgesprochen defensiven Doktrin fest, unterbreitet einen Abrüstungsvorschlag nach dem anderen und entwickelt gleichzeitig immer neue Waffenarten. Sie haben sicherlich Behauptungen gehört, daß gerade unser Land angeblich die Rüstungsspirale hochschraubt. Mit diesen Unterstellungen suchen die USA den eigenen Hochrüstungskurs zu rechtfertigen. Das ist aber falsch. Ich möchte Ihnen die wahren Gründe erläutern, von denen wir uns leiten lassen.

Sie schreiben, daß beide Seiten über ein ausreichendes Potential zur "garantierten gegenseitigen Vernichtung" verfügen. Das stimmt. Wir haben genug Mittel, um die "andere Seite" zu vernichten. Doch wir wollen niemanden vernichten und niemanden überfallen. Wir müssen bereit sein, einen möglichen Überfall abzuwehren. Da aber die Gegenseite ihre Angriffsmittel ständig vervollkommenet, so brauchen wir immer vollkommenere Verteidigungsmittel. Heute kommt es nicht nur auf die Quantität der Waffen, sondern auch auf deren Qualität an. Bei unseren Gegenmaßnahmen handelt es sich um die Schaffung entsprechender Waffensysteme, obwohl auch nicht völlig identischer

mit denen der USA und der NATO. Sie werden doch zugeben: Wenn Ihr potentieller Gegner keinen Hehl daraus macht, daß Sie sein Hauptfeind sind und mit einem Beil gegen Sie ziehen will, so ist es zumindest naiv, einen Gehstock zur Gegenwehr zu benutzen.

Nicht wir sind schuld daran, daß das Wettrüsten weitergeht. Die Geschichte kann es bezeugen: Haben die USA doch als erste den Atompilz über Hiroshima und Nagasaki in den Himmel wachsen lassen. Konnten wir da die Hände in den Schoß legen? Denn die in den USA geschaffene Waffe war gegen die UdSSR bestimmt. Für ihren Einsatz gegen unser Land gab es konkrete Pläne. Wir ergriffen entsprechende Maßnahmen und vier Jahre später hatten die eigene Atomwaffe und schlugen sofort vor, sie zu verbieten. Der Vorschlag stieß aber auf Ablehnung, wie das auch später wiederholt der Fall war.

Eine ernste Warnung für diejenigen, die die Pläne der Vernichtung der UdSSR ausheckten, war der Test der ersten Wasserstoffbombe in unserem Land 1953. Aber auch das brachte die Überseestrategen nicht zur Vernunft. Die USA umkreisten nach wie vor die Sowjetunion mit Luftstützpunkten, von denen Bomber mit Atombomben unser Land erreichen konnten. Und wieder konnten wir es uns nicht leisten, tatenlos dazusitzen. Der Start des ersten künstlichen Erdsatelliten der Welt am 4. Oktober 1957 wurde im Westen eindeutig gewertet: Die UdSSR kann ballistische Raketen auf die Umlaufbahn bringen, sie hat eine Interkontinentalwaffe geschaffen. Und obwohl die Hauptaufgabe des Satelliten die friedliche Erforschung des Weltraumes war, gaben wir damit wieder Antwort auf den Ring der US-Stützpunkte in der Nähe unserer Grenzen.

1960 lief in den USA das erste atomgetriebene U-Boot der Welt, mit ballistischen Raketen ausgerüstet, vom Stapel. Die Experten schätzten dies als eine neue Rüstungsspirale ein. Wir antworteten mit einem ähnlichen Waffensystem vier Jahre später. Sechs Jahre danach nahmen die USA die Produktion von Mehrfachsprengköpfen (MIRV) auf. Unsere Sicherheit war erneut bedroht. Wir mußten eine Antwort finden und taten es fünf Jahre später. Das neue mit 24 Raketen bestückte atomgetriebene U-Boot "Ohio" entstand in den USA 1981. Als Antwort

darauf schufen wir den U-Boot-gestützten Raketenkomplex "Taifun".

Zu Beginn der 70er Jahre, Herr Rodriguez, waren es die USA in 23 Fällen von den 25, die als erste neue große Waffensysteme schufen, die UdSSR zog lediglich nach.

Bedauerlicherweise geht das Wettrüsten heute weiter, doch auf einem neuen technologischen Niveau. In den USA wird an der dritten Generation von Marschflugkörpern gearbeitet, derselben, die zur Stationierung in Westeuropa bestimmt sind. Es werden Systeme einer "klugen" Erstschlagswaffe entwickelt. Seit einigen Jahren werden in den USA Sprengköpfe für die Raketen "Pershing-2" getestet, die 12 Meter tief in die Erde eindringen und erst dann explodieren. Wie westliche Militärexperten schreiben, ist ihr Ziel "die sowjetischen Raketenilos und die Kremlbunker".

Die USA wollen zu ihrem wachsenden strategischen Kernwaffenpotential neue Kernraketen in Westeuropa hinzufügen. In der Erklärung der sowjetischen Regierung vom 28. Mai heißt es eindeutig: Die UdSSR sieht sich gezwungen, eine entsprechende Antwort auf diese Schritte der US-Administration zu finden, ihre Verteidigungsfähigkeit zu stärken, darunter auf dem Wege der Stationierung entsprechender neuer strategischer Systeme. Wie man sieht, werden wir wieder gezwungen zu antworten.

In den USA wird fieberhaft an Waffensystemen gearbeitet, die sich auf prinzipiell neuen Entdeckungen der Physik gründen. An der California University wurde bereits die Strahlenwaffe getestet. Einige US-Fachleute sind der Ansicht, daß in zehn Jahren mit der Serienproduktion der "Wunderwaffe" begonnen werden kann. Es sind auch Arbeiten an manövrierfähigen Kernsprengköpfen im Gange. Die Kriegstechnologie hat einen solchen Stand erreicht, bei dem die Schaffung einer noch schrecklicheren Waffe als die nukleare möglich ist.

Unser Gegner rechnet damit, daß die UdSSR einmal nicht imstande sein wird, bei der Schaffung neuer Waffen nachzuziehen. Bei dem derzeitigen Entwicklungsstand von Wissenschaft und Technik ist das eine Illusion. Die UdSSR war immer fähig, auf jede Herausforderung gebührend zu antworten. Welche Waffe und in welcher auch immer Menge die USA schaffen, wird die UdSSR immer ein entsprechendes Gegengewicht haben. Dessen sind wir absolut sicher. Doch genauso fest überzeugt sind wir von der Sinnlosigkeit der weiteren Aufrüstung. Deshalb treten wir konsequent für die Einstellung des Wettrüstens, für das Verbot der Schaffung neuer Waffenarten und -systeme ein.

Hilf dir selbst



Drei Monate Gefängnis und 300 Dollar Bußgeld drohen von nun an denjenigen Einwohnern der Kleinstadt Oak Creek (Colorado), die bei einer Kontrolle zu Hause ohne Waffen und Munition angetroffen werden. Das erklärt die Stadtbehörde laut France Presse damit, daß es in Oak Creek nur zwei Polizisten gibt, so daß jeder Einwohner selbst für seine Sicherheit sorgen muß. Die Verfügung gilt nicht für Vorbestrafte, Behinderte, Waffengegner aus religiösen Motiven und für arme Leute, die sich keine Waffe kaufen können.

Nur für

Auserwählte

Die Postdirektion von Hannover-Braunschweig hat es dem Kabarettisten Dietrich Kittner, wie der "Stern" mitteilt, erlaubt, die Umschläge seiner Briefe mit einem Klebestreifen zu versehen, auf dem zu Spenden für die hungernden Arbeitslosen in der amerikanischen Autometropole Detroit aufgerufen wird. Die Verwendung eines anderen Klebestreifens mit der Beschriftung "Helft den leidenden Völkern in Chile, Guatemala und El Salvador!"

ist ihm wegen "politischen Inhalts" verboten worden.

Umgekehrt wird ein Schuh draus

Der chilenische Diktator Pinochet kam, wenn auch von der verkehrten Seite, der Antwort auf die Frage nahe, warum sein Regime einem unrühmlichen Ende entgegengeht. Laut Associated Press sagte er am 20. Mai im Fernsehen: "Wir sehen, wie demoralisiert unser Volk ist — es wagt nicht, für die Regierung einzutreten." Richtig sollte es heißen: "Wir sehen, wie das Selbstbewußtsein des Volkes zunimmt, so daß es immer mutiger gegen das Regime auftritt."

Manipulierte Statistik



"Frau Thatcher schön die Arbeitslosenstatistik." Unter dieser Überschrift erschien im "Kölner Stadt-Anzeiger" ein Beitrag darüber, wie die Sozialämter Großbritanniens die Arbeitslosenstatistik manipulieren. Ein Computer, der Monatsangaben über die Zahl der Arbeitsuchenden in England macht, verringert diese Zahl stets um 150 000 bis 250 000. Wieso? "Arbeitslosigkeit ist das brisanteste Thema, und die Zahlen sind die empfindlichste Statistik." Natürlich für die Toryregierung, und die

strengt sich denn auch aus Leibeskräften an, die Wirtschaftslage im Land schönzufärben.

Aha!

Von den Indianern in den Reservationen der USA sind, dem "Tagesspiegel" (Westberlin) zufolge, 40% arbeitslos. US-Innenminister James Watt meint, schuld daran sei (man höre und staune!) die "sozialistische" Politik der vorigen Regierung der Demokraten und nicht etwa der Umstand, daß die jetzige Regierung der Republikaner die Bundeszuschüsse für die Reservationen um ein ganzes Drittel gekürzt hat.

Das soll normal sein!



Yitzhak Shamir, der Außenminister Israels, nannte die Kolonisierung der besetzten arabischen Gebiete etwas "Normales". Bei seinem kürzlichen Besuch in Bonn hat er laut ADN wörtlich gesagt: "Es ist eine normale Aktivität, die von jeher und auch jetzt ein integraler Teil unseres Lebens im Lande ist." Einem normalen Menschen kommt die Politik der zionistischen Führung Israels absurd vor, und anders kann man es auch gar nicht nennen, daß Völkermord als Wohltat für das palästinensische Volk und Zerstörung als schöpferische Tätigkeit hingestellt wird.

Fundbüro überfordert

Zerstreute Fahrgäste geben dem Personal des Fundbüros der japanischen Eisenbahn andauernd zu tun. Voriges Jahr wurden allein an Regenschirmen über 500 000

vergessen. Hinzu kamen rund 300 000 Kleidungsstücke und eine Viertelmillion Bücher. Das wertvollste Stück war ein Koffer voller Schmuck im Werte von 30 Mio Yen, den ein angetrunkener Juwelier auf einem Tokioter Bahnhof stehenließ. Zu den kuriossten Fundstücken zählten 156 Gebisse und 4 Bestattungsurnen.

Wer lebt gefährlicher?

Die britischen Versicherungsgesellschaften wissen das ganz genau: Zigarettenraucher, die deshalb erhöhte Versicherungsbeiträge zahlen müssen. Pfeifen- und Zigarrenraucher zahlen etwas weniger. Unklar ist nur noch, wie hoch man die Beiträge für Leute ansetzen soll, die Tabak kauen oder schnupfen. Vorläufig zahlen sie genau soviel wie Nichtraucher.

Nach Regieanweisung



Zwei junge Franzosen begingen — getrennt — nach der gleichen Methode Selbstmord: Sie tranken vergifteten Cocktail. So etwas ist keine Seltenheit. In Frankreich wählen jedes Jahr 10 000—11 000 Personen den Freitod, und über 130 000 versuchen es wenigstens. Die beiden gleichartigen Selbstmorde haben aber Aufsehen erregt. Man fand bei den jungen Männern das gleiche auf derselben Seite aufgeschlagene Buch, den in mehr als 40 000 Exemplaren verkauften Bestseller "Selbstmord — wie man ihn begeht" von den Journalisten Yves Le Bonniec und Claude Guillon.

Zeichnungen: V. Trintschenko